



Flintenweiber & rote Hunde

SP-Geschichten von unten

100 Jahre SP Kanton Zürich

Flintenweiber & rote Hunde

SP-Geschichten von unten

100 Jahre SP Kanton Zürich

Flintenweiber & rote Hunde

SP-Geschichten von unten

Impressum

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich

Redaktionsgruppe: Adrian Knoepfli, Willy Spieler, Heidi Witzig, Erika Ziltener

Produktion: Stefan Feldmann

Gestaltung/Satz: DTP Atelier F. Gut, Uster

Druck: Buchmann Druck, Zürich

Auflage: 2000 Exemplare

Preis: CHF 10.–

© Juni 2002

Inhalt

Vorwort		7
Einleitung		9
SP Marthalen:	Rote Blume auf steinigem Acker	11
SP Töss:	Auseinandersetzung mit dem Faschismus oder Der «Tössemer Krawall»	15
SP Rheinau:	Roter Fleck im Weinland	20
SP Bülach:	Eine besonders normale Sektion!?	25
SP Dietlikon:	Viel Arbeit in der Agglomerationsgemeinde	28
SP Dübendorf:	«Jä sott mer nid...»	32
SP Greifensee:	Von Flintenweibern und kaputten Drahteseln	36
SP Pfäffikon:	Sechzig Jahre Verkehrspolitik – mit und ohne SP	40
SP Illnau-Effretikon:	Keine Milch für die Sozis	44
SP Wetzikon:	Wir brauchen (k)eine bessere Welt	48
SP Uster:	Drei Generationen – und das ist noch nicht alles!	52
SP Mönchaltorf:	Jung, rot und grün	57
SP Stäfa:	«Mit frischem Mut und Ausdauer»	60
SP Zürich 5:	Zum Beispiel Hermann Alt	65
SP Zürich 6:	Kaffee, Kuchen und Politik	68
SP Frauen 6/10:	«Bei einer Frau hat man die «Courage»»	72
SP Zürich 7:	Von grauen Köpfen, 68ern und jungen «Aussenseitern»	78
SP Zürich 10:	Der Glockenstreik von Wipkingen	81
Arbeiterbildungsverein:	Professor Konrad Furrers Gang in die Löwengrube	85
SP Schlieren:	Vom Bauerndorf zur Industriestadt	90
SP Bonstetten:	«Rote Hunde» im ländlichen Umfeld	94
SP Richterswil:	«Es lohnt sich, zu kämpfen»	97
SP Wädenswil:	Farben und Formen	102
SP Kantonsratsfraktion:	Gehst Du heute in die Fraktion?	107

Vorwort

Aus der Arbeiterpartei der Gründungszeit ist eine linke Volkspartei geworden. Zum sozialen Kerngedanken unserer Partei aus den Tagen von Herman Greulich sind die Werte der Gleichstellung und des Umweltschutzes hinzugekommen. Der Antimilitarismus und der Pazifismus haben einer nüchternen Sicherheitspolitik Platz gemacht. Die ehemalige Männerpartei gibt den Frauen Raum und Macht wie keine andere Volkspartei. Die Sozialdemokratische Partei hat sich in den 100 Jahren seit ihrer Gründung am 13. April 1902 radikal verändert.

Von diesen Umwälzungen erzählt der vorliegende Geschichtenband. Er zeichnet den Weg unserer Partei nach und gibt der Vergangenheit ein Gesicht. Unsere Geschichten-Sammlung lässt Geschichte entstehen: Die Erinnerungen von Liselotte Traber an ihre Zeit als Primarlehrerin im Roten Zürich und an ihren Vater, der als SP-Polizeivorstand für die friedliche Beendigung einer unfriedlichen Kundgebung sechs Tage Gefängnis kassierte. Wir hören Agnes Guler erzählen, wie es einer engagierten Pazifistin in der SP 6 zu Zeiten des Kalten Krieges erging. Oder wir vernehmen, von wem und wie 1971 in Göhnerswil eine SP-Sektion gegründet wurde. Der

Band zeichnet nach, was unsere Mitglieder in den letzten Jahrzehnten beschäftigt hat: Die Spaltung der Arbeiterbewegung, Faschismus und Krieg, das Alkoholelend in der Arbeiterklasse, aber auch die zunehmende Umweltzerstörung und die unendliche Geschichte der verweigerten Frauenrechte.

100 Jahre nach ihrer Gründung ist unsere Partei in einer guten Verfassung. Sie hat den Wandel von einer Milieupartei zu einer Wertegemeinschaft von mündigen Menschen aus allen Schichten vollzogen. Die Sozialdemokratische Partei verkörpert heute den offenen, toleranten, den sozialpolitisch sensibilisierten und ökologisch bewussten Teil der Zürcher Bevölkerung – über die Klassenschranken hinweg.

Es ist das Verdienst der Autorinnen und Autoren aus den Sektionen unserer Partei, diesen Wandel und die verschiedenen Phasen unserer Parteigeschichte mit viel Zuneigung und herzlicher Verbundenheit beschrieben zu haben. Ich danke ihnen und den Mitgliedern der Redaktionsgruppe Heidi Witzig, Erika Ziltener, Adrian Knoepfli und Willy Spieler. Euer Blick auf die Geschichte zeigt unsere Partei so facettenreich, wie sie ist. Ihr ver-

schweigt nichts, das ist gut so. Ihr beschönigt wenig, das gehört gelobt. Ihr zeigt die Partei in ihrer ganzen Lebendigkeit. In unserer Partei, das belegen die Texte eindrücklich, gibt es viel Leben und ist viel Tatendrang. Vor 100 Jahren und jetzt. Und wie vor 100 Jahren braucht unsere Gesell-

schaft jene klugen, wissensdurstigen, jene energischen und zukunftsgerichteten Frauen und Männer, die über den Tag und über den eigenen Gartenzaun hinaus blicken.

Dominik Schaub, Präsident SP Kanton Zürich

Einleitung

Die SP des Kantons Zürich ist 100 Jahre alt. Wie soll so ein Ereignis gefeiert werden? Was gibt es dazu zu sagen? Wir hätten ein historisches Buch schreiben können, mit gescheiterten Analysen, wie alles begonnen hat, wie sich die SP entwickelte und veränderte, und warum sie heute so ist, wie sie ist. Das wäre interessant und lehrreich gewesen.

Wir haben uns für ein anderes Buch entschieden. Wir wollten die Menschen zu Wort kommen lassen, die sich in unserer Partei engagierten und engagieren. Dabei sollte auch das grosse, vielfältige Spektrum an Genossinnen und Genossen aufgezeigt werden, das die SP in sich vereinigt. Das Echo auf unseren Aufruf an die Sektionen überraschte uns sehr positiv. Rund zwei Dutzend Beiträge wurden uns zugesichert, und sie sind praktisch alle auch eingetroffen. Diese breite Beteiligung am Jubiläumsbuch ist für den Zustand der Partei ein gutes Zeichen.

Entstanden ist ein Buch, das die Geschichten und Porträts von Personen und Sektionen enthält und die unterschiedlichen Bedingungen aufzeigt, unter denen die SP im Kanton Zürich ihren Kampf für mehr Gerechtigkeit führt. Das in SVP-Landen lie-

gende Marthalen oder das bürgerlich dominierte Bonstetten sind nicht mit dem Stadtzürcher Kreis 5 zu vergleichen, die einstigen Industriegemeinden Wädenswil und Richterswil am linken Seeufer haben eine andere Geschichte als Stäfa an der oberen Goldküste oder Dietlikon, das im Sog der Agglomeration Zürich seinen Weg und seine Lebensqualität zwischen Verkehrsbauten, Einkaufszentren und Fluglärm suchen muss.

Die Bedingungen von heute sind auch nicht mehr vergleichbar mit denjenigen von 1902. Seither hat sich zum Glück einiges getan. Ein junger Arbeiter, der in den 1930er-Jahren nach Spanien fuhr, um dort für seine Überzeugung und gegen den Faschismus zu kämpfen, hatte eine andere Lebensgeschichte und Motivation als eine mittelständische Frau, die aus Sorge um die Umwelt oder um die Sicherheit ihrer Kinder auf dem Schulweg in die SP eintritt. Die Arbeiterklasse in ihrer früheren Form existiert nicht mehr, und beträchtliche Teile der heutigen Arbeiterschaft haben, da sie keinen Schweizer Pass besitzen, kein Stimmrecht. Es gab in der SP zwar immer Intellektuelle und Angehörige der Mittelschicht, aber ihre Zahl hat klar zugenommen. Die Veränderungen kommen im

Jubiläumsbuch zur Sprache. Geliebt
aber ist das Engagement von Menschen,
welche die Verhältnisse – bei uns und
anderswo – nicht einfach so hinnehmen
wollen, wie sie sind. Warum sie sich mit
der SP für eine bessere, lebenswertere Welt

einsetzen, ist auf den folgenden Seiten
nachzulesen.

*Adrian Knoepfli, Willy Spieler,
Heidi Witzig, Erika Ziltener*

Rote Blume auf steinigem Acker

Zuerst ein Blick weit zurück. Leider aber ein unklarer, vernebelter. Denn alles Schriftliche aus den Anfangszeiten der Marthaler SP ist seit Jahr und Tag verschollen. Der Schlendrian längst verblichener Vorstandsleute wird schuld daran sein.

Mündliche Überlieferungen? In der Erinnerung haften geblieben und münd-

lich überliefert ist nur ein einziges Ereignis, und zwar ein kriminelles. Bald nach dem Ersten Weltkrieg, so wussten die alten Genossen zu erzählen, sei ein von Zürich hergelaufener Pseudo-Spler aufgetaucht, «en fiese Siech», dem man viel Vertrauen entgegengebracht habe, und der unter Mitnahme der Parteikasse auf Nimmerwiedersehen verschwunden sei.



Noch bis ins 20. Jahrhundert hinein gab es in Marthalen «Arbeiterbauern». Anlässlich eines SP-Jubiläums wurde mit einem Theaterstück an diese frühen «Büezer» erinnert, die, nachdem sie am Morgen ihre einzige Kuh versorgt hatten, den kilometerlangen Weg zu den Fabriken in Schaffhausen und Neuhausen unter die Füsse nahmen. (Foto: Käthi Furrer)

Man kann annehmen, dass es schon zu Zeiten des 1918er-Generalstreiks eine hiesige Sektion gegeben hat. Wie es wohl den Roten im Bauerndorf Marthalen zumute gewesen ist, als in Zürich und in Genf ländlich-bürgerliche Dragoner auf Arbeiterinnen und Arbeiter zielten, kann man nur erahnen. Viele böse Worte wird man gegen unsere Genossinnen und Genossen und vielleicht gar Steine in ihre Fenster geschleudert haben.

Eine Ahnung vom Marthaler Politklima in einer noch früheren Zeit vermittelt eine Notiz im Protokollbuch des Musikvereins «Helvetia». Damals im Jahre 1913 schliessen sich ein paar blut-

junge Trompeter und Hornisten zu einem Verein zusammen. «Ob die Helvetia am 1. Mai trompetend und paukend den Umzug anführen werde?», lautet die Anfrage aus Andelfingen an den noch jungen Verein. In ihrer Naivität sagen die paar Burschen zu. Das aber kommt den Dorf-gewaltigen in den falschen Hals. Eine ausserordentliche Generalversammlung muss einberufen werden, an der zurück-buchstabiert wird. Und so ziehen denn am Tag der Arbeit die Andelfinger Bueezer ohne marthalerische Blasmusik durch den nicht gerade von Sozialismus triefenden Bezirkshauptort.



Ein in hohen Ehren gehaltener Brauch der Weinländer SP: Hinter einem eigenen Transparent am 1. Mai-Umzug in Schaffhausen mitzumarschieren. (Foto: Käthi Furrer)

Hut ab vor den alten Genossen

Marthalen bleibt bis in die 1960er-Jahre hinein ein Bauerndorf von altem Schrot und Korn. Miteinander verhängte Familiendynastien noch und noch! Das Wahlverhalten in diesem Eldorado der Verwandtschaften ist denn auch entsprechend. Kandidaten, die dem «Teig» entstammen, werden mühelos gewählt. Auch dann, wenn ihre Qualifikationen zu wünschen übrig lassen und sie am Behörden-tische nicht viel mehr leisten, als beim Traktandum «Verschiedenes» jene Beiz zu nennen, die fürs anschliessende «Zäme-hocke» an der Reihe ist.

In einem solchen Umfeld das rote Fähnlein hochzuhalten, erforderte eine rechte Portion Zivilcourage. Die Mutigen, die sich für sozialen Fortschritt einsetzen, sind mehr oder weniger noch echte «Werk-tätige»: drei in Rheinau arbeitende Pfleger, zwei Bähnler, ein Briefträger und etliche Industriearbeiter. Einer dieser Getreuen verdient besondere Erwähnung, nämlich der Psychiatriepfleger und kundige Kanin-chenzüchter Paul Sacher. Er ist ein leibhaf-tiger Cousin des reichsten Schweizers glei-chen Namens, pflegte aber mit diesem Krösus – abgesehen vom alljährlichen Neujahrskärtchenaustausch – keinerlei Beziehungen.

2002: Die Unterprivilegierten fehlen

Viele Jahre später, erst etwa in den 1970er-Jahren, beginnt sich das Gesicht der Mar-thaler SP-Sektion zu wandeln. Zuwachs seitens der Arbeiterschaft hat es seit länge-rem nicht mehr gegeben. Heute fehlen die

in unserer Gemeinde zahlreich wohnhaf-ten Chauffeure, Tiefbauarbeiter usw. in unseren Reihen, von den Verkäuferinnen gar nicht zu reden. Und die auf den Bau-stellen chrapfenden Gastarbeiter haben ja – wer redet da von Sklaven? – keinerlei politische Rechte.

Dass unsere Sektion dennoch nicht ausblutet, dafür sorgt der frische «Nach-68er-Wind», der uns ein paar aktive Leute beschert hat. Zusammen mit dem «alten Holz» ist so eine anregende Mischung ent-standen: ein Agronom mit Afrika-Erfah-rung in Sachen Entwicklungszusammenar-beit, eine Krankenschwester, die ein Jahr in Nicaragua zubrachte und bei den Streik-aktionen des Gesundheitspersonals ganz vorne mitwirkte, ein kirchlich und poli-tisch interessiertes Ehepaar mit religiös-sozialem «Touch», ein Berufsarbeiter, der sich – wenn nötig – als Gewerkschafter «weit aus dem Fenster lehnt», zudem ein militanter Atomgegner ist und ebenfalls Nicaragua-Erfahrung hat, eine als Bio-Bäuerin tätige Landschaftsarchitektin, eine ehemalige Mittelschullehrerin, die sich im Stillen intensiv um die Marthaler Kosova-Albaner kümmert, ein ETH-Architekt, der im Mietgericht des Bezirks die linken Positionen vertritt, schliesslich etliche Frauen und Männer – lauter gute Leute! – aus dem sozialen und pädagogi-schen «Kuchen» und nur eine einzige «Karteileiche».

Alles in allem zählt unsere Sektion etwa zwanzig Mitglieder. Ein kleines Häufchen! Und dabei wohnen erst noch fünf dieser Leute nicht in Marthalen, son-

dern in den «SP-sektionslosen» Dörfern Trüllikon und Truttikon. Die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Mitmischeln in der Marthaler Dorfpolitik sind also nicht besonders rosig. Immerhin gelingt es hie und da, einzelnen qualifizierten Persönlichkeiten zu einem Behördestuhl zu verhelfen. Wenn es aber in Wahlkämpfen hart auf hart geht, agiert die SP am kürzeren Hebel. Man nehme zur Kenntnis: Vor wenigen Jahren haben in Marthalen die Rechtsausser-Parteien (SVP usw.) bei einer wichtigen kantonalen Ausmarchung einen Stimmenanteil von sage und schreibe 72 Prozent erreicht und die SP mit ihren 17 Prozent weit hinter sich gelassen. Aber immerhin kamen die übrigen Parteien FDP, EVP, CVP und Grüne mit ihren 11 Prozent nicht einmal an die SP heran.

Plakate sind da, Nägel auch, aber es fehlen die Hauswände

Als Aufklärerin und Stimmenbeschafferin bei Wahlen und Abstimmungen erfüllt unsere Sektion trotz der bürgerlichen Übermacht eine wichtige Aufgabe. Es

gelingt ihr jeweils, in der 1800-Seelen-Gemeinde Marthalen recht viele Stimmberechtigte zu überzeugen. Wobei unsere Freude noch vollkommener wäre, wenn sich wenigstens ein paar Leute aus diesem anonymen Sympi-Reservoir «outen» und sich vielleicht gar unserer Sektion anschliessen würden.

So oder so veranstalten wir Info-Abende und machen uns mit Flyers und Leserbriefen bemerkbar. Was aber die optische Präsenz anbetrifft, so sind wir hoffnungslos im Hintertreffen. In Wahl- und Abstimmungszeiten grüssen von Marthalens Riegelwänden herab zig Plakate mit SVP-Schädeln und -Parolen. SP-eigene Fassaden gibt es hingegen nur zwei oder drei. Da könnte der Frust leicht an unseren roten Seelen nagen, wenn es nicht innerhalb unserer Sektion und darüber hinaus in der Bezirks-SP jenen engen Zusammenhalt gäbe, der mit der Überzeugung zu tun hat: Wir vertreten eine gute und gerechte Sache!

Theo Ammann

Auseinandersetzung mit dem Faschismus oder Der «Tössemer Krawall»

Ein prägendes Moment in Teilen der Tössemer Arbeiterbewegung ist in den frühen 1930er-Jahren der Kampf gegen den Faschismus. Die schweizerischen Hitler-schergen nennen sich «Nationale Front», ihre Ortsgruppe in Winterthur leitet der bekannte Arzt Dr. Ganzoni. Unter dem Eindruck der Erfolge der Nazis in Deutschland werden auch die «Fröntler» in der Schweiz immer dreister. Und während das Bürgertum so weit geht, sich mit den schwarz gekleideten Faschisten zu verbünden – zum Beispiel bei den Gemeindevahlen 1933 in Zürich –, lässt sich die organisierte Arbeiterschaft nicht beeindrucken. Darum wird sie auch immer mehr zur Zielscheibe des «Harstes», dem Schlägertrupp der «Fröntler». In Winterthur ist vor allem die Sozialistische Jugend stark antifaschistisch eingestellt, und auch Arbeitersekretär Albert Bachofner, der gleichzeitig im Vorstand der SP Töss sitzt, wird nicht müde, vor dem Faschismus zu warnen.

«Unser Kampf sei ein Geisteskampf»

Ganzoni und seine «Schwarzen», wie die «Braunen» in der Schweiz aufgrund ihrer Kleidung genannt werden, wollen es wissen. Mit Flugblättern und Plakaten laden sie auf den 25. Januar 1934 zu einer

öffentlichen Versammlung und Kundgebung in das Restaurant «Freihof» in Töss ein...

Dem Vorstand der SP Töss ist in jenem Januar nicht an einer Konfrontation gelegen. Zwar empfinden viele Männer und Frauen die Versammlung der «Fröntler» als Provokation. Und wütend sind die Tössemer darüber, dass an einer «Fröntler»-Versammlung in Rutschwil Heinrich Enderli, einer der «Fröntler», über den SATUS-Fussballklub gelästert habe. «Wir sollten dem Herrn bei nächster Gelegenheit unsere Stellungnahme bekanntgeben», meint Heinrich Schurter, der Aktuar der SP Töss. Andere Stimmen melden sich, die die «Fröntler» ins Leere laufen lassen, ignorieren möchten. Der Präsident Arthur Bachmann – der Vater des späteren Regierungsrates Bachmann – und Arbeitersekretär Albert Bachofner dagegen sehen politische Fragen im Vordergrund. Sie wollen den Nazis die Argumente der Arbeiterschaft entgegenhalten. Sie sind es, die sich schliesslich durchsetzen, nicht zuletzt auch unter dem Druck der Sozialistischen Jugend.

Im Protokoll der Sitzung heisst es: «Die ganze Versammlung soll unbedingt ruhig und sachlich zu Ende geführt werden, mit Hilfe unserer Vertrauensleute (...).

Den Leuten ist zu sagen, dass keine Waffen oder anderen Gegenstände mitgenommen werden dürfen. Unser Kampf sei ein Geisteskampf, den wir mit der Nationalen Front ruhig aufnehmen dürfen.»

Zusammen mit den Jungen der Sozialistischen Jugend gehen Albert Bachofner und Arthur Bachmann von Haus zu Haus, erläutern den Vertrauensleuten und Gewerkschaftern die Beschlüsse und mobilisieren. Und so machen sich die Arbeiter am Abend auf, Richtung «Freihof».

«Eine ganze Anzahl zerschlagener Köpfe»

In der «az» vom folgenden Tag wird dann der Beginn dieses Abends, der als «Tössemer Krawall» in die Geschichte eingehen wird, wie folgt beschrieben:

«Die Frontenführer hatten eine andere Taktik eingeschlagen. Schon vor 18 Uhr besetzten sie das Versammlungslokal, und wie unsere Leute Einlass begehrten, wurden sie abgewiesen und mit Schlägen traktiert, wobei Stahlruten, Gummischläuche und Bambusrohrknüttel zum Vorschein und in Anwendung kamen. Das liessen sich die Tössemer nicht bieten. Soweit möglich wurden den Herrchen die Schlagwaffen weggerissen, und nun hatten sie selber ihre Anwendung zu spüren. Einige Frontenbrüder wurden ganz jämmerlich verprügelt, wobei es eine ganze Anzahl zerschlagener Köpfe gegeben haben soll. Wie man uns sagt, musste der bekannte Arzt Ganzoni sogar ins Spital überführt werden.»



Das Restaurant «Freihof», wo sich die Fröntler versammelten, stand im Zentrum des «Tössemer Krawalls».

Immer mehr Arbeiter strömen zum «Freihof», der umstellt wird. Da treffen aus Zürich fünf Autocars mit rund 100 weiteren «Fröntlern» ein. Ihnen gelingt es jedoch nicht, in das Versammlungslokal zu gelangen. Die meisten machen vor der in Wut geratenen Masse der Arbeiter kehrt und ziehen es vor, sich in den «Hirschen» zu verziehen. Vor dem «Freihof» treffen inzwischen Truppen der Stadt- und der Kantonspolizei ein. Ihrem Eingreifen ist es zu verdanken, dass die Nazis nicht aus dem «Freihof» herausgeprügelt werden. Albert Bachofner und Arthur Bachmann untersuchen zusammen mit Polizisten die «Fröntler» nach Waffen und nehmen ihnen die Stahlruten und anderen Schlaginstrumente ab. Was danach folgt, schildert ein Augenzeuge, Max Ammann:

«Dann erscheint Albert Bachofner, Sekretär der Arbeiterunion Winterthur, am Fenster des «Freihofes» und erklärt, die Versammlung sei aufgelöst, man solle die Teilnehmer abziehen lassen. Abziehen lassen? Das ist für die Menge zuviel. «Ja, die sollen nur kommen, wir ziehen sie gleich ab», so tönt es. Beim Freihof-Ausgang wird durch Polizisten eine enge Gasse gebildet, durch die die Fröntler durch sollten. Es wird zu einem Spiessrutenlauf, wobei sie mehr in der Luft als auf dem Boden sind. Faustschläge und Fusstritte begleiten die Fröntler, die nach Kräften angespuckt werden. Ähnliche Szenen kurz danach beim Hirschen, wo sich die Zürcher verschanzt haben. Deren Autocars haben inzwischen arg gelitten, und die Chauffeure fahren ab, bevor alle Nazis eingestiegen sind. Und

wieder fliegt ein Hagel von Wurfgeschossen. Nun glauben die Fröntler, endlich der Hölle entronnen zu sein. Erleichtert richten sie sich auf, aber auch bei der «Krone» (ungefähr dort, wo heute die Brücke über die Autobahn führt – M.E.) werden sie erneut mit Pflastersteinen, Ästen und allem möglichen bombardiert. Und auch im Kempththal fliegen nochmals Pflastersteine.

Etwas später kommt die Kantonspolizei aus Zürich mit Stahlhelmen und Karabinern angerückt. Leider kann ich mich nicht mehr genau erinnern, was dann passiert, aber sicher nicht mehr viel, denn der Spuk ist vorbei.»

«Wir in Töss haben eine Frontenversammlung nicht zu scheuen»

Am anderen Tag sind die Zeitungen im ganzen Land voll von den Tössemer Ereignissen. Die bürgerlichen Blätter hetzen gegen die Sozialdemokraten und Arbeiter und schieben ihnen die Schuld an den Vorfällen zu. Auch die «Fröntler» versuchen mit einem gefälschten «Augenzeugenbericht» auf einem Flugblatt Wasser auf ihre Mühlen zu lenken. Im Grossen Gemeinderat von Winterthur kommt es zu einer Debatte. Dort verteidigt der Tössemer Primarlehrer und spätere Stadtrat Edwin Hardmeier die Haltung der Arbeiterschaft:

«Hätten wir die Versammlung verhindern wollen, so wäre uns dies ein leichtes gewesen; wir hätten einfach den Wirten von Töss, die über Säle verfügen, erklärt, die Arbeiterschaft würde einen Boykott über den Wirt verhängen, der der Nationalen Front einen Saal überlässt – und die



Blutiger marxistischer Ueberfall auf die Nationale Front in Töß.

Das wahre Gesicht der marxistischen „Demokratie“.

Die Nationale Front hatte auf den 25. Januar zu einer öffentlichen Kundgebung mit Diskussion in Töß aufgerufen. Von marxistischer Seite wurde gegen diese Versammlung eine heftige Agitation veranstaltet, u. a. wurden Flugblätter verteilt, die die Arbeiterschaft aufriefen, die Veranstaltung zu sprengen. Angesichts der Lage beorderte die P. F. 150 Mann Garit sowie die Hochschulgarnung nach Töß. Die erste Abteilung traf um 15 Uhr in Töß ein und besetzte den Saal des Restaurants „Freihof“. Darauf wurde der „Freihof“ von der aufgeregten Menge umzingelt, sodass die folgenden Partabteilungen nicht mehr eindringen konnten. Sie mußten sich deshalb in das benachbarte Restaurant „Girischen“ zurückziehen, wo sie ebenfalls von der Menge belagert wurden.

Als der Tagesreferent zusammen mit dem Berichtserfasser der „Gazette de Lausanne“ sich dem „Freihof“ näherte, wurde er sogleich von der Menge überfallen und von mehreren Schlägen auf den Kopf verletzt, so daß er sich mit Hilfe eines, sich unter der Menge befindlichen Frontisten knapp in den „Girischen“ flüchten konnte, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.

Inzwischen wurde die Lage immer bedrohlicher. Zunächst suchte die Menge den „Freihof“ zu stürmen, wobei es ihr gelang, mehrere Kameraden der Hochschulgarnung herauszureißen und schwer zu mißhandeln. Auch vor dem „Girischen“ wurde die Lage immer ernster. Trotz mehrfachen Anrufen erschien der erste Polizist erst um 9 Uhr im „Girischen“ und begann seine Tätigkeit damit, daß er sämtliche Frontisten auf Waffen untersuchte. Vergeblich. Erst nach einiger Zeit erschienen einige Winterthurer Stadtpolizisten, die aber nichts ausrichten konnten. Nach langen, mühsamen Verhandlungen konnte erreicht werden, daß Kantonspolizei-Mannschaft aus Zürich alarmiert wurde, der es dann gelang, den Abzug der belagerten Frontisten zu beden. Aber auch auf die abfahrenden Cars Alpines wurden Steinblöcke und Eisenstücke von 5 Kilo Schwere geschmettert, die sämtliche Scheiben zertrümmerten und weitere Verletzungen verursachten.

Augenzeugen berichten uns:

Ich befand mich als Neutraler unter der tobenenden Menge. Dabei mußte ich feststellen, daß die Hauptführer der sozialistischen Gemeinderäte Bachofen, Brandenburg und Zindel waren. Sie verhehten die Menge soweit, daß sie sie selbst nicht mehr in den Zügeln halten konnten. Als der rote Gemeinderat Bachofen nachträglich seine Leute beschwichtigen wollte, wurde er von seinen eigenen Genossen angegriffen und mußte blutüberströmt flüchten. Die Menge war zum Teil mit Eisenstäben und Zammatten bewaffnet, mit denen sie erbarmungslos auf einzelne unbewaffnete Frontisten einschlug. Auch konnte ich feststellen, daß unter den Agitatoren sich Leute befanden, die sich der eifrigen Hege gegen die „Arbeitermörder, Hitlerbanditen etc.“ eines ganz fernöstlichen Dialektes bedienten. Beim Abzug unter der Bedeckung der Zürcher Kantonspolizei flogen Eisenstücke und große Steine gegen die Autocamions, die sämtliche Scheiben derselben zertrümmerten. Auch fielen einige Schüsse aus der Menge, was auch nachträglich durch Einschläge in den Wänden der Autos festgestellt wurde.

Unsere „Provokation“.

Die marxistischen Jungen und Zeitungsschreiber „rechtsfertigen“ von jeher ihre feigen Ueberfälle mit der Behauptung, wir hätten sie „provokiert“. In Töß bestand diese „Provokation“, darin, daß unsere Winterthurer Kameraden ein Flugblatt nachstehenden Inhaltes verteilten:

Nationale Front: Donnerstag, den 25. Januar 1934, abends 20.15 Uhr im Restaurant „Freihof“ in Töß öffentliche Kundgebung. Es spricht Kamerad Ed. Rüegsegger über: „Wesen und Ziele der Nationalen Front“. Wir bezwecken mit dieser Kundgebung in weiteren Kreisen Klarheit über unsere Bewegung zu schaffen. Eintritt frei!

Nationale Front, Ortsgruppe Winterthur. Nachträglich wurde ein anderer Referent (Hd. Werner Meyer) bestimmt, da P. F. für einen verbindeerten Referenten in Altstätten (St. G.) einpringen mußte.

Kein normaler Mensch kann hier eine Provokation entdecken. Es besteht denn auch kein Zweifel darüber,



Mit diesem Flugblatt hetzten die Nazis nach der Auseinandersetzung gegen die Tössemerinnen und Tössemer.

Versammlung wäre in Töss unmöglich gewesen. Das Gegenteil der Behauptung ist wahr. Wir in Töss haben eine solche Frontenversammlung nicht zu scheuen, und wir waren gewillt, uns in Rede und Gegenrede mit ihnen auseinanderzusetzen, waren doch von uns bereits Diskussionsreferenten bestimmt, die unsere politische Auffassung der des Frontenreferenten gegenüberstellen sollten. Vorgängig der Veranstaltung in Töss haben wir bereits einige der Frontenversammlungen besucht und jeweilen die Diskussion benützt, oder wenn diese verweigert wurde, das Recht der freien Meinungsäusserung gefordert, ohne dass es deswegen zu Tötlichkeiten gekommen ist. Der Verlauf der besuchten Frontenversammlungen auf der Landschaft liess es uns verantwortlich erscheinen, die Arbeiterschaft zum Besuch der Frontenversammlung in Töss aufzurufen, damit sie der geistigen Auseinandersetzung zwischen Front und Sozialdemokratie einmal in grosser Zahl beiwohnen könnte, wie das von unserer Arbeiterschaft direkt gewünscht worden ist.»

Der Bundesrat entschuldigt sich in Berlin

Drei Jahre später sind es wieder Nazis, die Töss in Aufruhr bringen: Nach einem Fussball-Länderspiel Schweiz – Deutschland am 2. Mai 1937 kehren Tausende von deutschen Schlachtenbummlern in ihren Autocars, Autos und mit Motorrädern nach Hause zurück. Die Route führt für viele durch Winterthur – und die Zürcherstrasse in Töss, gesäumt von Arbeiterinnen und Arbeitern, Älteren und Jungen. Die Hakenkreuz-Fahnen schwingenden und «Heil Hitler» rufenden Deutschen wecken Aggressionen, Arbeiter reissen den vorbeifahrenden Deutschen die Fähnchen aus den Händen, oder werfen Flugblätter mit Heinrich Manns Appell gegen die Nazis in die offenen Cars. Fäuste werden geschüttelt, und sogar Steine fliegen.

Die Freisinnige Partei der Stadt Winterthur spricht am Tag darauf von einer «Beleidigung fremder Gäste auf Winterthurer Boden», der Bundesrat entschuldigt sich in Berlin und verspricht, die Kantone zu Massnahmen anzuhalten, die «solche störende Zwischenfälle verhindern werden».

Matthias Erzinger

(aus: Zurück zur Mutter Natur – und vorwärts, zur Kultur! Geschichten und Menschen aus 125 Jahren Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung Töss, Schaffhausen 1990, S. 30ff.)

Roter Fleck im Weinland

Am 7. Oktober 1917 wurde öffentlich zu einem Vortrag über die Sozialdemokratische Partei in den Gasthof «Salmen» in Rheinau eingeladen. Von den zahlreichen Besuchern schrieben sich am Ende der Veranstaltung 30 Männer als Mitglieder ein. Damit war unter Mithilfe der Genossen aus Feuerthalen die SP-Sektion Rheinau gegründet.

Die junge Sektion konnte nicht an den Erfolg des ersten Abends anknüpfen. Gut organisiert und finanziell geregelt, aber mit schwach besuchten Versammlungen und offensichtlich unzureichendem Engagement für die Partei, war der Sektion Rheinau nach einem knappen Jahr ein vorläufiges Ende beschieden. Das letzte Protokoll über den Delegiertentag in Dachsen datiert vom 1. September 1918 – kurz vor dem Generalstreik – und verrät nichts über die Auflösungsgründe.

Gruppe «Dorf» und Gruppe «Anstalt»

Drei Jahre später – 1921 – kam es zur erneuten Gründung. Im Protokollbuch steht in fein säuberlicher Schönschrift geschrieben: «Neu-Gründung der Gruppe Rheinau». Von Anbeginn zeichnete sich die Sektion durch einen sorgfältigen Einbezug der Umgebung aus. Dazu gehörte insbesondere die erste, seit 1867 betriebene

kantonale Heil- und Pflegeanstalt Rheinau für sogenannt unheilbar psychisch kranke Menschen. Um «allfällige Unpässlichkeiten» zu vermeiden, wurde die Sektion in die zwei Gruppen «Dorf» und «Anstalt» eingeteilt. Mit der Gruppe Anstalt wurden nicht nur die Arbeitszeiten des Personals berücksichtigt, sondern auch die Tatsache, dass die Anstalt Rheinau die grösste Arbeitgeberin von Rheinau und somit Ort potenzieller Genossinnen und Genossen war.

Für die junge Sektion gehörte die Anwerbung von neuen Mitgliedern zur Hauptaufgabe. Zudem beschäftigte sie sich mit der Gründung weiterer Sektionen wie Marthalen oder Feuerthalen. Dabei gab gerade Feuerthalen zu Beginn der 1920er-Jahre Anlass zur Sorge: «Es kann aber nur langsam vorwärts geschritten werden infolge der Kommunistischen Verseuchung von Schaffhausen her», lautet der knappe Protokolleintrag. Über die tatsächliche Einschätzung der Gefahr und wie ihr begegnet werden sollte, schweigt sich das Protokoll allerdings aus.

Auch die Beteiligung von Frauen war in dieser Zeit Thema. So berichteten die Delegierten des Kantonalen Parteitag vom 23. März 1924: «Genossin Gubler wünschte seitens ihrer Genossen mehr

Interesse zu zeigen als anhin, es habe Genossen, die ihre Zeitung in die Tasche stecken als sie nach Hause zu nehmen, damit die Frau dieselbe auch lesen könnte.» Die Geschäftsleitung versprach der Genossin Gubler, die Frauenbewegung mit allen Mitteln zu fördern und ihr nach Kräften beizustehen.

Bäckermeisterin erste SP-Frau

Die Anstalt Rheinau war nicht nur die grösste Arbeitgeberin der Region, sondern

auch eine potente Kundin. In den 1930er-Jahren lieferten drei Bäcker und eine Bäckerin der Anstalt Brot. Die Verhandlung über die Brotlieferung zwischen Regierungsrat Sigg (SP) und den vier Rheinauer Bäckern leitete der Präsident der SP-Sektion. Der Präsident erreichte ein gutes Verhandlungsergebnis. Das sei vor allem dem Bäckermeister Ernst Rapold zuzuschreiben, weil dieser schon lange Parteimitglied sei, begründete er seinen Erfolg an der Versammlung und nutzte die Gelegenheit, den



Nach einem Vortrag über die Sozialdemokratische Partei im Gasthof «Salmen» beschlossen 30 Männer im Oktober 1917 die Gründung der SP Rheinau.

übrigen Bäckern dringend ans Herz zu legen, sich gegenüber der Partei erkenntlich zu zeigen, was sie gewiss nicht zu bereuen haben würden. Nun traten auch die übrigen zwei Bäckermeister und die Bäckermeisterin Schweizer der SP bei. Mit Johanna Schweizer wurde am 22. Februar 1931 die erste Frau Mitglied der SP-Sektion Rheinau.

Die 1930er-Jahre waren für die SP Rheinau gute Jahre: Die Sektion hatte über 70 Mitglieder, der Vorstand hatte eine aus vier Genossen bestehende Vertrauenskommission zur Seite, sie stellte mit Willi Schenk ihren ersten Kantonsrat, sie hatte

die rote Mehrheit im Gemeinderat und sie wehrte sich gegen die «Fröntler», die vor allem in Schaffhausen, aber auch in Rheinau mit «grossem Geschrei und Drohgärden» auf sich aufmerksam machten.

Veränderungen brachte der Zweite Weltkrieg. Der freie Grenzübergang, der für den direkten Verkehr mit Schaffhausen notwendig war, wurde eingeschränkt. Grenzkarten wurden ausgegeben, Schlagbäume installiert. Rheinau – auf drei Seiten nur einen Steinwurf vom Reich entfernt – war sehr exponiert. Während der lauernden Kriegsgefahr konnte die Mitgliedschaft bei den Sozis eine heikle Sache



Die Kantonalpartei zu Besuch bei der SP Rheinau: 1992 führte die SP Kanton Zürich ihren ordentlichen Parteitag in Rheinau durch.

sein. Vorkehrungen zum Vernichten aller Akten waren getroffen. Notfalls sollten sie im Wald vergraben werden, lautete der heimliche Plan.

Zwölf Parteibeiträge – auf einmal!

In den folgenden Jahren ging es stetig bergauf, insbesondere im Vergleich mit den umliegenden Sektionen. Die Mitglieder tröpfelten langsam, aber stetig herein. Zuweilen tauchten aber auch «sonderbare Genossen» wie der Speisemeister Hug auf. Dieser nämlich war Mitglied der BGB (heute SVP) und der SP. Hug müsse sich nun entscheiden, er könne doch nicht gleichzeitig beide Interessen vertreten, wurde an einer Versammlung erklärt. Nach wenigen Wochen entschied sich Hug für die SP, obwohl seine Doppelmitgliedschaft keiner Seite geschadet habe, wie er betonte.

Trotz steigender Mitgliederzahl waren die Rheinauer GenossInnen nicht zufrieden: Es sei beschämend für eine Sektion wie Rheinau, so wenige Mitglieder zu haben. Die Feststellung wurde zu Beginn der 1940er-Jahre gemacht, also mitten im Krieg. Und in einer Zeit, als wegen schwacher Beteiligung jeweils keine eigene 1. Mai-Feier mehr organisiert wurde.

Nach dem Krieg konnte anscheinend besonders erfolgreich angeworben werden. Nach einer langen Werbeaktion – die Art und Weise wird leider im Protokoll nicht erwähnt – konnten sage und schreibe zwölf Eintritte verzeichnet werden: zehn Pfleger, ein Küfer und ein Schlosser. Diese Zahl wurde auf der Eintrittsseite nie mehr,

dafür leider auf der Austrittsseite noch mindestens zweimal erreicht. Drei bis fünf Austritte konnten mit Personalfluktuations in der Klinik erklärt werden, was aber, wenn – wie 1947 – einmal acht und einmal zehn Personen gleichzeitig austreten? Resigniert heisst es im Protokoll: «Die Namen wurden benannt»; man wollte oder konnte sich nicht weiter mit dem Thema beschäftigen.

Schlecht ging es der Sektion dennoch nie, war doch die Klinik eine unerschöpfliche Mitglieder-Lieferantin. In den 1950er-Jahren hatte die SP, im sonst bürgerlich dominierten Weinland, sogar die Mehrheit im Gemeinderat. Damals wurden in der Heil- und Pflgeanstalt 1200 kranke Menschen betreut und die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung war dort beschäftigt. So profitierte die SP zusammen mit dem VPOD damals und bis weit in unsere Zeit ganz besonders von der Anstalt.

Kraftwerkbau

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es Projekte, um unter Umgehung der natürlich gewachsenen Rheinschlaufe die Kraft des Rheins zur Stromerzeugung zu nutzen. Anfang der 1950er-Jahre war die Konzession erteilt. Rheinau erlebte in der Folge den Widerstand von NaturschützerInnen gegen das Grossprojekt. Kundgebungen mit 15 000 Demonstranten in der Gemeinde mit 1000 Einwohnern waren neu. Der Rheinaubund war geboren. Unter anhaltenden Protesten musste das Projekt angepasst werden: Der Rhein wurde durch Hilfswehre um die Halbinsel aufgestaut,

um eine zusammenhängende Wasserfläche zu garantieren. Ob sich der damals von einer SP-Mehrheit dominierte Gemeinderat auch ohne den Druck der demonstrierenden Massen für diese, aus heutiger Sicht zweifellos bessere Variante verwendet hätte, bleibt offen. Denn genau die Unterlagen aus dieser Zeit fehlen im Archiv.

CVP-Werber in der Klinik

Die Gründung einer CVP-Sektion in Rheinau war schon 1947 Thema. In Anbetracht dessen sah sich der SP-Vorstand zu einem Aufruf veranlasst: Bessere Zusammenarbeit und Zusammenhalt seien nun dringend notwendig. Zu Beginn der 1960er-Jahre war die CVP-Sektion längst Tatsache. Damals also, als Eugen Zihlmann vom CVP-Luzerner-Hinterland nach Rheinau kam, um den Beruf des Pflegers zu erlernen, hörte er als erstes, dass es in der Anstalt eine CVP-Sektion gebe, die er warte, dass er als Luzerner selbstverständlich dort eintrete. Zudem hatte die CVP im «Alt-Schneidermeister» einen emsigen Anwerber, der sich nicht scheute, im Schneidersitz in der Anstalt für die Partei zu werben. Nichtsdestotrotz entschied sich Zihlmann für die SP. Man gab ihm ein Jahr. Falsch. Zihlmann ist noch heute ein

engagierter und einziger «Luzerner SPler» und hat zudem ein spannendes SP-Archiv inklusive Gründungsprotokoll angelegt.

Ende der «Gruppe Anstalt»

Bis in die 1970er-Jahre stellte die SP Gemeinderäte, danach für zwölf Jahre keinen mehr. Trotzdem, die SP Rheinau bleibt eine veritable rote Kraft im bürgerlich dominierten Weinland, wenn auch die Veränderungen nicht spurlos vorüber gingen und die Psychiatrische Klinik längst nicht mehr der Ort potenzieller Genossinnen und Genossen ist. Mit dem Eintritt von Roly Brunner – er wird 1983 Kantonsrat und 1997 sogar Kantonsratspräsident – ist «endlich wieder einmal einer aus dem Dorf» dabei, einer also, der nicht in der Anstalt arbeitet. 1993 forderten drei SP-Kantonsratsmitglieder ein kantonales Psychiatriekonzept. Mit der Umsetzung dieses Konzepts änderte sich die Psychiatrielandschaft im ganzen Kanton. In Rheinau wurde das besonders deutlich. Ende 2000 wurde die Insel-Klinik geschlossen. Für die Kloster-Insel, die seither leer steht, wird eine neue Nutzung gesucht – und die SP Rheinau engagiert sich weiterhin.

Rolf Eigenheer, Eugen Zihlmann

Eine besonders normale Sektion !?

Bülach ist eines der wenigen Schweizer Städtchen mit einer noch fast vollumfänglich erhaltenen Stadtmauer, vielen Fachwerkhäusern und einigen Gassen, wie man sie sich schöner kaum vorstellen kann. Man vermutet die Schönheiten auch nicht, wenn man auf der Autobahn vorbeirast oder mit dem Zug zum Beispiel von Zürich via Bülach und Schaffhausen nach Stuttgart reist. Der Bezirkshauptort im Zürcher Unterland mit seinen heute fast 14 000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegt geografisch äusserst günstig. So sind es nur wenige Kilometer nach Zürich, Winterthur oder Schaffhausen.

SBB und Fabriken

Bereits vor über 100 Jahren wurde unsere Gemeinde zu einem nicht unwichtigen Verkehrsknotenpunkt der schweizerischen Bahnen. Das prägte die Geschichte von Bülach und damit auch der SP-Sektion. Viele in unserem Städtchen Wohnende fanden eine Arbeitsstelle bei der Bahn. Ebenfalls ganz wichtige Arbeitgeber waren grössere Industrien: die bekannte Bülacher Glashütte (Vetropack), die Giesserei Sulzer (später Bülachguss), die Motorenwicklerei Landert, die als einzige (!) überlebt hat, und später auch der Stahlbauer Geilinger. Als diese Firmen noch boomten – oder

eben in der guten, alten Zeit – bestand die Bülacher Bevölkerung mehrheitlich aus Arbeiterinnen und Arbeitern. Auch die SP-Sektion wurde von Arbeitern gegründet, und die Mitglieder setzten sich für ihre ureigenen sozialen Interessen selbst ein. Die heutige SP-Sektion – im Kanton Zürich wohl kaum ein Einzelfall – besteht seit einiger Zeit mehrheitlich aus Mitgliedern, die in akademischen Berufen tätig sind, der typische Arbeiter bildet die klare Ausnahme.

Schon immer konservativ

Bemerkenswert dürfte jedoch die Tatsache sein, dass die Einwohnerinnen und Einwohner unserer sehr lebenswerten und auch besuchenswerten Stadt schon immer – trotz der früher so zahlreichen Arbeiterinnen und Arbeiter! – äusserst konservativ waren und es hartnäckig geblieben sind. Leicht erkennbar ist dies besonders an den Ergebnissen bei nationalen und kantonalen Volksabstimmungen. Selbst innerhalb des Bezirks Bülach stimmen mindestens die grösseren Gemeinden eher wie Städterinnen und Städter, ausser eben die Mehrheit des Städtchens Bülach. Als interessantes und aktuellstes Beispiel sei der UNO-Beitritt erwähnt. Als eine der ganz wenigen grösseren Zürcher Gemein-



Eine Stadt im Umbruch: Von der einst stolzen, alten Bülacher Industrie ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die frühere Sulzer-Tochter Bülachguss...

den lehnte unsere Kommune einen Beitritt zur UNO ab, wenn auch nur knapp.

Sind wir denn nun – ohne dies wertend zu meinen – eine etwas besondere SP-Sektion im Kanton Zürich? Oder eben eine ganz normale, nette und linke Niederlassung mit einer uns motivierenden Nabelschnur ins Parteizentrum im parteipolitisch erfolgreichen Zürich? Betreffend der Anliegen, die uns auf lokaler Ebene am Herzen liegen, heben wir uns von andern Sektionen wohl nicht besonders ab. Dafür einsetzen konnten und können wir uns selbstverständlich auch nur mit den üblichen, den uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Manchmal taten und tun wir dies erfolglos, manchmal zum Glück auch erfolgreich.

«Büüli» oder «Bülach»?

Dennoch unterscheiden wir uns möglicherweise von mindestens einem Teil der Gemeinden im Kanton Zürich. Denn bei

uns wurde etwas ausgedacht, um Zugezogene von Einheimischen klar unterscheiden zu können. Wie kommt man auf eine solche Idee? Nun, Zugezogene könnten möglicherweise in böser Absicht etwas Neues in unsere Kommune bringen und somit gar auch noch Veränderungen herbeiführen. Die Mehrheit der Bevölkerung möchte jedoch nichts Neues oder nur allmählich und zeitlich immer stark verschoben zum Tempo in den durchschnittlichen Städten im Kanton.

Die Zugezogenen werden also vom Einheimischen ganz unwissend nach ihrem Wohnort gefragt. Antwortet die Person mit «in Büüli», ist sie einheimisch, d.h. mindestens hier geboren, und sie wird somit als Büülemerin oder Büülemer bezeichnet. Die Person ist angesehen, wird allgemein geschätzt, mindestens aber respektiert. Ihre Ansicht ist von Bedeutung, sie hat gute Chancen, von den anderen Büülemerinnen und Büülemern, relativ



... und die Glashütte der Vetropack haben ihre Tore geschlossen.
(Fotos: André Bürgi)

unabhängig von notwendigen oder auch nur erwünschten Fähigkeiten, in ein Amt gewählt zu werden. Antwortet die Person jedoch mit «in Bülach», ist sie lediglich eine Bülacherin oder ein Bülacher, also zugezogen, und hat dann auch nicht allzu viel mitzureden und schon gar nicht mitzubestimmen.

Und eine Testfrage

Für Zugezogene, die sich gerne als Büülemerin oder Büülemer ausgeben möchten und dies mit Mogeln den «echten» Einheimischen vorzugaukeln versuchen, hat man eine weitere Testfrage ausgeheckt: Unmittelbar neben der Altstadt liegt ein kleiner Hügel, der von Einheimischen als «Volebere» bezeichnet wird. Wird dieser vom Gefragten aber «Lindenhof» ge-

nannt, ist dies falsch und die Person somit weit, weit davon entfernt, eine Büülemerin oder ein Büülemer zu sein.

Wer nun glaubt, ohne oder mit diesem soeben vermittelten Wissen nach Bülach kommen und unsere Sektion «ausspionieren» zu können, liegt richtig. Obwohl die Büülemerinnen und Büülemer sich einige Fangfragen ausgedacht haben, sind wir SPler nämlich doch eher Bülacherinnen und Bülacher, und so können sich Interessierte jederzeit gerne bei unserer Sektion melden. Wir zeigen den Zugezogenen unser Städtchen und erzählen gerne mehr über uns und unsere besonders normale Sektion.

André Bürgi

Viel Arbeit in der Agglomerationsgemeinde

Fünf Dietliker haben sich an einem Novembertag im Jahr 2001 zum Fototermin eingefunden: Vier ehemalige Gemeinderäte und der jetzige Sozialvorsteher Geri Schneider. Die fünf haben die SP Dietlikon in der Gemeindeexekutive vertreten, meist zu zweit im Fünfer- und später im Siebnergremium, bis die SP 1986 freiwillig auf den zweiten Sitz verzichtete. Sie stehen auf dem Büel, dem Dietliker Hausberg. Zu ihren Füssen liegt der alte Kern der Gemeinde, das ehemalige Bauerndorf mit Kirche und Schulhäusern sowie neueren öffentlichen Gebäuden wie Gemeindehaus und Altersheim.

Zwischen Strassen, Bahnen und Flugplätzen

Vom Büel aus geht der Blick auch in die Nachbarschaft, ins obere Glatttal und damit auf die Ansammlung von Beton- und Glaskuben im ehemaligen Riedland. Im Schatten des Glattzentrums haben sich hier auf der einstigen «grünen Wiese» in den letzten Jahren neben Gewerbe- und Industriebetrieben diverse Märkte unterschiedlichsten Kalibers etabliert: Jumbo, Ikea, Waro, Media-Markt, Coca-Cola, um nur die Prominentesten zu nennen. Die Verkehrslage ist ideal – sofern sich das Verkehrsaufkommen in Grenzen hält. Beim nahen Brüttiseller Kreuz treffen sich A1

und Oberland-Autobahn, und im Bahnhof Dietlikon laufen die Zürichberglinie und die historische Bahnlinie Zürich-Winterthur zusammen. Und da Dietlikon exakt zwischen zwei Flugplätzen liegt, ist auch in der Luft einiges in Bewegung. Wir kennen beide Seiten der Medaille: hier das Angebot an Arbeitsplätzen und die klingelnden Kassen – inklusive jene im Gemeindehaus –, dort die unliebsamen Begleiterscheinungen.

Die fünf Männer stehen, keineswegs abgehoben, auf solidem Grund. Am tiefsten im Dietliker Erdreich verwurzelt sind wohl Fritz Krebs und Geri Schneider. Beide sind in Dietlikon aufgewachsen und dürfen auf eine politische Familientradition zurückschauen. Ihre Väter vertraten die SP in der Schulpflege. Die drei andern Gemeinderäte, Jean Knaus (*1909, Beamter auf dem Militärflugplatz Dübendorf, Gemeinderat 1946–1962, Gesundheitsvorsteher), Paul Holenstein und Rolf Hartmann, haben mit Dietlikon eine ideale Wohngemeinde in der Nähe ihres Arbeitsortes gewählt. Die Entwicklung vom bescheidenen Dorf zur attraktiven Agglomerationsgemeinde hat vielen einiges abverlangt: Behörden, Verwaltung, Funktionärinnen und Funktionären aller Stufen. Ein Stück Gemeindeggeschichte mitge-

schrieben haben auch unsere fünf Gemeinderäte, wie vor und mit ihnen auch die verstorbenen SP-Vertreter Heinrich Morf (1880–1969), Gemeinderat 1922–1966, und Fritz Bauder (1937–1992), Gemeinderat 1966–1986.

«Cervelat-Quartiere»

Einst wurde im alten Schulhaus gegenüber der Kirche Geschichte gemacht, wo sich die Gemeindeverwaltung im Obergeschoss eingerichtet hatte. Im Büro des Schreibers hielt jeweils auch der Gemeinderat seine Sitzungen ab. Die beiden Sozialdemokraten sassen den drei Vertretern der Bauern

und Gewerbler gegenüber. Es dürfte oft recht lebhaft debattiert worden sein. Sogar für Elementares hatte sich das «Rote Doppelgespann» einzusetzen, etwa für den Bau einer Wasserleitung zu einfachen Behausungen im ehemaligen Ried oder für eine grosszügigere Bauordnung, welche die Erstellung von Wohnblöcken erlaubte. «Cervelat-Quartiere», habe ein Gegner abschätzig gemeint, der den raren Dietliker Boden lieber mit Kleinformatigem übersät hätte. Dietlikon war noch in vielem eigenständig, zum Beispiel mit seiner Wasserversorgung inklusive Pumpstation und Reservoir, oder mit seiner Kehrrichtab-



Fünf SP-Gemeinderäte, auf dem Büel, auf einen Blick: von links nach rechts Rolf Hartmann, Geri Schneider, Fritz Krebs, Jean Knaus und Paul Holenstein. (Foto: Walter Imhof)

fuhr per Ross und Wagen zu den ehemaligen Kiesgruben. Nach dem Krieg wurde der Abfall dann in die neue Kehrichtverbrennungsanlage Dübendorf geführt.

Der grosse Bauboom

Nach den relativ ruhigen Nachkriegsjahren mit konstantem, doch überblickbarem Wachstum setzte anfangs der 1960er-Jahre ein eigentlicher Bauboom ein. Die Einwohnerzahl stieg von 1205 im Jahre 1950 auf 2048 (1960) und 4381 (1970). An Arbeit, immer mehr Arbeit, fehlte es nicht: Laufend waren Wasserleitungs- und Elektrizitätsnetz zu erweitern, zu erneuern, zu

modernisieren. Ringleitungen, Verkabelungen, Trafostationen sind dazu die Stichworte. Kirchturmpolitik war eindeutig passé. Als Praktiker und ehemaliges Mitglied der Werkkommission war Fritz Krebs (*1927, Mechaniker/technischer Beamter, Gemeinderat 1962–1978) als Werkvorsteher der richtige Mann. Eine Neuerung brachte Ende der 1960er-Jahre der Bau der Gemeinschaftsantennenanlage mit der Kopfstation ob dem alten Dorf, in der Nähe des früheren Reservoirs. Während der Amtszeit von Fritz Krebs wurden zudem einige öffentliche Bauten realisiert: zwei Schulanlagen, mit integriertem Ge-



Der alte Dorfkern von Dietlikon, links der Kirche, leicht verdeckt von zwei neueren Mehrfamilienhäusern, aufgenommen vom Looren. (Foto: Philipp Flach)

meindsaal, das Gemeindehaus sowie, gemeinsam mit der Nachbargemeinde Wangen-Brüttsellen, die Badeanlagen.

Turbulente Zeiten für den Sozialvorsteher

Ein ganz besonderes Datum war der 19.1.91. Nicht allein von der Zahlensymmetrie her, sondern auch wegen der Einweihung des Dietliker Altersheims. Dessen Bau war mit über 17 Millionen die grösste Investition des Jahrhunderts und für Paul Holenstein (*1941, Jurist beim Strassenverkehrsamt, Gemeinderat 1978–1990, Sozialvorsteher) auch der Hauptbrocken und zugleich die Krönung seiner Tätigkeit im Gemeinderat. Wer nun aber meint, sein Nachfolger Rolf Hartmann (*1948, Ökonom in einer Informatikfirma, Gemeinderat 1990–1998) habe sich lediglich des gelungenen Werks und des gut eingespielten Teams erfreuen und die Hände in den Schoss legen können, irrt sich. Denn der neue Sozialvorsteher geriet in eine turbulente Zeit. Er nennt drei aufeinanderfolgende Wellen, die es aufzufangen und zu glätten galt: 1992 die erste grössere Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, 1993 die rasch wachsende Arbeitslosigkeit und 1994 die Drogenproblematik, die endlich gesellschaftlich wahrgenommen und öffentlich diskutiert wurde.

Wie die meisten Gemeinden war auch Dietlikon diesen neuen Anforderungen in keiner Weise gewachsen, weder organisa-

torisch noch personell. Eine einzige Sekretärin unterstützte den Sozialvorsteher, der oft rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche im Einsatz stand. Der Personalbestand in der Verwaltung war aufzustocken, Fachleute wurden beigezogen, die Zusammenarbeit mit Schule und Kirche sowie benachbarten Gemeinden intensiviert. Der Name «Dezentrale Drogenhilfe Mittleres Glatttal» fällt in diesem Zusammenhang.

So konnte Geri Schneider (*1959, Kaufmann, Mitinhaber eines Treuhandbüros, Gemeinderat seit 1998) als dritter Sozialvorsteher in der SP-Stafette von seinem Vorgänger ein geordnetes, gut strukturiertes Ressort übernehmen. Aber auch ein reich dotiertes Aufgabenheft. So weiss der jetzige Amtsinhaber von ausserordentlichen Aufnahmen von Asylbewerberinnen und -bewerbern zu erzählen. 120 Leute habe die Gemeinde, da Arbeiterunterkünfte leer standen, zeitweise betreut – um die 30 sind es in der Regel. Kinderkrippe und Hort werden demnächst realisiert. 2002 wird mit dem Bau des Jugendhauses begonnen. Neue Wohnformen für Betagte, etwa das begleitete Wohnen für noch selbstständige Seniorinnen und Senioren, hat Geri Schneider im Visier. An Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft fehlt es ihm nicht.

Jürg Leemann

«Jä sott mer nid ...»

1906 wird die SP Dübendorf gegründet. Dem Gründungsprotokoll vom 13. Oktober 1906 ist zu entnehmen: «Hierauf folgt ein von Genosse Vogel von Zürich 3 gehaltenes Referat, in welchem der Redner einleitend sagt, es scheine ihm, dass die grosse Zahl der beigetretenen Genossen ein Beweis dafür sei, dass in Dübendorf auch die Eintracht und Glückseligkeit, von der ein Oberländer Kantonsrat bei der berühmten Streikdiskussion im vergangenen Sommer im zürcherischen Kantonsrat aus ferner Gegend berichtete, so stark vorhanden sei, dass es fast nicht mehr zum Aushalten sei. Es sei nur ein fauler Friede und dieser führe eben zur Gründung dieser jungen sozialdemokratischen Mitgliedschaft.» Frauen waren an dieser Gründungsversammlung der 68 Genossen nicht anwesend, aber es wurde beschlossen, «dass zu grösseren Versammlungen auch die Frauen eingeladen werden». Die heutige SP – etwa gleich gross wie ehemals – besteht je zur Hälfte aus Frauen und Männern.

Wechselhaftes Verhältnis zum Militär

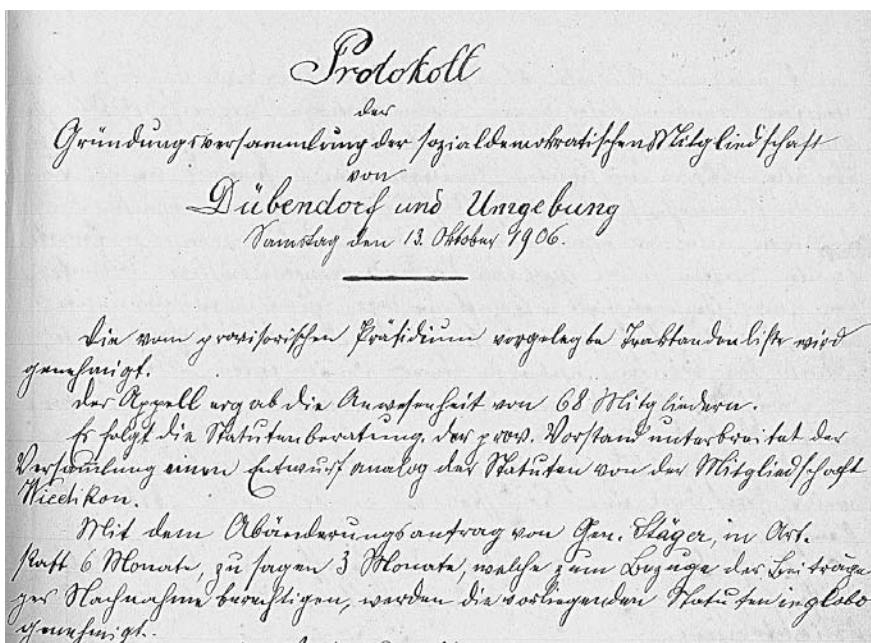
1996 feierte die SP Dübendorf das Jubiläum unter anderem mit einer Ausstellung, in welcher die Ausstellungsmacherinnen Elfi Anderegg und Katrin Wächter zeigten,

wie verschieden die SP Dübendorf seit ihrer Gründung agierte. Dabei zeigte sich auch das wechselhafte Verhältnis zum Militär und vor allem zum Flugplatz Dübendorf: Was anfangs des 20. Jahrhunderts pionierhaft war, entwickelte sich in den 1980er-Jahren mehr und mehr zur (Lärm)Plage und verhinderte eine fortschrittliche, urbane Politik. Mitten im Ersten Weltkrieg ist im Protokoll der Monatsversammlung vom 27. Januar 1917 festgehalten: «Wir verteidigen den Boden, der uns erlaubt, den Kapitalismus zu bekämpfen und uns gestattet, unsere politischen Rechte zu bewahren.» Ganz anders Jahrzehnte später, als die SP Dübendorf die Armeeabschaffungsinitiative unterstützt (43 Prozent Ja-Stimmen in Dübendorf!) und sich vehement gegen die neuen Kampfflugzeuge F/A-18 wendet.

Motive der Mitarbeit

Was motivierte heutige Mitglieder der SP Dübendorf, dieser Partei beizutreten, und wie erleben sie die Sektion?

Ueli Kast, 1955, Gärtner/Hausmann, teilweise invalid: Die politische Zusammensetzung der Bevölkerung in einer Garnisonsstadt wie zum Beispiel Thun, Payerne, Frauenfeld oder eben Dübendorf ist speziell; oder



Das Protokoll der Gründungsversammlung der SP Dübendorf vom 13. Oktober 1906.

besser gesagt sehr konservativ bürgerlich, stramm wie eine Partei, die auch mit S beginnt. Als unsere Familie nach Dübendorf zog, wurde dieses Wissen zu einer grossen Motivation, mich der SP anzuschliessen. Bis dahin hatte ich durch den Wahlzettel mehrheitlich mit der SP sympathisiert.

Wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz immer mehr öffnet, geschieht dies auch in Dübendorf. Wenn eine Dübendorfer Stadträtin bei den wenig begüterten AHV-Bezüglerinnen und -Bezügern 100 000 Franken sparen möchte (schon nur dieses Ansinnen) und im gleichen Zug der Steuerfuss gesenkt wird, braucht es eine starke SP. Zudem bewog

mich damals als Neuzuzüger ein eher praktischer Grund zum Eintritt in eine Ortspartei: Ich lernte so die «Dörfliche Gemeinschaft» in der Stadt Dübendorf besser kennen. Leider ist die SP in unseren Exekutiven untervertreten. Warum braucht es unsererseits so grosse Anstrengungen, die Bevölkerung zu überzeugen, dass die SP in diesen Gremien besser vertreten sein muss?

Die SP kann zum Beispiel dazu beitragen, die schönen Naherholungsgebiete dieser Stadt zu erhalten und nicht alles zu überbauen. Zusammen mit der Grünen Partei kann interveniert werden, damit nicht alles dem so genannten Fortschritt geopfert wird. Noch zwei Highlights: Unsere Stadt hat die alte Offizierskaserne

in ein Bildungszentrum mit Bibliothek und Schulungsräumen für Erwachsenenbildung umgebaut. Und vor sieben Jahren wurde eine kirchlich-ökumenisch geführte Gassenküche eingeführt, die im alten Feuerwehrgebäude untergebracht ist. Auch beim Realisieren dieses wichtigen Projekts waren SP-Mitglieder mit dabei.

Andrea Kennel, 1964, Dr. sc. techn., Gemeinderätin: 10. März 1993. Viele Frauen stehen in Bern auf dem Bundesplatz. Vor einer Woche waren Bundesratswahlen, doch die offizielle Kandidatin der SP wurde nicht gewählt. Wir stehen hier, weil nochmals gewählt wird und wir endlich wieder eine Frau im Bundesrat haben wollen. Es gelingt. Ruth Dreifuss wird gewählt.

Auf dem Weg zum Bahnhof meint ein Mann, jetzt sollten wir zufrieden sein, wir hätten ja jetzt eine Frau im Bundesrat. Da sage ich spontan: Nein, das genügt nicht, ich will auch in den Bundesrat. Auch wenn dieses Ziel wohl nicht realistisch ist, mache ich gleich den ersten Schritt. Ich trete in die SP Dübendorf ein. Bald stehen Gemeinderatswahlen an und ich habe die Möglichkeit, auf einem recht guten Platz zu kandidieren. Zu meiner Überraschung werde ich erster Ersatz und kann noch im selben Jahr in den Gemeinderat nachrücken, den ich im 2001/2002 präsidieren darf.

Für mich war es sehr wichtig und erfreulich, dass ich so spontan in der SP Dübendorf mitarbeiten durfte. Obwohl ich mich vorher in Dübendorf nicht gross engagiert hatte, wurde ich sehr offen aufgenommen. Dies ist für die Motivation

sehr wichtig. Die Offenheit und Gesprächskultur in der SP Dübendorf schätze ich immer noch. Es spielt keine Rolle, wie lange jemand schon in der Partei ist. Jede darf ihre Meinung äussern, wird angehört, aber auch kritisiert. So können in Diskussionen interessante Ideen entstehen. Auch bei den diesjährigen Wahlen brachten neue Kandidatinnen und Kandidaten neuen Schwung.

Erinnerungen an Hansjörg Braunschweig

«Jä sott mer nid ...» Mit diesen Worten meldete ein bekannter, 1999 verstorbener Genosse der SP Dübendorf jeweils seinen Einspruch an: Hansjörg Braunschweig. Ihn prägte für das spätere Engagement während seines Rechtsstudiums in Basel das Gedankengut der religiös-sozialen Bewegung, oder wie er selber schrieb: «In der Basler Blaukreuzjugend hörte ich vom Zürcher Theologen Leonhard Ragaz und seiner Botschaft vom Reiche Gottes, in deren Zentrum Gerechtigkeit und Frieden stehen. Die Verbindung zwischen biblischer Verheissung und Arbeiterbewegung brachte mir die Auflösung des Widerspruchs zwischen der Macht des Geldes und der Not der Arbeitslosen.»

Nachdem er 1965 mit seiner Frau Sylvia nach Dübendorf umgezogen war, «suchte er sogleich den Weg in die hiesige SP und fand Heimat, das heisst Menschen mit ähnlicher Gesinnung und ähnlichen Zielen», wie Hansjörg Braunschweig selber sagte. Das galt auch umgekehrt: Wir fanden zwei sozial engagierte Menschen, die das Dübendorfer SP-Leben prägten.



Dezember 1990: Dübendorfer SP-Mitglieder begleiten Hansjörg Braunschweig (dritter von links) an seinem letzten Sessionstag nach zwölf Jahren im Nationalrat durchs Bundeshaus.

Dass sich die Gesinnung einiger Aktivdienst-Genossen in der Zeit des Kalten Krieges und der zunehmenden Migrationsproblematik änderte und seine unbequemen Fragen provozierte, nahm er zur Kenntnis und in Kauf. Er blieb seinen Zielen treu: zu wichtig war ihm und der gros-

sen Mehrheit der Genossinnen und Genossen der Einsatz für die sozial Schwächeren und Verfolgten. Vielleicht sollten wir in der SP Dübendorf – in der SP allgemein – öfter fragen: «Jä sott mer nid ...»

Peter Anderegg

Von Flintenweibern und kaputten Drahteseln

Ich erlaube mir, die SP Greifensee aus meiner ganz persönlichen Sicht darzustellen, so wie ich sie erlebt habe. So gesehen beginnt die Vorgeschichte der SP Greifensee in einem Internat am Bodensee, Ende der 1940er-Jahre, als ein Maturand fleissig die NZZ, das «Volksrecht» und die «Tat» las, verglich und überlegte, was ihm wohl am besten einleuchte. Es war das «Volksrecht». So wurde ich dann mit 20 SP-Wähler und recht viel später auch Mitglied, besuchte regelmässig die Versammlungen, trat aber sonst weiter nicht hervor. Links zu stehen, wurde mir also nicht unbedingt an der Wiege gesungen – und gerade damit bin ich wohl für einen Greifenseer Sozialdemokraten nicht ganz untypisch.

Euphorische Gründung

1967 zog ich in das rasant wachsende Greifensee, wo zwei grosse Firmen – Göhner und Mettler – das Sagen hatten. Ich fand bald: «Hier fehlt eine SP», und suchte nach Gleichgesinnten. Noch bevor ich einen solchen gefunden hatte, gab es Gelegenheit, ein Wahlflugblatt zu unterschreiben, für die Oberstufenschulpflege Nänikon-Greifensee – zusammen mit dem unvergessenen Heiri Dubs aus Nänikon. Und die Folge eines solchen Tuns: Der Gegenkandidat dieser Ersatzwahl grüsste mich – und

meine Frau – nicht mehr! Nachdem ich schliesslich zwei Interessenten gefunden hatte, konnte ich an der Gemeindeversammlung «im Namen des SP-Gründungskomitees» sprechen...

A propos Gemeindeversammlung: An einer solchen sprach – im Zusammenhang mit einer Einzonung – Christian Blatter äusserst kritisch über das schweizerische Bodenrecht; speziell über die Tatsache, dass Boden überhaupt Privatbesitz sein kann! Christian Blatter war Professor der Mathematik an der ETH, ich Angestellter der ETH-Bibliothek – ausserdem war er Gründer und Präsident der Baugenossenschaft Grafenwis, wo ich wohnte. Ganz offensichtlich verstand er es berufsbedingt, aber auch dank Begabung, zu reden, zu überzeugen, und es war schnell klar: Dieser Mann musste für die SP gewonnen werden. Er reagierte zurückhaltend – die damalige SP schien ihm etwas konformistisch. Doch er überlegte es sich dann doch noch anders, das Dreiergrüpplein verdoppelte sich, und am 16. Juni 1971 wurde die SP Greifensee gegründet. Tagespräsident war der heutige Fernsehdirektor Peter Schellenberg, die ersten Vorstandsmitglieder hiessen Pia Schellenberg, Elisabeth Braun, Markus Weyermann und Jürg Teutsch. Die Stimmung war damals sehr

euphorisch. In den ersten Statuten stand als Vereinszweck: «Verwirklichung des demokratischen Sozialismus in der Gemeinde Greifensee und in grösserem Rahmen» (gemeint war: auch weltweit)! Ein Jahr später schloss der Jahresbericht des Präsidenten Weyermann: «Sozialdemokratisch reagieren bedeutet, sich jeder Willkür und Unterdrückung Herrschender mit aller Kraft entgegenzustellen. Dies schrieb 1902 Wladimir Iljitsch Lenin ... Es gilt nach wie vor für die ganze Welt – auch für Greifensee!»

«Linksextreme Fernsehleute»

Die SVP kannte diesen Bericht kaum. Trotzdem behauptete sie in ihrer «Fern-

sehdokumentation» von 1972, die in Greifensee gegründete «Sozialdemokratische Fraktion» (!) habe nichts mit der SP zu tun, sondern sei mit in Deutschland als «Fraktion» bezeichneten Gruppen verwandt – gemeint war natürlich die RAF. Ein typischer Zirkelschluss: Fernsehen ist linksextrem, in der SP Greifensee sind Fernsehleute massgebend beteiligt – also ist das Fernsehen gefährlich linksextrem und die SP Greifensee desgleichen.

Dem ersten Präsidenten Markus Weyermann folgte Christian Blatter, der bald darauf auch die Wahl in den Gemeinderat schaffte. Als wir ihn als Präsidenten dem Parteisekretariat in Zürich meldeten, kam eine verwunderte Rückfrage: Wir hat-



Kantons- und Regierungsratswahlen 1983: Auch die Greifenseer SP engagierte sich und nahm dafür auch defekte Drahtesel in Kauf. (Foto: Jürg Teutsch)

ten seinen Professor-Titel erwähnt, der aber nicht im Telefonbuch stand...

Dem ersten Sozialdemokraten in der Exekutive zu verdanken sind die Schaffung eines Wanderweges entlang des Greifensees sowie die Anlage und Gestaltung des neuen Friedhofes (der alte Städtlifriedhof genügte der explosionsartig gewachsenen Gemeinde nicht mehr). Die Gestaltung war modern und eigenwillig – das war ihm bewusst – und er geizte nicht mit Informationsveranstaltungen und -publikationen. Dennoch musste er die schmerzliche Erfahrung machen, dass zwar in der Planungsphase kaum Kritik laut wurde, wohl aber, als der Friedhof fertig war. Besonders ältere Leute hatten sich entweder anhand der Pläne die Realität nicht vorstellen können, oder sie wagten nicht, ihre Bedenken zu äussern. Inzwischen ist der neue Friedhof aber allgemein akzeptiert. Auch nach seiner Amtszeit als Gemeinderat wirkte Christian Blatter noch in der Kommission für eine neue Gemeindeordnung. Er war und ist über die Parteigrenzen hinaus anerkannt.

«Gibt es euch denn noch?»

Als Christian Blatter nach drei Amtsperioden 1986 zurücktrat, fand sich niemand in der arg geschrumpften Sektion zur Kandidatur für die Nachfolge bereit. Die SP hatte in Greifensee einen ganz beachtlichen Anteil an Wählenden und Abstimmenden, die ihren Parolen folgten – aber der Mitgliederbestand schwankte ständig zwischen gering und minim. Am Parteitag, der zur ersten Armeeabschaffungsinitia-

tive die Parole fasste (wir waren dafür, wie auch bei der zweiten), wurde ich gefragt: «Gibt es euch denn noch?»

Immer wieder wurde die SP Greifensee von engagierten Genossinnen geprägt. Unvergesslich bleibt den älteren Mitgliedern Elisabeth Braun, die zeitweilig als Präsidentin energisch dem Sektionsleben den Stempel aufdrückte. Und die mit Freude provozierte. Ihren entschiedenen Linkskurs vertrat sie auch auf der Ebene der Bezirks- und Kantonalpartei. An einem Fest der FDP am See konnte sie sich darunter mischen – ihre Kleider über und über mit Zetteln besteckt, die revolutionäre Parolen trugen. Und nach einer Gemeindeversammlung, an der sie wieder einmal losgelegt hatte, wurde man als Parteikollege gefragt: «Was habt ihr da für ein Flintenweib?». Was sie sicher als Ehre auffasste. Ihr Wegzug war ein klarer Verlust für die Greifenseer SP.

Mär der diktatorischen Parteidisziplin

Als Christian Blatter aus dem Gemeinderat zurücktrat, folgte interessanterweise eine Periode, in welcher der nun rein bürgerliche Rat heftigst zerstritten war. Eine auf die Gemeinde Greifensee beschränkte Bewegung, die «Aktion G», war damals der Auffassung, Greifensee brauche eigentlich keine Parteien, sondern sie allein würde genügen. Das führte dazu, dass sich bei den Wahlen von 1990 alle Parteien gegen die «Aktion G» verbündeten. Bemerkenswert an dieser Episode ist folgendes: Die LdU-Sektion wurde anschliessend von ihrer Kantonalpartei gefragt, wie sie dazu



Alle Menschen sind Ausländer – fast überall: Das 30-Jahr-Jubiläum der SP Greifensee wurde 2001 mit in- und ausländischer Folklore gefeiert. (Foto: Jürg Teutsch)

komme, einen Freisinnigen zu unterstützen. Wir dagegen hatten keine Reaktion «von oben». Das zu der Mär von der diktatorischen Parteidisziplin aller Linksparteien...

Unsere Teilnahme an den Kantonsratswahlen erwähne ich hauptsächlich, weil vom bekanntlich nicht besonders erfolgreichen Wahlgang 1983 Fotos vorliegen. Die Velokolonne der Kandidierenden durchquerte auch Greifensee, was mit einer Werbeaktion verbunden wurde. Das mir von Christian Blatter zur Verfügung gestellte Velo war am Ende der Strecke nicht mehr fahrtüchtig, ich musste es stossen. An wem oder an was das gelegen hat, bleibe dahingestellt...

Die Macht der Überbauungs-Herren

Erwähnenswert ist das Erlebnis eines Sympathisanten, das ein grelles Schlaglicht auf das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie wirft: Für eine neue Überbauung stand eine Umzonung an; der engagierte Mann war vom Fach und mit guten Gründen gegen die Vorlage. Wir streuten

ein Flugblatt, er hatte im Sinn, an der Gemeindeversammlung zu sprechen – doch im letzten Moment wurde ihm von seinem Arbeitgeber, der an der Sache interessiert war, unter Kündigungsdrohung ein Maulkorb verpasst. Man wird begreifen, dass ich in diesem Falle keine Namen nenne!

Gegenwärtig wird unsere Sektion wieder von einer Frau, Franziska Ziltener, präsiert. Und auch ihr Fahrzeug litt letztlich Schaden – vielleicht weil es einen Kleber trug: «Alle Menschen sind Ausländer – fast überall». Sie lässt sich aber nicht beirren, und sie organisierte das 30-Jahr-Sektionsjubiläum unter dem Vorzeichen der multikulturellen Gemeinschaft mit tamilischer, türkischer und schweizerischer Folklore. Im Gemeinderat sind wir gegenwärtig durch eine Sympathisantin vertreten. Auch für andere Gemeindebehörden stellen wir Vertreterinnen. Das kleine i ist kein Druckfehler.

Jürg Teutsch

Sechzig Jahre Verkehrspolitik – mit und ohne SP

Bereits 1942 beklagten sich die Männer und Frauen, die in Pfäffikon direkt an der Hoch- und der Kempttalstrasse wohnten, über das hohe Verkehrsaufkommen, den Lärm und die eingeschränkte Sicherheit an

dieser Strasse – damals der kürzeste und schnellste Weg vom Raum Winterthur via Kerenzerberg ins Bündnerland. Nach einigen Jahren Funkstille gab es in den 1960er-Jahren wiederum heisse Köpfe um die

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
am 20./21. Juni stimmen wir über den Interessenbeitrag der Gemeinde Pfäffikon zum Projekt einer sogenannten Entlastungsstrasse ab.

Jetzt haben wir es in der Hand, die Pfäffiker «Entlastungsstrasse» endgültig zu begraben!



Nur so können wir verhindern,

- dass Pfäffikon durch monumentale Strassenbauten für immer verschandelt wird.
- dass die Fussgänger und Velofahrer wie Maulwürfe in lange Unterführungen verdrängt werden.
- dass Lärm- und Abgasbelastigungen lediglich in andere Wohnquartiere verlagert werden.
- dass weiträumig Mehrverkehr magnetisch angezogen wird.
- dass die einschneidende und endgültige Zerteilung unseres Dorfes erfolgt.
- dass 22 Millionen Steuerfranken für 1,9 Strassenkilometer verschleudert werden.
- dass knapp gewordenes Kulturland geopfert wird.



Mit Ihrem **NEIN** verhindern Sie diesen völlig untauglichen Strassenbau.

Zerteilung des Dorfes verhindert: Die Arbeitsgruppe «Pfäffikon ohne Belastungsstrasse» führte mehrere Abstimmungskampagnen gegen die Strassenbaueuphorie – durchwegs mit Erfolg.

Frage, wo denn nun genau eine Strasse zur Entlastung des Dorfkerns durchführen sollte. Neben der Bahnlinie oder weiter weg vom Dorf, hinter dem Pfaffberg und dem Landsberg? Der Entscheid fiel zugunsten einer Entlastungsstrasse auf der Nordseite des Bahntrassees. Ein erstes Projekt entstand, es war 1962. Der Kanton als Bauherr erwarb das dafür notwendige Land unter tatkräftiger Mithilfe von zwei Pfäffiker Genossen. Zwei Jahrzehnte lang geschah nichts, da alle Projekte zu teuer waren.

In den 1980er-Jahren schliesslich hatten sich die Zeiten geändert. Das Umdenken in Verkehrsfragen hatte eingesetzt, zögernd, aber unverkennbar. Nicht mehr und breitere Strassen entsprachen einem Bedürfnis, sondern das Umsteigen der AutofahrerInnen auf den öffentlichen Verkehr bekam Priorität.

Umsteigen bitte

Die Einzelinitiative, welche Ruth Rutman und Karl Gruber (beide Pfäffikon) zusammen mit Fritz Ritter (Illnau) und Hansbeat Reusser (Fehraltorf) im September 1985 im Kantonsrat einreichten, war Ausdruck dieser Haltung: Gefordert wurde ein Beitrag des Kantons Zürich von 32 Millionen Franken an den Ausbau der SBB-Strecke Fehraltorf-Illnau zur Doppelspur, um die Einführung des Halbstundentaktes auf der Bahnstrecke Wetzikon-Effretikon zu ermöglichen. Die Einzelinitiative wurde im Kantonsrat vorläufig unterstützt. Engagierter Befürworter war SP-Kantonsrat Rodolfo Keller, damals Stadtpräsident von

Illnau-Effretikon. Neben der SP unterstützten grosse Mehrheiten von CVP, EVP und LdU die Initiative, während die bürgerlichen Parteien sie ablehnten. Die von der SP geforderte Anbindung von Pfäffikon an den öffentlichen Verkehr wurde realisiert. Der Halbstundentakt auf der Linie Wetzikon-Effretikon wurde 1990 im Rahmen des Zürcher Verkehrsverbundes mit der S3 verwirklicht. Auch der Ausbau der Postautoverbindungen in die umliegenden Gemeinden ist gelungen.

Entlastungs- oder Belastungsstrasse?

1982 erhielt die Diskussion um die Entlastungsstrasse erneuten Auftrieb, ausgelöst durch einen tragischen Unfall. Im September 1982 prallte auf dem Bahnübergang eingangs Pfäffikon ein deutscher Reisebus mit einem SBB-Zug zusammen. Das Unglück forderte über dreissig Menschenleben. Fortan wurde dem Aspekt der Sicherheit und damit der Aufhebung der vielen Bahnübergänge im Dorf Priorität eingeräumt. Doch nun schaute man genauer hin, was man sich mit den Projekten wohl einhandeln würde. Die Auseinandersetzungen waren unvermeidlich.

Zum ersten Mal zeigten sich die Fronten 1985 beim vorgeschlagenen Ausbau der Hörnli- und der Steinwiesstrasse. Für 1,9 Millionen Franken sollten diese Quartierstrassen, etwa 700 Meter lang, zu einer sieben Meter breiten Fahrbahn mit zwei Trottoirs ausgebaut werden. Im Dezember wurde das Projekt an der Urne mit 1810 gegen 1027 Stimmen deutlich abgelehnt. Die SP hatte als einzige Ortspartei die

Nein-Parole herausgegeben. Das – auch für die SP – überraschende Resultat war sicher auch auf die Informationsleistungen der 1983 gegründeten Arbeitsgruppe «Pfäffikon ohne Belastungsstrasse» zurückzuführen. In Gesprächen, Diskussionen, Artikeln und Leserbriefen wurde aufgezeigt, dass Verkehrsprobleme nicht nur mit zusätzlichen Strassenbauten angegangen und gelöst werden können, sondern ebenso und zunehmend mit einer konse-

quenten Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Einige Jahre später wurde ein weiteres Projekt präsentiert: Es hiess «Entlastungsstrasse mit Aufhebung von sieben Bahnübergängen», kostete 22 Millionen Franken und hätte von der Gemeinde Pfäffikon mit einem Interessenbeitrag von 3 Millionen Franken sowie weiteren 1,1 Millionen für zwei Fussgängerunterführungen mitfinanziert werden sollen. Darüber hatten

Nur mit Ihrem Nein
öffnen Sie auch in Pfäffikon den
Weg für zeitgemässe Lösungen,

- welche alle Verkehrsteilnehmer, vor allem die Fussgänger und Velofahrer, angemessen berücksichtigen.
- welche die verschiedenen Quartierinteressen in mögliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen einbeziehen.
- welche die Lebens- und Wohnqualität für sämtliche Dorfbewohner verbessern.
- welche ein Gesamtverkehrskonzept bilden unter Einbezug aller Verkehrsflüsse.
- welche sich an das bundesrätliche Verkehrsleitbild halten:
"Die koordinierte Verkehrspolitik dient der Erholung und Verbesserung der Lebensqualität, indem sie die echten Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt, die verfügbaren Ressourcen sparsam einsetzt und die negativen Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch und Umwelt so weit als möglich verhindert." (Botschaft zur Gesamtverkehrspolitik, März 1983)

Um solche Lösungen –welche auch in unserem Land bereits erprobt sind- zu ermöglichen, braucht es jetzt auch Ihr

NEIN zur «Entlastungsstrasse».



Die heutige und besonders
die künftige Pfäffiker Bevölkerung
verdient eine klare Ablehnung
dieses Projekts.

Arbeitsgruppe
 "Pfäffikon ohne Belastungsstrasse"

*Ein weiteres
 Flugblatt der aktiven
 Arbeitsgruppe «Pfäffikon
 ohne Belastungsstrasse»*

die PfäffikerInnen im Juni 1987 an der Urne zu entscheiden.

Zerreissprobe für die SP

Die Konfliktlinien bei diesem Abstimmungskampf waren um einiges komplexer, als es den Anschein machte – und den Beteiligten damals bewusst war. So waren die GegnerInnen der Entlastungsstrasse nicht nur Linke, sondern auch noch mehrheitlich junge Leute, welche erst seit einigen Jahren in Pfäffikon wohnten. Zugezogene, die, nach Meinung vieler Alteingesessener, «den Koffer noch nicht abgestellt» hatten. Dazu kamen eine spontanere Art des Politisierens (zum Beispiel die freche Umbenennung der ENT-lastungsstrasse in eine BE-lastungsstrasse), ein Hinterfragen von Bisherigem und sicher auch eine geringere Hierarchiegläubigkeit. Die Arbeitsgruppe «Pfäffikon ohne Belastungsstrasse» war denn auch kein Verein, sondern eine Arbeitsgruppe mit wenig Strukturen und Hierarchien, dafür aber mit gleichberechtigten Frauen: die Folgen von 1968, anderswo längst aufgearbeitet – auch innerhalb der SP –, hielten Einzug in Pfäffikon.

Und diese Entwicklung war einigen – völlig klar – nicht genehm. Es gab im Vorfeld der Abstimmung einiges an persönlichen Angriffen und Polemik. So wurden die GegnerInnen der Entlastungsstrasse in einem besonders perfiden Flugblatt als «grundsätzliche Gegner unserer gesellschaftlichen Ordnungen», als «ideologisch befangen», «gehindert durch Eigeninteresse am sachlichen Urteil», bezeichnet

und diffamiert. Dieses Flugblatt führte auch innerhalb der SP zur Zerreissprobe, hatten doch neben federführenden Vertretern von bürgerlichen Parteien einige GenossInnen mitunterschrieben. Am 21. Juni 1987 wurde der «Interessenbeitrag» und damit das Projekt mit 2062 gegen 1277 Stimmen abgelehnt. Die unterlegenen GenossInnen verliessen die SP unmittelbar nach der Abstimmung.

Ende gut, alles gut?

Das deutliche Resultat überraschte Befürworter und Gegner und machte den Weg frei für eine sachlichere, lösungsorientierte Diskussion. Der Gemeinderat setzte eine Verkehrskommission (mit EntlastungsstrassegegnerInnen und -befürworterInnen) ein, welche Vorschläge ausarbeitete. Einige verkehrsberuhigende Massnahmen konnten in der Zwischenzeit verwirklicht werden, und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr zeitigt positive Resultate. Ende gut, alles gut? Leider nicht ganz. Der Stellenwert der Mobilität jedes einzelnen bleibt ein Thema auf der politischen Traktandenliste, auch in Pfäffikon. Und die SP bleibt am Ball: Sie setzte durch, dass am 6. Mai 2002 an der Gemeindeversammlung nicht nur über eine Strassenunterführung, sondern auch über Tempo 30 in den Wohnquartieren abgestimmt werden konnte. Mit Erfolg: Die Gemeindeversammlung hiess die schrittweise Einführung von Tempo 30 gut. Wenn das kein Fortschritt ist!

Ruth Rutman

Keine Milch für die Sozis

«Züri Land» war für die jungen SP-Sektionen in den ersten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts ein hartes Pflaster. Als 1918 landauf und landab Arbeiter für inzwischen längst verwirklichte und für uns alle selbstverständlich gewordene politische Anliegen wie die AHV, die 48-Stunden-Woche, das Frauenstimmrecht und ähnliches auf die Strasse gingen und in den Streik traten, beschlossen die patriotisch gesinnten Illnauer Bauern, es ihnen gleich zu tun: nicht solidarisch mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, sondern den Sozis spinnefeind. Sie gaben diesen kurzerhand keine Milch mehr ab und liessen sich erst durch die Intervention der Regierung aus Zürich davon abbringen.

Verspottet und verhöhnt

Dass die Mitglieder der SP von der einheimischen Bevölkerung verspottet und verhöhnt wurden, davon wussten uns die älteren Mitglieder der Sektion Illnau-Effretikon noch zu berichten. Die Sektion war am 29. Dezember 1907 im Restaurant «Blume» in Unter-Illnau ins Leben gerufen worden. 21 Gründungsmitglieder gehörten ihr an, der erste Präsident war Jean Guyer. Sie nannten sich vorsichtigerweise offiziell «Arbeiterverein Illnau», auch ein Hinweis darauf, dass es in dieser bäuerlich

dominierten Gemeinde einigen Mut brauchte, sich als SozialdemokratIn zu bekennen. Die Bildung einer Arbeiterorganisation war eine notwendige Selbsthilfe von Arbeiterinnen und Arbeitern, die unter materieller Not und schlechten Arbeitsbedingungen litten. Zu den ersten Aktivitäten gehörten die Gründung des Arbeiter-Konsumvereins Illnau, die Bildungsarbeit sowie ein Vorstoss zur Einführung der Grundstückgewinn- und Handänderungssteuer in der Gemeinde. Diese wurde – wie das heute noch etwa geschieht – zuerst bachab geschickt, später dann unter dem Druck des Finanzausgleichs doch eingeführt.

Zwei Namen sind besonders tief in den Annalen der SP Illnau eingegraben: Jakob Kägi und Hans Schenkel. Kägi war von 1913 bis 1915 Stationsbeamter in Effretikon und wurde nach seinem Wegzug Kantons-, National- und Regierungsrat. Sein Porträt prangte Jahrzehnte später auf einer Marke, welche die SP Illnau aus Anlass ihres 50-Jahr-Jubiläums verkaufte. Schenkel, ein Einheimischer aus Tagelswangen, zog 1918 nach Effretikon und wurde nicht nur Professor am Technikum Winterthur, sondern auch zur führenden Kraft in der SP-Sektion. Ihm gelang als einem der ersten SP-Mitglieder der Sprung in die

Schulbehörde, wo er die Partei zwischen 1919 und 1925 vertrat.

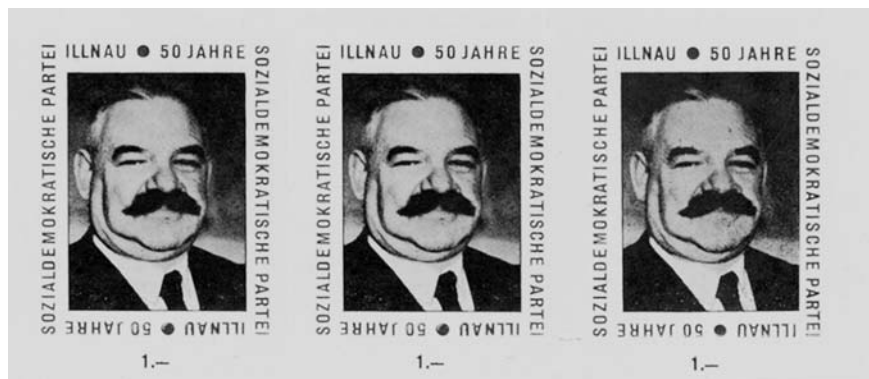
Überhaupt hatte der Landesstreik der SP vielerorts grossen Auftrieb gegeben. Zu einer Vertretung im Gemeinderat von Illnau kam sie allerdings nur durch eine politische List, denn die Vertreter der sieben Zivilgemeinden füllten den Gemeinderat mit ihren bürgerlichen Kandidaten jeweils schon auf. Die SP verlangte in einer Motion, dass das Gremium von sieben auf neun erweitert werde, was 1919 auch tatsächlich beschlossen wurde. In den Wahlen im Jahr darauf brachte die SP aber nur einen Mann, den Konsumverwalter Jean Ernst, in den Gemeinderat, was die Partei zu geharnischten Protesten und zur Drohung mit dem Rückzug aus allen Gemeindegremien veranlasste.

«Maggianer» agitieren

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat die SP in eine besonders stabile Phase ein: «Maggianer», also Angestellte der Firma Maggi in

Kempththal, und einige SMUV-Gewerkschafter prägten die Partei. Endlich hatte man es geschafft, sich einen festen Platz in den Behörden zu erkämpfen, und der Erhaltung und Vermehrung dieser Behördenposten galten jetzt die Hauptanstrengungen. Immerhin gab es dabei klare inhaltliche Ziele: So verlangte die SP erfolgreich die Gründung von Wohnbaugenossenschaften, die damals von SP-Leuten dominiert wurden. Ebensolchen Erfolg hatte man mit der Schaffung von gemeindeeigenen Kindergärten und der Gründung einer Bibliothek, die später als Stadtbibliothek der Gemeinde weitergeführt wurde und heute nicht mehr wegzudenken ist.

Die politische Kultur dieser SP war geprägt von einer gewissen Strenge und dem harten Einsatz einiger ihrer Mitglieder. Sonntags, wenn es an der Haustür klopfte, standen oft Parteiagitatoren vor der Tür, um Mitglieder zu werben. Übrigens machten das auch Vertreter anderer



Aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums druckte die SP Illnau Marken mit ihrem grössten «Sohn»: Kantons-, National- und Regierungsrat Jakob Kägi, einst Stationsbeamter in Effretikon.

Programm

- | | | |
|--|---|------------------------------------|
| 1. Jugendorchester Zürich
Leitung: Georg Scherrer | <i>Ouvertüre</i> | von G. Ph. Telemann |
| 2. Alwin Zbinden, Zürich
Rezitation | <i>Geb deine Bahn
Sturm</i> | von H. Greulich |
| 3. Begrüßung | | |
| 4. Männerchor Eintracht
Pfäffikon ZH
Leitung: K. Gutknecht | <i>Frühlingsreigen
Mein Heimattal</i> | von A. Uihmann
von W. Weber |
| 5. Jugendorchester Zürich | <i>Die schlafende Thetis
Die erwachende Thetis
Der verliebte Neptunus</i> | von G. Ph. Telemann |
| 6. Jubiläumsansprache von Hans Nägeli, Parteisekretär, Zürich | | |
| 7. Jugendorchester Zürich | <i>Gavotte
Der scherzende Tritonius
Der stürmende Aelous</i> | von G. Ph. Telemann |
| 8. Männerchor Eintracht | <i>Sonnensehnsucht
Gruß der Heimat</i> | von H. Bastyr
von E. Berchtold |
| 9. Alwin Zbinden
Rezitation | <i>Ich bin ein Mensch
Wie lange noch</i> | von H. Greulich |
| 10. Jugendorchester Zürich | <i>Der angenehme Zephir
Ebbe und Flut
Die lustigen Bootslent</i> | von G. Ph. Telemann |
| 11. Männerchor Eintracht | <i>Heimat und Vaterland
Jägerlust</i> | von V. Attenhofer
von A. Müller |

1957 feierte die SP Illnau ihr 50-Jahr-Jubiläum: Wie dem Festprogramm zu entnehmen ist, wurde Telemann gespielt, und Alwin Zbinden rezitierte Texte von Herman Greulich.

GEMÜTLICHER TEIL MIT DER KAPELLE LANG, WINTERTHUR

5

Parteien. Die SP-Agitatoren suchten selbstverständlich vorwiegend Arbeiter- und Handwerkerkreise auf, um mit ihnen lokalpolitische Themen zu diskutieren und sie für die Partei zu gewinnen. Die Zahl der Mitglieder war inzwischen auf rund 120 angewachsen, eine Zahl, die den Präsidenten der SP in den 1950er-Jahren, Willi Fischer, aber noch keineswegs befriedigte: «Es sollte, ja es muss möglich sein, in der Gemeinde Illnau mit 1400 Stimmberech-

tigten eine Parteisektion von 200 Mitgliedern zu besitzen. (...) Aber leider sind es immer die gleichen Agitatoren, auf die man sich verlassen kann, und das Häuflein dieser Aktiven ist erschreckend klein.» Meistens – so berichteten Hans Dänzer und Fredi Ebersold, die sich noch an solchen Agitationsrunden beteiligten – sei man freundlich aufgenommen worden. Einmal hätte die Frau eines späteren Parteimitglieds die SP-Agitatoren, die übri-

gens immer zu zweit unterwegs waren, am liebsten vor die Türe gestellt, doch ihr Mann konnte schliesslich geworben werden. Erst in den 1960er-Jahren wurde man der Überredungskünste müde. Vielleicht auch deshalb, weil man vor lauter neuen Wohnungen die Türklinken nicht mehr fand.

Künstler, Angestellte und Bauern

Als erste Sektion im Bezirk konnte Illnau 1951 die Gründung einer Frauengruppe vermelden. Zehn Genossinnen bildeten den Stock, und sie konnten als ersten Erfolg gleich den Einzug einer ihrer Frauen in die Kindergartenkommission feiern. Bereits 1958 war die weibliche Offensive am Ende, die Gruppe löste sich auf.

Das grosse Ereignis dieses Dezenniums war die 50-Jahr-Feier der SP Illnau. Mit Blick auf dieses Ereignis stellte Willi Fischer in seinem Jahresbericht fest: «Der Proletarier von gestern kann nicht mehr verglichen werden mit dem Arbeiter von heute. Mehr und mehr erkennen auch andere Schichten unseres Volkes, dass ihre Zukunft mit der Entwicklung und dem steigenden Einfluss der Sozialdemokratie

eng verbunden ist. Heute sind in unsern Reihen Künstler, Schriftsteller, Angestellte, Bauern und Akademiker.» Das Jubiläum sollte mit einer würdigen, eindrucksvollen Feier begangen werden. Für die Festrede wurde Walther Bringolf angefragt. Als dieser, wohl aus Termingründen, absagen musste, hielt Hans Nägeli, der Parteisekretär aus Zürich, die Rede. Das (links wiedergegebene Programm) spricht für sich, und wer möchte nicht in die eindringlichen Worte des Jubiläumsartikels einstimmen: «Durch die Organisation, durch den Mut und die Charakterfestigkeit jener Männer, die vor fünfzig Jahren noch Spott und Hohn auf sich nahmen, ist eine Partei entstanden, die auch im bürgerlichen Lager ernst genommen wird. Wenn wir unsere alten Genossen als Vorbilder nehmen, welche auf hartem steinigem Boden sich behaupteten, dann wird es uns leichter fallen, den Kampf um die Menschwerdung zum erfolgreichen Ende zu führen. Der Sozialismus bringt allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein.»

Ueli Annen

Wir brauchen (k)eine bessere Welt

Eine Sektion besteht immer aus einer Bündelung ganz unterschiedlicher Personen, aus ganz verschiedenen Persönlichkeiten, die diskutieren und sich engagieren. Sechs Genossinnen und Genossen stellen sich – durchaus stellvertretend für andere in der Sektion – kurz vor, indem sie folgende Fragen beantworten:

1. Worin besteht – oder bestand – deine Arbeit in der Wetziker SP?
2. Wann und wie bist du erstmals mit Politik in Berührung gekommen?
3. Glaubst du an Utopien, an eine bessere Zukunft, eine bessere Welt?
4. Welchen Handlungsspielraum bietet dir das politische Umfeld deiner Gemeinde?



Rosmarie Frey

1. Ich bin 1981 in die SP eingetreten, da ich mich für ein Schulpflegemandat interessierte. Von 1982 bis 1994 habe ich die SP in der Primarschulpflege vertreten. Von 1988 bis 1993 war ich Sektionspräsidentin, und ich bin bis heute im Vorstand. Seit 1994 vertrete ich die SP im Gemeinderat als Sozialvorsteherin. Speziell engagiert habe ich mich in der SP für Verkehrsfragen (Initiative mitlanciert), Sozialpolitik und Gleichberechtigung von Frau und Mann.

2. Als ich mit 21 das Stimmrecht erhielt und an der ersten möglichen Abstimmung teilnahm, wurden vor dem Abstimmungslokal Unterschriften gesammelt für die «Münchensteiner Initiative» (dabei ging es um einen Zivildienst für Dienstverweigerer). Als ich diese Initiative unterschrieb, wurde mir zum ersten Mal klar, dass ich politisch gar nicht am selben Ort stand wie mein Vater, der mit mir zum Abstimmen gekommen war. Politik war bei uns zu Hause kein Gesprächsthema.

3. Selbstverständlich glaube ich an eine bessere Zukunft und hoffe auf eine bessere Welt, sonst könnte ich nicht mehr politisieren. Die hochfliegenden Utopien sind allerdings eher der Realität gewichen: ich bin schon mit kleinen Schritttchen zufrieden, verfolge aber meine Ziele hartnäckig und ausdauernd.

4. Als Sozialvorsteherin habe ich zusammen mit der Fürsorgebehörde einen gewissen Handlungsspielraum innerhalb der Gesetzgebung und der finanziellen Kompetenzen, und den nützen wir natürlich aus. Man kann die Sozialpolitik in so einem Amt immerhin in eine gewisse Richtung lenken, und man kann Projekte initiieren. Natürlich muss für grössere Vorhaben viel Überzeugungsarbeit geleistet werden.



Christoph Erdin

1. Eine faszinierende Rolle, von der ich ein winziges Häppchen beanspruche, ist die des Chefideologen (das darf ja niemals nur eine Person sein!). Ich helfe gerne, die Position unserer Sektion in kommunalen und auch übergeordneten Fragen zu definieren. Daneben habe ich in zwei Amtsperioden in der Rechnungsprüfungskommission – eine durchwegs unpolitische Tätigkeit – versucht, vor allem in planerischen und Energiefragen die Kommissionsmehrheit von den meines Erachtens richtigen sachlichen Lösungen zu überzeugen.

2. Politisch interessiert war ich schon als Mittelschüler. Nach einer längeren Beobachtungsphase trat ich mit 24 Jahren in die – damals überalterte – Minisektion der SP Aathal-Seegräben ein. Dort standen dem «frischen Blut» praktisch vom ersten Tag an alle Möglichkeiten offen, ja sie wurden einem fast aufgezwungen.

3. Eigentlich nicht. Wir SPlerInnen könnten uns zwar auf die Schultern klopfen

und zu Recht reklamieren, dass wir in der Schweiz ein erfolgreiches Frühwarnsystem darstellen, weil die meisten unserer Positionen erst ein paar Jahre oder Jahrzehnte später mehrheitsfähig werden. Die Frage ist nur, ob unsere Problemlösungsgeschwindigkeit reicht; ob neue Probleme nicht schneller am Horizont auftauchen, als wir sie lösen.

4. Wenig. Wir leben in einer blockierten Gemeinde mit einer miserablen politischen Kultur. Aber Wellenbewegungen gibt es in allen Gemeinden. Irgendwann werden wir wieder oben sein.



Bigi Obrist

1. Ich versuche, in der Primarschulpflege Wetzikon meine Vorstellungen über eine bessere Schule einzubringen. Kinder und Jugendliche müssen soziale und bildende Zustände vorfinden, die es ihnen ermöglichen, unabhängig von ihrer Herkunft gleichberechtigt ins Erwachsenenleben zu starten. Meine Schwerpunktthemen: Integration aller Art, Kinder- und



Fast 20 000 EinwohnerInnen und immer noch kein Gemeindeparlament in Wetzikon: Fünf Versuche zur Einführung sind bislang gescheitert. Und auch die SP-Mitglieder sind sich in dieser Frage nicht ganz einig. (Foto: Stefan Feldmann)

Jugendpolitik, Kultur, Schule und Soziale Arbeit.

2. Meine kulturellen und gesellschaftlichen Wurzeln liegen in den 1980er-Jahren. Auch wenn ich als Siebzehnjährige zu jung war für eine klare politische Haltung, so habe ich in der Jugendbewegung doch einen Ausdruck für meinen persönlichen Stil und meine Interessen gefunden.

3. In den 80ern und frühen 90ern habe ich alternative Lebensformen als Alleinerziehende in Wohngemeinschaften, in der Kulturfabrik Wetzikon und in einem Zirkus gefunden. In vielen Bereichen habe ich gesehen, dass meine Vorstellungen eines anderen Lebens, einer alternativen Kultur, umsetzbar sind: Was vor zwanzig Jahren einen gesellschaftlichen Aufschrei zur Folge gehabt hätte, ist heute Normalität. Wenn mich jemand fragt, weshalb ich in die Schulpflege eingestiegen bin, antworte ich jeweils: «Weil ich die Welt verändern will!».

4. Als noch neues Behördemitglied glaube ich, dass es möglich ist, in unserer Stadt Einfluss zu nehmen. Dabei hilft es, eine eigene klare Vorstellung über das Wohin zu haben. Ich nehme gerne deziidiert Stellung und hoffe, der stete Tropfen höhle den Stein.



Brigitte Rohrbach

1. Bodenarbeit nenne ich das. Es geht mir als Präsidentin nicht so sehr um die politische Ausrichtung und um grosse Würfe, als vielmehr darum, die Partei durch all die Irrungen und Wirrungen der

alltäglichen Geschäfte zu führen: Sitzungseinladungen schreiben, Gespräche mit KandidatInnen für Behördenämter führen, Post sichten, verteilen und beantworten, und bei all dem den Überblick behalten, was für die Sektion wichtig ist und was getrost beiseite gelassen werden kann.

2. In meiner Kindheit war das Thema Politik tabu, obwohl mein Vater, von Beruf Dachdecker, mal in der PdA war. Dafür durfte ich mit meiner Schwester an den Samichlausanlass des SMUV. Wir fuhren mit dem Tram an den Stauffacher ins Kino Apollo, schauten den Zeichentrickfilm an und erhielten zum Schluss, nach der Ansprache des Gewerkschaftssekretärs, die ich nicht verstand, ein Chlaussäckli in durchsichtigem Cellophanpapier, das ich mit niemandem zu teilen brauchte.

3. Aber sicher, wozu sonst das Ganze! Irgendwann wird die Menschheit entweder einsehen, dass ein Zusammenleben – und damit ein Leben – auf diesem Planeten nur möglich ist, wenn alle Menschen einander respektieren und gegenseitig unterstützen und vor allem die Erde, auf der wir leben, pfleglich behandeln. Oder dann ist Schluss! Und das wäre total schade, denn es gibt so viel überwältigend Schönes hier.

4. Unsere politische Struktur, das flauwe Interesse der Stimmberechtigten und die allgemeine Haltung, dass jedeR lieber zuerst sein eigenes Gärtlein pflegt, bieten wenig Handlungsspielraum. Mit anderen Strukturen würde vielleicht nicht jegliche Initiative abgewürgt. Ich denke da zum Beispiel an ein Parlament, an Aktivitäten unter dem Label «Energistadt» oder an

Zukunftswerkstätten, deren Ergebnisse nicht in einer Schublade verschwinden.



Karin Schröder

1. Als Vorstandsmitglied und Co-Präsidentin war ich zuständig für Veranstaltungen, für Berichte in der Lokalzeitung und für die Verbindung zur Bezirkspartei. Durch Teilnahme an Parteitagen der SP Schweiz sowie der Kantonalpartei trage ich auch übergeordnete Themen in die Sektion. Mittlerweile bin ich aus dem Vorstand ausgetreten, schreibe aber weiterhin die meisten Zeitungsberichte. Ich bin Delegierte der SP Schweiz und Mitglied der kommunalen Kommission für das Steuerwesen.

2. Bewegt wurde ich 1980, doch der genaue Zeitpunkt hängt davon ab, wie wir Politik definieren. Ich bin überzeugt, dass auch unser tägliches Handeln politisch ist: ich habe kein Auto, wir teilen uns die Hausarbeit, und wir kaufen, soweit erhältlich, nur Bioprodukte aus fairem Handel.

3. Das ist bald das Einzige, was mich bei Laune hält und Sinn in mein Leben bringt. Ich habe die Utopie «Jede nach ihren Fähigkeiten und jeder nach seinen Bedürfnissen». Insbesondere setze ich mich dafür ein, dass sogenannte Minderheiten (Behinderte, Erwerbslose, MigrantInnen, Homosexuelle) nicht zu Randgruppen gemacht werden. Solidarität und Demokratie müssen globalisiert werden: wir dürfen nicht länger auf Kosten von Menschen in ärmeren Ländern unsere Übersättigung aufrecht erhalten.

4. Wetzikon ist eine sehr grosse Gemeinde; trotzdem politisieren wir noch immer mit einer Gemeindeversammlung. Da sehe ich wenig Handlungsmöglichkeiten. Mit sehr viel Arbeit und Lobbying könnte sicher das eine oder andere aufgegleist werden, aber das übersteigt bei den meisten die zeitlichen Ressourcen.



Silvia van der Waerden

1. Ich war zwölf Jahre in der Schulpflege. Nach einer provokativen Nationalratskandidatur bei den Grünen und einer Kampfkandidatur im Zusammenhang mit dem Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen habe ich die politische Bühne verlassen und bin jetzt noch intern für Geburtstage und Ehrungen unserer Mitglieder zuständig.

2. Als Dreijährige durfte ich mit meiner Mutter ausgebombte deutsche Kinder am Zug abholen: eine erste unheimliche Begegnung mit politischem Schicksal.

3. Ich glaube, wir brauchen keine bessere Welt. So wie sie uns geschenkt ist, stellt sie ein kaum fassbares Wunder dar. Tragen wir Sorge zu Luft und Wasser, Erde, Mensch und Tier, so werden sich auch noch unsere Kindeskinde daran ergötzen können.

4. Ich geniesse die Möglichkeiten unseres gut funktionierenden Service public. Die Gemeindeversammlung ist mir wertvoll, als alte basisdemokratische Einrichtung.

Drei Generationen – und das ist noch nicht alles!

Die folgende Skizze ist das Resultat einer «Archiv-Probebohrung». Die Frage war, wie man über lange Zeit hinweg – auch in der täglichen Routine – linke Politik macht. Drei Generationen haben dafür unterschiedliche Lösungen gefunden.

Klassenkampf und Krise

Die erste dieser Generationen tritt gegen Ende des Ersten Weltkrieges an, als sich die

Klassenauseinandersetzungen verschärfen und die Arbeiterbewegung in der ganzen Schweiz einen grossen Aufschwung nimmt. Der Grütliverein, der in Uster lange Zeit die Funktion der Arbeiterpartei wahrgenommen hat, macht diese Linksbewegung nicht mit; so kommt es 1917 zur Gründung der SP Uster. Ihre Mitglieder sind mehrheitlich jung und überwiegend gelernte Arbeiter. Intellektuelle gibt es



Das politische Gewicht der SP war im industrialisierten Uster von Beginn weg beträchtlich: Arbeiterkundgebung in Uster zur Zeit des Ersten Weltkriegs.

keine, ungelernete Arbeiter sind in der Minderzahl. Erstmals befinden sich unter den Mitgliedern eine grössere Anzahl Frauen. Die Zahl der Mitglieder steigt auf über 200, nimmt jedoch in den 1920er-Jahren wieder ab. Das politische Gewicht ist beträchtlich, bei der ersten Wahl für den Grossen Gemeinderat im Jahr 1928 erringt die SP 41 Prozent der Stimmen. Zu einer Mehrheit reicht es allerdings nie.

Wohlorganisiert

Die zweite Generation formiert sich gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, ebenfalls in einer Krisen- und Aufbruchphase. Sie bestimmt das Leben der Sektion bis in die 1970er-Jahre. Auch hier dominieren die

gelernten Arbeiter, die vor allem im SMUV gewerkschaftlich organisiert sind. Einzelne Lehrer vertreten jetzt die intellektuellen Berufe. Der erste richtige «Studierte» taucht jedoch erst in den 1950er-Jahren auf. Die Mitgliederzahl steigt in dieser Zeit wieder auf mehr als 200 und bleibt lange hoch. Die Zahl der Neueintritte sinkt jedoch und die Sektion überaltert stark. Der Wähleranteil liegt von den 40er- bis zu den 60er-Jahren bei gut 30 Prozent.

Rot und grün

Die dritte Welle schliesslich kommt in den 1970er-Jahren, nicht aus einer äusseren Krise heraus, sondern aus der kritischen



Alte und neue Linke bei den Gemeindewahlen von 1978 noch vereint: Ein Jahr später kam es zur Abspaltung des alten gewerkschaftlichen Flügels.

Auseinandersetzung mit der Hochkonjunktur und ihren Folgen. Studenten spielen jetzt eine grössere Rolle. Klassische Arbeiter- und Angestelltenberufe verlieren an Bedeutung. Neben sozialen Themen stehen auf lokaler Ebene Verkehr und Ökologie im Zentrum. Die Mitgliederzahl wächst nicht entsprechend dem Bevölkerungswachstum. Der Wähleranteil sinkt 1982 auf 15 Prozent, steigt seither jedoch stetig und erreicht 2002 wieder 34 Prozent.

Konstanten

Trotz der grossen Unterschiede in den Lebensumständen und Erfahrungen dieser Gruppen finden sich über die Zeit hinweg bemerkenswerte Konstanten: «Betreffs Rauchverbot stellt der Parteivorstand zur heutigen Parteiversammlung den Antrag, dass das Rauchen während den Parteiversammlungen verboten werden soll, da wegen dem starken Rauchen immer eine Anzahl Mitglieder die Versammlungen nicht besuchen oder an der Versammlung selbst reklamieren.» Dieses Zitat stammt nicht etwa aus dem Jahr 2002, sondern aus 1922.

Der schwache Versammlungsbesuch, bzw. die Klage darüber, ist eine weitere Konstante. Auch das mangelnde Engagement der Mitglieder wird häufig beklagt: «Nun dem Vorstände hat man ja das Recht Vorwürfe zu machen & Kritik zu üben, wenn man aber die Genossen je für eine Hilfeleistung benötigt, da ist niemanden zu haben.» (1920) In der mittleren Generation sind solche Klagen allerdings selten. Der Versammlungsbesuch bleibt

gut, 30 bis 50 Personen sind die Regel, bei wichtigen Versammlung können es auch 80 sein.

Lebenslust

Politik allein ist es nicht, was die Genossinnen und Genossen zusammenhält. Etwas Spass ist erlaubt: «Gen. Koch macht die Anregung, diesen Sommer das Kraftwerk Eglisau zu besuchen. Einhellige Zustimmung. Betreffend Bahn, oder Autofahrt erklärt sich die Mehrheit für letzteres.» Noch muss es nicht der öffentliche Verkehr sein (1926). Auch für die Frauengruppe stellt in den 1950er-Jahren der «Bummel» im Sommer den Höhepunkt des Veranstaltungsjahres dar, selbst wenn er nur bis Freudwil oder Greifensee führt. Selbst die 68er-Generation entwickelt eine Festkultur, von der Maifeier über das Forumfest bis zum grandiosen Maskenball.

Krisen

Nicht alles ist lustig. Die Entwicklung der Sektion kennt auch schwere Krisen, die sich in einer Abfolge von Parteispaltungen äussern. 1921 treten zahlreiche Mitglieder aus, um sich der neu gegründeten Kommunistischen Partei anzuschliessen. 1944 wird die Arbeiterschaft in Uster erneut gespalten, diesmal durch die Gründung der PdA, und 1979 spaltet sich der rechte, gewerkschaftlich orientierte Flügel der Partei ab. Die Folge ist jedesmal eine Schwächung der Arbeiterbewegung. Oft verunmöglichen Abgrenzungs- und Profilierungszwänge eine sinnvolle Zusammen-

arbeit auch dort, wo inhaltlich kaum Differenzen bestehen. Gemeinsam ist diesen Abspaltungen, dass sie letztlich erfolglos bleiben. Die PdA erreicht zwar 1946 immerhin 8 Prozent der Stimmen bei den Gemeinderatswahlen, die DSP 1982 sogar deren 10. Danach geht es jeweils rasch abwärts.

Jahrhunderttrend Individualisierung

In der ersten Generation bildet die Linke noch eine eigentliche Subkultur mit eigenen Vereinen und Bildungseinrichtungen, vom Sportverein und der Abstinenten-Vereinigung über die Bibliothek bis zur «soz. dem. Sonntagsschule». In der zweiten Generation verstärkt sich die Tendenz zur individuellen Lebens- und Freizeitgestaltung. Im letzten Drittel des Jahrhunderts ist politische Arbeit nur noch eine Möglichkeit unter vielen, die Freizeit und das Leben zu gestalten. Das höhere Bildungsniveau von Frauen und Männern, die Verkürzung der Arbeitszeiten und vor allem die steigenden Einkommen haben die individuellen Handlungsspielräume entscheidend erweitert. Informelle Netze der progressiven Kräfte bestehen zwar weiter, doch ungleich weniger verbindlich und wirkungsmächtig als früher.

Agitation

Verändert haben sich dadurch auch die Methoden der Werbung und Agitation. Bis über die Jahrhundertmitte hinaus werden die Beiträge durch ein Netz von «Einzügern» bei den Mitgliedern zu Hause eingesammelt. Der Kontakt zu den Mitgliedern

bleibt so auch erhalten, wenn diese die Versammlung nicht besuchen. Auch die Wahlwerbung und Unterschriftensammlungen erfolgen von Haus zu Haus. Demgegenüber setzt die SP seit den 1970er-Jahren werbemässig auf die eigene Zeitschrift «Forum», die regelmässig in alle Haushaltungen verteilt wird, und neuerdings auf die eigene Website. Der Standard ist professioneller, die Distanz zum Zielpublikum aber ungleich grösser als früher.

Aufstieg der Frauen

Ein zweiter Jahrhunderttrend ist das zunehmende Gewicht der Frauen. Anfangs der 1920er-Jahre treten sie erstmals in grösserer Zahl auf, und zwar, soweit man das aus den Namen schliessen kann, nicht einfach als Anhängsel der Brüder und Ehemänner. Anna Baur wird 1921 Einzügerin und ist damit die erste weibliche Funktionärin ausserhalb der Frauengruppe. Als Votantinnen treten die Frauen allerdings nicht auf, das Reden wird noch ganz den Männern überlassen. Als 1921 elf Mitglieder zur KP übertreten, befinden sich darunter fünf Frauen. In den folgenden Jahren geht es mit der Frauen-Power wieder bergab. 1926 finden sich nur noch «33 Genossen» an der GV ein, unter den 85 Mitgliedern finden sich gerade noch 9 Frauen.

Im Aufbruch nach dem Zweiten Weltkrieg spielen Frauen keine aktive Rolle. 1949 sind es sogar die Männer, welche eine Frauengruppe gründen: «Jeder Genosse soll an dieser Versammlung mit seiner Frau oder Braut teilnehmen.» Die Frauen-

*Und «Generation Vier»
ist im Kommen, und
das stark wie lange
nicht mehr: Bei den
Gemeindewahlen 2002
erreichte sie das beste
Resultat seit 1938.
(Foto: Rolf Murbach)*



gruppe kommt unter diesen Umständen über ein Mauerblümchen-Dasein nicht hinaus. Die Referate an den Versammlungen werden meist von Männern gehalten. Noch 1962 trauen sich die Frauen nicht, parteiintern an Abstimmungen teilzunehmen.

Dies ändert sich in der dritten Generation grundlegend. In den 1970er-Jahren wird erstmals eine Frau Präsidentin. Seit den 80er-Jahren übernehmen Frauen zunehmend politische Ämter im Gemeinderat und den Schulpflegen. Selbst die traditionell wichtigsten Funktionen der Stadt- und Kantonsrätin und der Bezirksrichterin werden erobert. Viele dieser

Frauen erlebten ihre Politisierung in reinen Frauenorganisationen, beispielsweise in der INFRA (Informationsstelle für Frauen). In der Sektion setzen sie sich jedoch ohne separate Frauenstruktur durch.

Generation Vier

Und die nächste Generation? Sie ist schon da, und nicht zu knapp. Stärker als je seit den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts, selbstbewusst und undogmatisch, wird sie bei den Trends wie bei den Konstanten ihre eigenen Akzente setzen.

Ruedi Vetterli

Jung, rot und grün

Seit Beginn der 1980er-Jahre gab es in Mönchaltorf eine politische Gruppierung, «Pro Mönchaltorf» genannt – allerdings nur lose organisiert und mit wechselnder Leitung. Als Alternative zur traditionellen Dorfpolitik wurden auf diese Weise im Vorfeld von Gemeindeversammlungen kritische Fragen gestellt oder Gegenvorschläge erarbeitet und ökologisch orientierte Ziele verfolgt – dies oft mit sichtbarem Erfolg. Die Mitglieder waren zum grossen Teil neu Zugezogene aus der «alternativen» Wohnbausiedlung «Heugarten».

Die Gründung der SP-Sektion im Jahre 1991 wollte Dreierlei erreichen: 1. Ein ernstzunehmendes Gegengewicht zu den beiden bürgerlichen Dorfparteien SVP und FDP und vor allem zu den oft bestimmenden Dorfvereinen aufzubauen. 2. Politische Entscheidungen im Entstehungsprozess mitzugestalten und damit neuen Ideen zum Durchbruch verhelfen zu können. 3. Sich mit anderen Sektionen vernetzen und vom Know-how-Vorsprung freundnachbarlicher SP-Gruppierungen profitieren zu können.

«Güselhappening» mit Folgen

Die noch junge SP war am sogenannten «Güselhappening» von 1992 mit zwei

massgeblichen Beiträgen vertreten: einer grossen Ausstellung mit über dreissig grossformatigen Schautafeln und einem Abfallspiel, welches die Entsorgungsmöglichkeiten in Mönchaltorf in spielerischer Form thematisierte.

Dieser Anlass, und verschiedene weitere Vorstösse im Bereiche der Abfallentsorgung und -bewirtschaftung, zeigten in den Jahren nach der Gründung ihre Wirkung: Die gemeindeeigene Sammelstelle verfügt heute über zeitgemässe Strukturen, und 1993 wurde in Mönchaltorf – gegen anfänglich grossen Widerstand des Gemeinderates – sogar die Sackgebühr eingeführt.

Die Zukunft liegt in der Sonne

Der häushälterische Verbrauch von Energie gab in unserer Sektion immer wieder Anlass zu Vorstössen und Aktionen: Am Energietag von 1992 – unter dem Motto «Die Zukunft liegt in der Sonne» – bot sich, nebst Referaten und einer Ausstellung, die Gelegenheit, Solar- und Elektromobile selber zu steuern und alternative Energieanlagen auf einem Rundgang durch das ganze Dorf zu besichtigen.

Auch in späteren Jahren sorgte das Energiethema für Vorstösse, beispielsweise mit der Forderung, gemeindeeigene Bau-



Der Durchgangsverkehr ist ein zentrales Problem Mönchaltorfs und ist der SP-Sektion immer wieder Anlass zu Vorstössen und Aktionen. (Bild: Stefan Feldmann)

ten seien so zu planen, dass mindestens ein nachträglicher Einbau von alternativen Energiegewinnungsanlagen (Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung in der Schulanlage etc.) möglich sei, oder mit dem Wunsch nach der Reaktivierung der kommunalen Energieberatungsstelle. Das stete Bemühen um eine sinnvolle Nutzung von regenerierbarer Energie auf öffentlichen Gebäuden trug Früchte: Auf einem der Schulhäuser wurde eine Sonnenkollektorenanlage installiert.

Frauenstreiktag auf dem Dorf

Der Frauenstreiktag wurde in Mönchaltorf zu einem Grossanlass, der viel Beach-

tung fand: An einem Treffen im Gemeindegemeinschaftssaal waren Lesungen zum Thema des Tages zu hören und es wurden Produktionen vorgeführt. Anschliessend stand der Besuch des grossen Umzuges in Zürich auf dem Programm. Eine Gruppe von Frauen hatte sich eine besondere Aktion ausgedacht: Mit einem grossen Transparent, das mitten in der Nacht über die vielbefahrene Durchgangsstrasse gespannt worden war, wurde für mehr Verkehrssicherheit im Dorf und für fussgängergerechtere Querungsmöglichkeiten der Kantonsstrasse demonstriert. Dies war eine Aktion, welche grosse Beachtung fand und in der Tat auf ein drängendes Problem unserer Ge-

meinde hinwies, nämlich auf die horrende Gefährdung und Belastung durch den PW- und LkW-Verkehr von über 12000 Fahrzeugen pro Tag, wovon jedes zehnte ein Lastwagen.

«Links und nett» auf Erfolgskurs

Mit den Slogans «Links und nett» und «Dem Dorf zuliebe» nahm die noch junge Sektion 1994 ein erstes Mal an den Gemeindewahlen teil. Von den sieben portierten Kandidatinnen und Kandidaten wurden immerhin fünf gewählt, was einen tollen Erfolg darstellte. Die SP Mönchaltorf war so auf einen Schlag gleich in drei wichtigen Behörden vertreten: Im Gemeinderat und in der Sozialbehörde konnte die SP je einen Sitz gewinnen, in der Schulpflege gar deren drei. Vier Jahre später gelang es dann, einen zweiten Sitz im siebenköpfigen Gemeinderat zu erringen und auch in der Gesundheitsbehörde und in der RPK Einsitz zu nehmen. Seither ist die SP Mönchaltorf – ab und zu mit wechselndem Wahlg Glück – in allen namhaften Gemeindebehörden vertreten und für viele Einwohnerinnen und Einwohner aus dem politischen Leben Mönchaltorfs nicht mehr wegzudenken.

SP-Lokalfahrplan als Stütze des öffentlichen Verkehrs

Der enorme Verkehr, der tagtäglich durch unser Dorf fliesst, bewegte immer wieder

die Gemüter aufs Heftigste und gab Anlass zu vielen Vorstössen und Aktionen: Eine Initiative von 1995 für ein kommunales Verkehrskonzept erzielte 137 Unterschriften – für Mönchaltorfer Verhältnisse ein riesiger Erfolg. Die Petition zur Erhaltung eines wichtigen Fussgängerstreifens an der Gossauerstrasse erreichte im darauffolgenden Jahr sogar 361 Unterschriften. Auch dem öffentlichen Verkehr galt die nötige Aufmerksamkeit: Seit 1998 amtiert die SP Mönchaltorf als Herausgeberin des begehrten und vielbenützten Lokalfahrplanes.

Prägende Elemente des Sektionslebens waren auch die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen (Lesungen, Theateraufführungen usw.) oder die Diskussionsveranstaltungen und Podiumsgespräche zu Themen wie Sucht und Drogen, zur Lancierung einer Dorfzeitung, zur EWR-Abstimmung oder zur Kampfflugzeugbeschaffung F/A 18.

Im Moment ist es vor allem die Golfplatzfrage, welche politisch Interessierte umtreibt und die Sektion tätig werden lässt. Doch wird die SP Mönchaltorf über dieses Thema hinaus in den kommenden Jahren sicherlich für weitere, wichtige Impulse sorgen und Bewegung in die politische Landschaft Mönchaltorfs bringen.

*Anna Haldimann, Annemarie Portmann Schwander,
Andres Zwicky*

«Mit frischem Mut und Ausdauer»

Als Gründungsjahr der SP Stäfa wird übereinstimmend in der Chronik der Gemeinde Stäfa und in der «Geschichte der SP Zürich 3, 1905–1925» das Jahr 1906 angegeben. Die Sektion wird also bald schon den eigenen 100. Geburtstag feiern können. Die

Gründung erfolgte im Zuge der intensiven Aktivität der «Agitationskommission» der ein Jahr zuvor gegründeten SP Zürich 3. Die SP war damit die erste politische Partei in Stäfa und bot der Arbeiterschaft neben der seit 1876 bestehenden Sektion



UNO-Beitritts- und Wahl-Standaktion 2002 für die Gemeindebehörden: von links nach rechts
Hans Ulrich Scheller, Heidi Koller, Brigitte Kübler-Steiger, Verena Ferner-Christen, Klaus Geser, Lieny Lyss.

des Schweizerischen Grütlivereins eine alternative Organisationmöglichkeit. Nach Startschwierigkeiten schwang sie sich zur stärksten politischen Partei in Stäfa auf und erlebte 1933 einen ersten Mitgliederhöhepunkt mit 99 Genossen. Nach einem Tief in der Zeit des Zweiten Weltkriegs behauptete sie sich als stabile, stärkste politische Kraft mit dem höchsten Wähleranteil bei Kantonsrats- und Nationalratswahlen. Jeweils 30 bis 55 Genossen kamen zu den Versammlungen. Der Mitgliederbestand sank Mitte der 1980er-Jahre unter die 50er-Schwelle, pendelte die ganzen 90er-Jahre zwischen 40 und 50 und überschritt diese Zahl erstmals 2001 wieder.

Die SP Stäfa heute

Die Sektion zählt heute 51 Mitglieder plus etwa 30 SympathisantInnen, welche regelmässig zu den Parteiveranstaltungen eingeladen werden. An den Versammlungen nehmen je nach Aktualität des Themas jeweils 10 bis 25 Personen teil. (Minimalrekord 2000 als statistischer Ausrutscher: zwei Anwesende!)

Seit 1998 wird die Partei von Brigitte Kübler-Steiger und Peter Schulthess im Co-Präsidium geleitet, was in Stäfa ein geschichtlich erstmaliges Führungsmodell darstellt und als sehr bereichernd und anregend erlebt wird. An Aktivitäten wird einiges unternommen: 6 bis 8 Versammlungen pro Jahr; vor Abstimmungswochenenden wird nicht nur die SP-Abstimmungszeitung in die Haushaltungen verteilt, es findet auch eine Standaktion zwischen Gemeindehaus und Einkaufszen-

trum statt. Meist ist dabei zwar ein immer mehr oder weniger gleichbleibender kleiner Kreis von Aktiven zugegen, die SP wird aber dadurch in der Gemeinde als aktiv und präsent wahrgenommen. Im vergangenen Jahr wurden zusätzlich drei öffentliche Bildungsanlässe durchgeführt, zu in der Gemeinde spürbaren Themen von allgemeiner und überkommunaler Bedeutung wie Gewalt, familienergänzende Betreuung oder legaler und illegaler Drogenkonsum. Und schliesslich wird seit drei Jahren regelmässig im Sommer zu einem Pétanque-Plauschturnier am See geladen.

Gute Seele und «Mann für alle Dinge» ist im Hintergrund Peter Frikart, welcher der Sektion seit gut einem Vierteljahrhundert Kontinuität gibt, mal als Behördenmitglied, mal als Sektionspräsident oder Vorstandsmitglied oder wie zur Zeit als (fast) immer bereiter Administrator bei Wahlkämpfen und Versänden, nicht nur für die Sektion, sondern auch für die Bezirkspartei.

Behördenmitglieder

Seit den 1930er-Jahren hat sich die Partei zum Ziel gesetzt, auf kommunaler Ebene auch in den Behörden mitzuwirken. Früh gelang es ihr, in den Wahlen Sitze zu erringen. Sie ist seither in den meisten Gemeindebehörden vertreten. Es gab jedoch auch Jahre, wo es den Bürgerlichen in Wahlkämpfen gelang, die SP zeitweilig aus einzelnen Behörden zu verdrängen. Vergangenes Jahr gelang es der SP gar – ein historisches Ereignis im bürgerlich domi-

nierten Stäfa –, das Präsidium der Schulpflege zu erlangen. In den Gemeindewahlen 2002 wurde die SP-Delegation im Gemeinderat und anderen Behörden markant vergrössert. So stark wie heute war die SP in den Behörden noch nie.

Verschiedentlich sind aus der Stäfner Sektion auch Kantonsräte gewählt worden, so Emil Bosshard, Werner Demuth und Hans Beutler. Letzterer war in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine prägende Figur der Stäfner SP und hält den Rekord in Sachen Amtsdauer als Sektionspräsident: volle 20 Jahre leitete er die Sektion von 1938 bis 1958 sehr erfolgreich. Wird heute gelegentlich diskutiert, ob ein Gemeinderatsmandat (oder ein anderes Mandat in einer Kollegialbehörde) zusammen mit einem Vorstandsmandat (geschweige denn einem Parteipräsidium) nicht zu unüberbrückbaren Rollenkonflikten führen müsse, so war das zu Beutlers Zeiten kein Thema: Er führte die Partei sowohl als Gemeinderat wie auch später als Kantonsrat.

Wiederkehrende Themen

Bei Durchsicht der Jahresberichte und Protokolle sticht manches ins Auge, was hier ausgewählt als historische Eindrücke aus dem Parteileben wiedergegeben sei:

«Und so wollen wir hinein wandern ins neue Vereinsjahr. Mit frischem Mut und Ausdauer wollen wir uns durchsetzen und die Fahne des Sozialismus hochhalten. Wir wollen kämpfen nicht um der Person willen, sondern um des Kampfes willen, der uns von der bürgerlichen Welt aufge-

zwungen ist. Vorwärts sei die Parole.» (Paul Stutz, Präsident 1930).

«Eine Rüge muss erteilt werden unseren Behördemitgliedern. Gibt es doch Behördemitglieder, die im ganzen Jahr keine einzige Parteiversammlung besucht haben. ... Genossen! Das muss anderst werden. Wir müssen verlangen, dass wer von der Arbeiterschaft in eine Behörde gewählt ist, seine Tätigkeit auch in den Versammlungen zu vertreten hat.» (Paul Stutz, Vizepräsident 1931). Dies ist ein Thema, das periodisch immer wieder aufscheint, bis in die heutige Gegenwart. Seit etlichen Jahren hat es sich allerdings bewährt, einmal jährlich eine Versammlung zum Thema «Berichte aus den Behörden» durchzuführen, wo die SP-RepräsentantInnen der Parteibasis berichten, was sie dort tun.

1967 wird erstmals ein Gemeinderatskandidat portiert, welcher nicht Parteimitglied ist, aber verspricht, es zu werden, sollte er gewählt werden: Der nachmalige Kantonsrat Emil Bosshard. Auch dieses Thema, die Bedingung der Parteizugehörigkeit für Behördenmitglieder, sorgt bis heute immer wieder für Diskussionsstoff.

Historische Momente

In den Vorkriegsjahren zeichnet sich ein Kampf um die politische Linie für einen pazifistischen und demokratischen Sozialismus ab, der sich während und nach dem Krieg noch akzentuiert. Auch innerhalb der Sektion gibt's Kämpfe und in der Auseinandersetzung mit den Bürgerlichen und dem Grütliverein verliert die SP 1934 alle

Gemeinderatsmandate. Der frühere Genosse Paul Stutz trat als amtierender Gemeinderat aus der Partei aus und liess sich vom Grütliverein zur Wiederwahl portieren. Die SP kämpft gegen links (Kommunismus) und rechts (Fröntler). Die Verhinderung einer PdA-Sektion in Stäfa wird als Erfolg gefeiert.

«Ein Jahr ist wieder hinter uns, was das neue bringen wird, wissen wir nicht, aber sehen wir über den Tag hinaus, Genossen, weder die Kapitalistische Ordnung noch der verfälschte Sozialismus der Diktatoren werden den Krieg überstehen, wenn er noch lange dauert, er bringt jedoch die Gefahr des Untergangs aller

Kultur, und nur die Sozialistische Lösung kann diesen verhindern. Aus dem Schutt der zerstörten Städte, aus Elend und Qual der Menschen wird der Schrei aufhallen nach einer besseren Ordnung, wir müssen durchhalten, wir wollen den Glauben nicht verlieren an unsere historische Sendung trotz der Arglist der Zeit.» (Hans Beutler, Jahresbericht 1941).

Sprachwandel

Bis 1965 gab es im Vorstand stets ein Ressort «Agitation» und in den Jahresberichten ein wiederholtes Mahnen, dass dieser Bereich zu wenig aktiv betrieben würde. Danach verschwand dieser Begriff. Neu



Am Anfang von den Bürgerlichen angefeindet, von der SP unterstützt, heute von allen akzeptiert: der Kulturbetrieb im Restaurant Rössli. (Foto: Peter Frikart)

würde man dieses Ressort wohl mit Mitgliederwerbung bezeichnen, und noch heute wird diese eher zu wenig betrieben.

In den 1960er-Jahren tadelt Präsident Werner Demuth wiederholt die mangelnde Agitation und klagt über die hochkonjunkturbedingte Selbstgenügsamkeit, wie auch über die Tendenz, sich keiner Partei anzuschliessen.

Von 1960 auf 1961 lässt sich der Wechsel von der Anrede «Genosse» zu «Kollege» datieren. Erst in jüngerer Zeit ist es wieder üblich, Parteimitglieder als «Genossen» anzureden, allerdings weniger zwanghaft.

Frauen in der Partei

Bis 1969 scheint die SP Stäfa eine reine Männerpartei gewesen zu sein. Erst mit der Annahme des Frauenstimmrechtes auf Gemeindeebene entstand das Interesse, auch Frauen für die Mitarbeit in der Partei zu gewinnen, und in den Parteieinladungen stand während einigen Jahren stets der Vermerk: «Bringt Eure Frauen und Bräute mit».

Die Freude über die gewonnene Abstimmung schien bei den Männern aber auch von Sorgen getrübt zu sein: «In der Gemeinde ist durch die Einführung des Frauenstimmrechtes die Zahl der Stimmberechtigten von 2300 auf 5200 gestiegen. Die Frauen verfügen also über 600 Stimmen mehr als die Männer. Die Chancen

der Männer, sich zu behaupten, sinken natürlich durch dieses Verhältnis und mancher Mann wird sich nun bei der Ausführung seines Amtes mehr Mühe geben müssen, damit ihm nicht eine Frau den Rang abläuft.» (Versammlungsprotokoll vom 24.1.1970). Heute ist das Geschlechterverhältnis bei den Mitgliedern wie auch bei den Behördenmandaten ungefähr 1:1.

Der Kampf ums «Rössli» Stäfa

1974 wurde das «Rössli» von einem selbstverwalteten Kollektiv übernommen. Im Saal wurde ein alternativer Kulturbetrieb aufgenommen. Das «Rössli» stand links von der SP und wurde von vielen bürgerlichen EinwohnerInnen gemieden. Für die Linke am See wurde es zu einem willkommenen Treffpunkt. 1980 kam es zu einer denkwürdigen Gemeindeversammlung um einen Gemeindebeitrag an den Kulturbetrieb. Es gelang den Rösslianern gemeinsam mit der SP und liberalen jungen Freisinnigen, so viele SympathisantInnen zu mobilisieren, dass der Kredit in der Versammlung durchkam. Dank diesem Entscheid waren dem «Rössli» nun auch kantonale Subventionen zugänglich. Heute ist der Kulturbetrieb im «Rössli» allgemein akzeptiert und ein Stolz der Gemeinde.

Peter Schulthess

Zum Beispiel Hermann Alt

Es gibt durchschnittliche Menschen, es gibt besondere Menschen, und es gibt aussergewöhnliche Menschen. Zu den letztern gehörte zweifelsohne Hermann Alt. Seine Lebensgeschichte liest sich wie ein Roman oder auch ein bisschen wie die Geschichte des ganzen letzten Jahrhun-



Als Mitglied der Internationalen Brigaden kämpfte Hermann Alt gegen den Faschismus in Spanien.

derts. Stationen sind der spanische Bürgerkrieg, die Emigration in die Sowjetunion, die Rückkehr in die Schweiz und schliesslich die Anerkennung durch Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Tischgespräch mit Lenins Frau

Geboren wurde Hermann Alt am 15. Dezember 1910 im Eckzimmer des Restaurants Rössli in Füllinsdorf, das seinen Grosseltern gehörte. Nach seiner Primarschulzeit in Füllinsdorf und dem Besuch der Bezirksschule in Liestal absolvierte er eine Schlosserlehre bei der Firma Buess in Pratteln. Bald schon war es für ihn keine Frage mehr, Gewerkschafter und aktiver Linker zu sein. 1933 wurde Hermann Alt mit einer Gewerkschaftsdelegation zu einer mehrwöchigen Reise in die Sowjetunion eingeladen. Wie Hermann Alt später selber immer wieder zu erzählen pflegte, war der Höhepunkt der Reise für ihn ein Tischgespräch, welches er mit Nadeshda Krupskaja, der Gattin Lenins, führen durfte.

Im Spanischen Bürgerkrieg

Als 1936 in Spanien der Bürgerkrieg ausbrach, reiste Hermann Alt nach Iberien, um in den Internationalen Brigaden gegen das faschistische Franco-Regime zu kämp-

fen. Die Schlacht von Brunete und der Tod seiner jugendlichen Kampfgefährten blieben ihm bis zu seinem eigenen Tod im Gedächtnis haften und riefen sich in seinen Träumen immer wieder in Erinnerung.

Zurück in der Schweiz wurde Hermann Alt wegen seines Engagements in Spanien von einem Militärgericht zu fünf Monaten Festungshaft verurteilt. Ausserdem war der erste seiner vielen Ficheneinträge auf die Zeit in Spanien zurückzuführen.

Emigration in die Sowjetunion

1939 wurde Hermann Alt von der Schweizer Armee in den Aktivdienst eingezogen. 1944 lernte er Tatjana Baklykowa kennen und lieben. Tatjana Baklykowa war eine junge Russin, die als Zwangsarbeiterin aus der Ukraine nach Deutschland verschleppt worden war und mit Hilfe eines jungen Deutschen in die Schweiz hatte fliehen können. Hier wurde sie zur Landarbeit eingeteilt. Geheiratet haben die beiden 1944, allen widrigen Umständen und bürokratischen Hürden zum Trotz.

Hermann Alt war in der ganzen Zeit politisch und gewerkschaftlich aktiv, unter anderem als Mitbegründer der Arbeiter-Union in Füllinsdorf. 1943 wurde er Füllinsdorfer Gemeinderat und 1944 auf einer Gewerkschaftsliste in den Baselbieter Landrat gewählt. Später war er dann als Mitglied der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen PdA im Kantonsparlament.

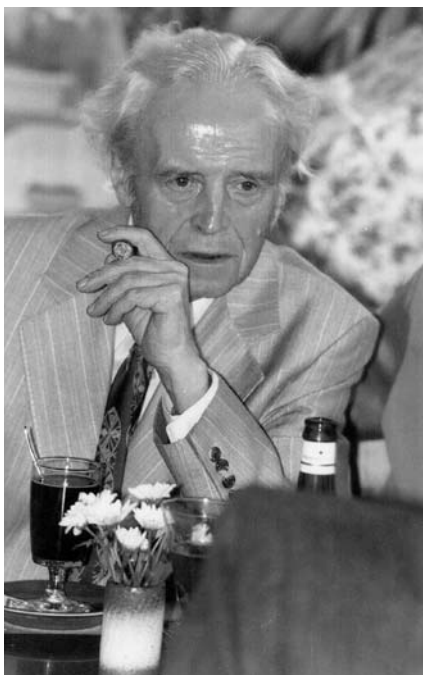
Weil er trotz Friedensabkommen in der Metallindustrie als Streikführer beim «Schindler-Streik» in Pratteln auftrat,

wurde er von den Arbeitgebern auf die «schwarze Liste» gesetzt und bekam fortan keine Arbeit mehr. Deshalb zog er nach Genf, da die dort starke PdA ihm Arbeit hatte verschaffen können. Zwischen 1952 und 1956 lebte er mit seiner Familie am Genfersee.

Das Heimweh seiner Frau Tatjana, aber auch seine Begeisterung für den real existierenden Sozialismus bewogen Hermann Alt, mit seiner Familie nach Shdanow am Asowschen Meer zu emigrieren. Herzlichst wurden sie dort aufgenommen. Hermann Alt arbeitete in einem grossen Stahlwerk und seine Frau auf der Krankenstation. Die Kinder besuchten die normalen sowjetischen Schulen. Doch die Versorgungslage wurde immer schlechter, und zudem setzte ihm die fehlende Meinungsäusserungsfreiheit immer mehr zu.

Rückkehr in die Schweiz, Wechsel zur SP

Dann begann der Kampf um die Rückkehr in die Schweiz. Die Sowjets wollten die Mutter und die Kinder als «SowjetbürgerInnen» zurückhalten und nicht ausreisen lassen. 1960 wurde ihnen mit Hilfe der Schweizer Botschaft in Moskau endlich das Visum für die Rückkehr in die Schweiz erteilt. Hier fand Hermann Alt in Zürich Arbeit bei Escher-Wyss, wo er auch bis zu seiner Pensionierung blieb. Zu jener Zeit trat er aus der PdA aus, nachdem er herausgefunden hatte, dass einzelne PdA-Genossen versucht hatten, seine Rückkehr in die Schweiz aus politischen Gründen zu verhindern. Im Zürcher Kreis 5 trat Hermann Alt der SP 5 bei, bei der er Mitglied



Eine Lebensgeschichte, die sich liest wie ein Roman: Hermann Alt.

bis zu seinem Tod blieb. Seine Frau starb 1978. Die fast gleichzeitige Geburt eines Enkels half ihm über diese schwierige Zeit hinweg. 1981 wurde sein zweiter Enkel ge-

boren. Seinen Lebensabend durfte Hermann Alt zusammen mit Louise Senn an der Josefstrasse verbringen. Ein elegantes, nicht mehr ganz junges Paar nahm fortan an den Veranstaltungen der SP 5 teil. Seine letzten Jahre verbrachte Hermann Alt wieder in Füllinsdorf.

Ehrung durch Bundesrätin Ruth Dreifuss

Eine späte Genugtuung erhielt Hermann Alt 1994, als er die Ehrung als Spanienkämpfer von Bundesrätin Ruth Dreifuss entgegennehmen durfte. Einen weiteren Höhepunkt erlebte er im November 1996, als er als Mitglied der Schweizer Delegation in Spanien mit über 400 überlebenden Veteranen aus den Internationalen Brigaden für seine Verdienste geehrt wurde. Seine bewegte Lebensgeschichte wurde 1997 in der «Basler Zeitung» in einem einfühlsamen Artikel gewürdigt. Hermann Alt verstarb am 5. November 2000 kurz vor seinem 90. Geburtstag.

*Nachruf von Hermann Alts Tochter Tamara S.,
überarbeitet von Talin Stoffel*

Kaffee, Kuchen und Politik

Mit einem Hefestollen unter dem Arm haben sich an einem schönen Samstagnachmittag im Spätsommer 1998 Geraldine Zürcher und Corine Mauch vom Vorstand der SP Zürich 6 zu Liselotte Traber aufgemacht. Liselotte wurde zusammen mit Felix Manz vor einiger Zeit für ihre 60-jährige Mitgliedschaft bei der SP Zürich 6 geehrt – ein guter Grund für zwei jüngere Genossinnen, bei Kaffee und Kuchen mehr über die Genossin zu erfahren, die zwischen zwei Weltkriegen und ein Dritteljahrhundert vor Einführung des Frauenstimmrechts unserer Partei beigetreten ist.

Ganze Familie in der SP

Liselotte erwartete uns in ihrem hübschen kleinen Haus zwischen Buchegg- und Schaffhauserplatz. In lebhaften Worten und über politische Aktualität bestens informiert erzählte die 83-Jährige von sich. Sie holte dabei zur Illustration immer mal wieder ein Buch, einen Zeitungsartikel oder eine Photographie hervor, die auf dem Wohnzimmertisch bereit lagen. Mit ihren Erzählungen tauchten wir in die Geschichte der SP Zürich 6 und der SP Stadt Zürich ein, auch wenn Liselotte immer wieder betonte, sie hätte für die Partei eigentlich nie besonders viel gemacht, ausser ab und zu Musik gespielt.

Musik spielen sei sowieso eine wichtige Aktivität der Frauengruppen innerhalb der SP, die es schon immer gegeben habe, gewesen. Der Flügel in Liselottes Wohnzimmer schien das jeweils stumm bestätigen zu wollen.

In die Partei eingetreten ist Liselotte mit zwanzig Jahren. Den Mitgliedschaftsbeitrag bezahlte am Anfang noch ihr Vater, Alfred Traber, der ein bedeutender Exponent der Zürcher Sozialdemokratie war. Dass auch ihre Mutter und ihre Schwester Parteimitglieder waren, verstand sich von selbst. Aufgewachsen ist Liselotte mit ihren Eltern und ihrer Schwester zunächst in einem Arbeiterviertel in Wiedikon. Wenn jeweils ein Photograph vorbeigekommen sei, hätten sich aus dem ganzen Viertel die Kinder versammelt. Eine Photographie mit an die 50 lachenden, wilden, aber unter den Augen der aus dem Fenster lehrenden Mütter schön ordentlich posierten Kindergesichtern aus den 1920er-Jahren gibt davon Zeugnis. Als Liselotte selbst in den 40er-Jahren in Wiedikon als Primarlehrerin arbeitete, hatte sie eine Klasse von sage und schreibe 47 ErstklässlerInnen zu unterrichten. Nach ihrer Wahl als Lehrerin in Zürich trat Liselotte dem sozialistischen Abstinentenbund und dem abstinenten Lehrerverein bei.

Letzterem habe auch alt Stadtrat Adolf Maurer bis zu seinem Tod die Treue gehalten.

In ihrem Haus wohnt Liselotte, seit ihre Familie 1922 dort eingezogen ist. Damals, auch unter dem Einfluss von Emil Klöti, vorerst sozialdemokratischer Bauvorstand und später Stadtpräsident, begann der Bau von genossenschaftlichen Reiheneinfamilienhäusern. Den ArbeiterInnen sollten damit Wohnmöglichkeiten ausserhalb der dunklen, engen Quartiere geboten werden. Die Siedlung, in die Liselotte zog, lag damals, als das Tram erst bis zum Schaff-

hauserplatz führte, noch am Stadtrand. 1935 hat Liselotte ihre LehrerInnenausbildung abgeschlossen und anschliessend noch das KlavierlehrerInnen-Diplom gemacht. Bis zu ihrer Pensionierung hat sie dann als Lehrerin gearbeitet, zunächst auf der Unter- und später auf der Mittelstufe.

Der Polizeivorstand im Gefängnis

Alfred Traber kam 1912 nach Zürich. Er war Mitglied im Vorstand der Arbeiterunion und in der damaligen turbulenten, von vielen Streiks, dem Krieg, der Russischen Revolution und der Abreise Lenins



*Seit über 60 Jahren
in der SP Zürich 6:
Liselotte Traber.*



Alfred Traber, ehemaliger Stadtrat und VPOD-Sekretär, während eines 1. Mai-Umzugs in den 1920er-Jahren. Im Hintergrund die VBZ-Musik. (Foto:Stadtarchiv Zürich)

aus Zürich geprägten Zeit sehr engagiert in der Sozialdemokratischen Partei und allgemein im Umfeld der Arbeiterbewegung. Liselotte erzählt, dass er bei einem Monatseinkommen von 350 Franken und einem Mietzins von 50 Franken oft mehr Geld für Bücher als für die Wohnungsmiete ausgegeben habe. 1919 wurde Alfred Traber mit 35 Jahren – nach Johann Jakob Vogelsanger – der zweite sozialdemokratische Polizeivorstand der Stadt Zürich. Als besonders aufregendes Ereignis schildert Liselotte, wie nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin die Arbeiterunion zu einer Ver-

sammlung auf den Paradeplatz aufgerufen habe. Der Stadtrat bewilligte aber lediglich die Benutzung des Münsterhofes und sperrte den Paradeplatz polizeilich ab. Die Tausenden von Demonstrierenden durchbrachen jedoch die Sperre und fluteten auf den Paradeplatz. Alfred Traber konnte die drohende Eskalation nach einem Gespräch mit dem Präsidenten der Arbeiterunion verhindern, die Polizei zog ab und die Demonstrierenden zogen sich auf den Münsterhof zurück. Nur für Traber hatte das Ganze ein Nachspiel. Er wurde mit sechs Tagen Gefängnis bestraft, die er 1920 absass, aber nicht in den Ferien, wie er es

gerne getan hätte. Der bürgerliche Stadtrat hatte es ihm ganz einfach verboten.

Bei der Parteispaltung nach Kriegsende schloss sich Alfred Traber zunächst den Kommunisten an und arbeitete als Redaktor für deren «Kämpfer». Er wandte sich dann aber von diesen wieder ab, weil sie sich seiner Ansicht nach zu sehr von Russland beeinflussen liessen und keine eigenen Gedanken duldeten. Später war er als VPOD-Sekretär tätig, und von 1930 bis 1950 amtierte er, trotz nicht abgeschlossenen Jus-Studium, als Bezirksrichter.

Langer Kampf ums Frauenstimmrecht

Liselotte erzählt lächelnd, dass ihr Vater sich für das Frauenstimmrecht viel mehr begeistern konnte als ihre Mutter, die in der Armenpflege tätig war. Dieses Engagement scheint dafür umso mehr auf Liselottes Schwester übergegangen zu sein. Anneliese Villard-Traber hat sich während langen Jahren politisch für das Frauenstimmrecht eingesetzt. Sie war in den 50er- und 60er-Jahren Präsidentin des Frauenstimmrechtsvereins Basel, hat die Seite «Frauenstimmrecht» (später: «Frauenrechte») im Schweizerischen Frauenblatt eingeführt und während vieler Jahre redigiert und hat 1992 im Auftrag des Vereins für Frauenrechte Basel unter dem Titel «Weit gebracht?» eine Chronik über den langen Weg zur Gleichberechtigung (1916–1991) geschrieben. Sie beschreibt darin, auf die Schweiz bezogen und mit besonderem Gewicht auf Basel, den langen, langsamen und dornenreichen Weg zunächst zum Frauenstimmrecht und dann zur Gleichbe-

rechtigung. Das Dokument ist Zeugnis unermüdlicher und zäh-ausdauernder Arbeit vieler, vieler Frauen, endlos gespickt mit Rückschlägen, Lächerlichmachungen und Anfeindungen.

Anneliese Villard-Traber hatte ihren Mann, Emile Villard, in der schweizerischen abstinente Jugendbewegung kennengelernt. Villard studierte in Zürich Romanistik. In den 1930er-Jahren (!) verweigerte er den Militärdienst dreimal und wurde zu insgesamt 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Gefängnis besuchte ihn einer seiner Professoren und legte ihm nahe, von sich aus sein Studium abzubrechen, da er sonst von der Universität wegweisen würde. Die Universität Basel hat ihn dann aufgenommen, und er konnte sein Studium beenden. Später wurde er in Basel, wo Anneliese Villard-Traber heute noch wohnt, als Gymnasiallehrer gewählt. Die Distanz zwischen Zürich und Basel hindert die beiden Schwestern nicht an der Pflege eines regen Kontaktes.

Dieses und manches mehr hat uns Liselotte an besagtem Samstagnachmittag bei Kaffee und Kuchen erzählt und mitgegeben. Und wie wir uns dann gegen Abend auf den Heimweg gemacht haben, fühlten wir uns wie nach einem guten Kinobesuch, voller Bilder und neuer Gedanken aus diesem anregenden Gespräch.

Corine Mauch

«Bei einer Frau hat man die «Courage»»

Am 23. November 2000 wird am Parteitag in Winterthur – nach 83 Jahren – die Auflösung der SP Frauen des Kantons Zürich diskutiert und schliesslich auch beschlossen. Zu diesem Anlass lässt Agnes Guler, Genossin und langjähriges aktives Mitglied der SP Frauengruppe Zürich 6/10, die Geschichte der SP Frauen nochmals Revue passieren.

Die Anfänge der SP-Frauen

Gegründet wurden die lokalen Frauengruppen (FG) bereits 1917. Gründungs-

motiv war die Auflösung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes (SAV). Ehemalige Mitglieder des SAV organisierten sich nach dessen Auflösung innerhalb der SP als Frauengruppen der Parteisektionen und vernetzten sich auf allen Ebenen. Zwischen der lokalen, der städtischen, der kantonalen und der schweizerischen Ebene fand ein reger Austausch statt. Gepflegt und gesichert wurde der Austausch mit Delegationen und gegenseitigen Besuchen. Auch waren gemeinsame Aktionen und Projekte keine Seltenheit.

Als exemplarisch für Gemeinsamkeit und enge Zusammenarbeit steht die Gründung des ArbeiterInnenhilfswerkes (SAH). Die Gründung geht auf die SP Frauen Schweiz zurück. Die legendäre Leiterin Regina Kägi-Fuchsmann war Mitglied der FG 6/10. In regelmässigen Zusammenkünften wurden Kleider sortiert, ausgebessert und weitergereicht. Jede FG im Kanton Zürich hatte an gewissen Daten ihren Einsatz. An den Zusammenkünften wurde immer viel gesungen, eine Tradition, die sich sehr lange gehalten hat.

Geprägt waren die politische Arbeit und das Engagement der Frauengruppen von vier Themenkreisen: Gleiche Rechte für Frau und Mann, die Loslösung von einer männlich bestimmten repressiven



Agnes Guler

Sexualmoral, die gesellschaftspolitischen Fragen um Mutterschaft und Ehe und die Forderung nach dem Frauenstimmrecht.

Vorurteile halten sich hartnäckig

Das fehlende Frauenstimmrecht motivierte auch Agnes Guler, der SP beizutreten. 1953 – nur sechs Jahre, bevor die Männer erneut Nein zum Stimmrecht sagen würden – war es soweit: Agnes wurde nicht nur SP-Mitglied, sondern auch eine aktive Genossin der FG 6/10. Vorurteile wie «Frauen können nicht logisch denken», «durch Politik findet eine Verrohung der Frauen statt» oder «die schönste Aufgabe für die Frau ist Hege und Pflege der Familie», seien an der Tagesordnung gewesen und hätten sich lange Jahre hartnäckig gehalten, erzählt Agnes. Agnes berichtet aber nicht nur spannend, sondern sie öffnet auch die Protokollbücher der «Frauengruppe ZH 6/10» der Jahre 1951–1973.

Als Agnes Mitglied der FG 6/10 wurde, war diese gut ins Frauennetz integriert. Die Versammlungen waren gut organisiert: Mit einem gemeinsamen Lied stimmten sich die Frauen ein, hörten einer Referentin (manchmal einem Referenten) zu, diskutierten und liessen den Abend mit einem gemütlichen Teil ausklingen. Ob die Referentinnen bekannt waren wie Regina Kägi-Fuchsmann und Dr. Emma Steiger, aussergewöhnlich wie Fräulein Dr. Müller, Polizeiassistentin (die erste gab es im Kanton Zürich 1942), oder Genossinnen von nebenan: Immer wurde ihnen reges Interesse entgegengebracht. Eine besonders lange Tradition hatten Lesungen. Regina

Kägi-Fuchsmann las aus ihrem Buch «Das gute Herz allein genügt nicht». Gelesen wurde auch aus «Frauen im Laufgitter» von Iris von Roten oder aus den Schriften der linken Ärztin Paulette Brupbacher, um nur wenige zu nennen.

In den 47 Jahren Mitgliedschaft erlebt Agnes vieles, erzählen lässt sich in diesem Rahmen nur wenig, etwa der Konflikt, der in den Jahren 1952/53 die Kantonalpartei erschütterte.

Pazifistin unter Kommunismusverdacht

Agnes war kaum ein Jahr dabei, als der gärende Konflikt aufbrach und nicht nur die Gemüter der FG 6/10, sondern auch die der Kantonalpartei tüchtig erhitzte. Schuld war Genossin Millicent Furrer, denn diese wolle sich nämlich partout nicht von den Kommunisten distanzieren, hiess es in der Kantonalpartei.

Im Sommer 1952 nahm der Konflikt seinen Anfang. Ausgelöst wurde er durch ein «orientierendes Schreiben» der Kantonalpartei an den Vorstand der Kreispartei Zürich 6 über das Ausschlussverfahren gegen «Gen. Furrer». Die Kreispartei beschloss mit 22 zu 11 Stimmen, gegen den Ausschluss Rekurs einzulegen.

Nur wenig später, im August, wurde der Ausschlussantrag auch in der FG 6/10 erörtert. Dort wurde argumentiert, man könne Millicent Furrer gar nicht ausschliessen, da sie sich mit der Frauengruppe verbunden fühle. Zudem sei sie Sozialistin und wolle nichts mit der PdA zu tun haben. Gen. Luchsinger warnte vor möglichen Folgen: «Wenn wir sie aus-

schliessen, drücken wir sie ins andere Lager.» Gen. Wiesner wünschte, dass die FG «zusammenstehe u. energisch bei der Kantonalpartei interveniere». Mit Mehrheitsentscheid wurde beschlossen, bei der Kantonalpartei vorstellig zu werden und zudem Gen. Furrer für eine Anhörung einzuladen. Eingeladen dazu wurde «extra schriftlich».

Zwei Monate später nahm Gen. Furrer vor den Genossinnen der FG 6/10 zu den Vorwürfen und zum Ausschlussantrag Stellung. Engagiert erklärte sie ihren Standpunkt, der nach «gewissenhafter Prüfung keine andere Einstellung ermöglicht», und führte die zwei Gründe auf, die den Ausschluss provoziert hätten, gegen den sie im Übrigen rekurriere. Sie sei Mitinitiantin des Schweizerischen Kongresses für die Verteidigung des Friedens und habe sich an einer Versammlung der Schweizerischen Friedensbewegung gegen den Gebrauch der bakteriologischen Waffen ausgesprochen. Für Millicent Furrer war

das Engagement für den Frieden prioritär: «Ich glaube aber, die Zeit ist so ernst, die Gefahr eines Krieges so gross, dass man keine Rücksicht auf Familie, auf Partei, auf Vaterland mehr nehmen darf, man muss der Menschheit gegenüber Verantwortung zeigen.» Kaum hatte sie das letzte Wort gesprochen, entbrannte schon eine heftige Diskussion.

Gen. Jucker teilte einleitend mit: Als sie sich in der Kantonalpartei gegen den Ausschluss von Gen. Furrer gewehrt habe, seien «heftige und nicht besonders höfliche Zwischenrufe vom Vorstandstisch» zu hören gewesen. Gen. Schneider sagte, sie fühle sich wie in einem Totentanz. Gen. Furrer auszuschliessen, weil sie sich nicht von den Friedenspartisanen trennen wolle, sei gemein, meinte Gen. Lipp. Bei Hans Bickel habe man sich zwei Jahre Zeit gelassen, aber bei einer Frau habe man die «Courage», ärgerte sich Gen. Lattmann. Und schliesslich Genossin Muntwiler: «Wir Pazifisten standen vor mehreren Jah-



ren mit Leonhard Ragaz vor der Gewissensfrage, sollen wir in der Partei bleiben oder austreten?» Ein grosser Teil sei dann ausgestreten. Es gehe nicht um Ausschluss oder nicht. Es gehe um die Frage, ob die Sozialisten auf dem rechten Weg seien. Die SP mache nichts in der Friedensbewegung, votierte Gen. Uttinger. Warum Gen. Furrer nicht in den eigenen Reihen «Friedenszellen» gegründet habe, fragte Gen. Schmauder, und wer einer Partei beitrete, müsse sich unterwerfen, argumentierte Gen. Muntwiler. Trotzdem, kaum ein Votum gegen Millicent Furrer war zu hören. Im Gegenteil, ein gemeinsamer Austritt wurde erwogen. Das Resultat war bescheidener: Der an der letzten Versammlung beschlossene Brief an die Kantonalpartei sollte nun geschrieben werden.

Die Kantonalpartei hielt unverrückbar an ihrem Antrag fest. Die Parteileitung begründete den Ausschluss mit «Gerechtigkeitsgründen». Millicent Furrer distanzieren sich nicht von der Kommunistischen

Partei. Hans Bickel sei seinerzeit genau aus diesem Grund ausgeschlossen worden. So trat Gen. Furrer nach 22 Jahren aus der Partei aus, weil sie sich aus Sicht der Kantonalpartei nicht im politisch korrekten Umfeld für den Frieden einsetzte. In der FG wollte nur noch einmal eine Genossin wissen, wie die Sache mit Gen. Furrer stehe. Die Antwort darauf ist in den Protokollbüchern aber nicht zu finden.

«Frühlingsputzete» und die verhinderte Autobahn

Bildung und Bildungsstätten hatten für die SP-Frauen immer eine grosse Bedeutung. So selbstverständlich auch das Ferien- und Bildungshaus Brusata im Tessin, das in den 1950er-Jahren in der Blüte stand. Die enge Verbundenheit zeigt sich beispielsweise darin, dass die Zürcher Genossinnen gemeinsam ins Tessin reisen wollten, um ihre gestifteten Bettdecken persönlich zu überbringen. Wenn Regina Kägi-Fuchsmann wieder einmal keine Ferienplätze für



Demonstrationen wurden von den SP Frauen viele organisiert, sei es zur Gleichstellung von Mann und Frau oder – aktueller denn je – zur Einführung der Fristenregelung.



«ihre» Kinder fand, kamen sie im Brusata unter. Auch gehegt und gepflegt wurde das Brusata von den Zürcher Genossinnen; sie waren nämlich für die «Frühlingsputzete» und die Gartenpflege zuständig. Zudem leistete die städtische FG mit ihrem jährlichen Bazar einen wichtigen Beitrag zur Mittelbeschaffung.

Der Erlös aus dem Bazar für Brusata floss nur zur Hälfte in die Bildungsstätte, die andere Hälfte wurde als Darlehen für den Kauf eines Grundstücks für eine neue Ferien- und Bildungsstätte in Zweisimmen zur Verfügung gestellt. Die SP Frauen Schweiz erwarben damit ein Grundstück, durch das eine Autobahn gebaut werden sollte. Kurz und gut: Die Frauen blockierten den Bau für Jahre. Das Bildungsprojekt wurde zwar nie realisiert, die Autobahn aber auch nicht! Das geliehene Geld kam nach vielen Jahren zurück nach Zürich und wurde als Startkapital für den Film «Eine andere Geschichte» von Tula Roy

eingesetzt. Der Film – auf diesen ist sicher nicht nur Agnes stolz – erzählt die Geschichte der Frauen von 1910 bis 1991.

Brauchen wir noch eine Frauengruppe?

Brauchen wir eine Frauengruppe? Was ist das Ziel der Frauengruppe? Immer wieder wurden diese Fragen gestellt. So auch in der FG 6/10 im September 1968. Die Antworten fielen so klar aus wie die Fragen: «Unbedingtes Festhalten an Frauengruppen» und «vermehrt politische Schulung wie AHV-Fragen, Krankenkassen, Frauenstimmrechtsfragen und Fragen nach Problemen der alleinstehenden Frauen». Nicht nur die Zielvorstellung, sondern auch die Gesinnung der Genossinnen schien ungebrochen, wie das Beispiel der Parteikasse zeigt. Über den hohen Bestand von Franken 623.25 zeigten sich einige Genossinnen befremdet und sogar beschämt. Beschämt darüber, dass die FG den Betrag der Weihnachtssammlung in

die eigene Kasse lege, anstatt ihn einem wohlthätigen Zweck zukommen zu lassen.

Frauenstimmrecht als Wendepunkt

Mit «grosser Freude und Genugtuung» konnte am 15. November 1970 bekannt gegeben werden, dass mit 115 000 gegen 57 000 Stimmen dem Frauenstimmrecht in kantonalen Angelegenheiten zugestimmt worden sei. Nur der Bezirk Andelfingen habe die Abstimmungsvorlage abgelehnt. Die erfreuliche Mitteilung wurde an der Versammlung der FG am 19. November 1970 in Wipkingen gemacht. Zu diesem Zeitpunkt lag der Tiefschlag, den die Frauen mit der Ablehnung des Frauenstimmrechts 1959 erlebt hatten, schon elf Jahre zurück. Damals gingen die Gefühle hoch. Aus Enttäuschung und Wut, und gleichzeitig um Kraft zu tanken, führten die Frauen von nun an jedes Jahr am 1. Februar in Zürich einen Fackelumzug durch. Und zwar so lange, bis es am 7. Februar 1971 auch auf Bundesebene endlich so weit war.

Und dann, in den 1970er-Jahren, begann das Schrumpfen der FG 6/10. Kam dazu, dass die FG nach Jahrzehnten ihr Versammlungslokal, das Nebenzimmer des alkoholfreien Restaurants des Kirchgemeindehauses Wipkingen, aufgeben musste, weil der Zürcher Frauenverein den Betrieb 1970 einstellte. Die Mitgliederzahl und auch die Beteiligung an den Versammlungen nahm ab. Irgendwann waren nur noch 13 Frauen anwesend. Bald trafen sich die SP Frauen von 6 und 10 nur noch zu einzelnen Veranstaltungen wie Weiter-

bildungskursen, oder sie bildeten Lesezirkel, die jedoch ebenfalls nie von langer Dauer waren. Auch die enge Vernetzung mit der kantonalen Frauengruppe wurde immer loser, bis sich im Jahre 2000 die Grundsatzfrage der separaten Frauengruppen erneut stellte.

Das Ende der Frauengruppen

In jeder FG und auf jeder Ebene: Immer wieder wurde über den Nutzen von separaten Strukturen oder Räumen für Frauen diskutiert und gestritten. Immer wieder wurde zu Gunsten derselben entschieden, bis zum Parteitag im November 2000. An diesem Tag wurde beschlossen, dass die Gleichstellung nicht mehr nur Sache der SP Frauen sei, sondern Aufgabe der ganzen Partei. Bis es allerdings so weit war, wurde diskutiert: in der Geschäftsleitung, im Parteivorstand und am Parteitag. Und die verantwortlichen Frauen in der FG hatten die Auflösung und Integration von Frauenanliegen in die gesamte Partei mit einer kompetenten Fachfrau (Zita Küng) besprochen und vorbereitet. Beratung und Diskussionen führten schliesslich zur Überzeugung, dass die Zeit des gemeinsamen Weges reif sei. Zur Umsetzung wurde das Konzept «Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe» ausgearbeitet. Das Konzept sieht die Schaffung einer Gleichstellungs-Kommission vor, und seit dem 1. Februar 2001 ist die entsprechende Fachstelle auf dem Parteisekretariat besetzt.

Erika Ziltener

Von grauen Köpfen, 68ern und jungen «Aussenseitern»

In den 1970er- und 1980er-Jahren galt die SP Zürich 7 als superlinke Intellektuellensektion. Wie sah es davor und danach aus? Die 1969 eingetretene Lilian Uchtenhagen und Andreas Schäfli, seit 2000 dabei, erzählen, wie sie ihre Sektion beim Eintritt angetroffen haben.

Lilian Uchtenhagen, geboren 1928, ehemalige Nationalrätin, Ökonomin. Die erste SP 7-Versammlung besuchte sie im Restaurant «Hegibach». Der Beizer schickte sie in den 1. Stock, doch sie kam wieder herunter und fragte nochmals nach der SP. Da oben im Saal sassen etwa 30 alte Männer mit grauen Haaren, ausserdem zwei oder drei

Frauen, niemand unter 40. Das war 1969, in einer Zeit, als SP-Mitgliedschaft noch Verzicht auf Karriere und Abgestempeltsein bedeutete. Lilian beschreibt, wie innerhalb von ein paar Monaten der Generationenwechsel eingeläutet wurde; fünf Jahre später habe es keine grauen Köpfe mehr gehabt. Die SP 7 sei nun eine der linken Sektionen innerhalb einer eher konservativen Partei gewesen, mit geringen Wahlchancen in der Hochburg von Freisinn und Reichtum. Der einzige SP-Gemeinderatssitz war zunächst noch eher konservativ besetzt. Als Lilian selbst kandidierte, wurde sie sofort gewählt – anstelle des Bisherigen. In dieser Zeit



*Nicht gewählt,
aber gefeiert:
Lilian Uchtenhagen
am SPS-Parteitag, der
nach ihrer Nicht-Wahl in
den Bundesrat 1983
die Regierungsbeteili-
gung diskutierte.*

musste alles ausdiskutiert werden. Die aktiven Basismitglieder der SP 7 erwarteten von den Mandatarinnen und Mandataren, dass sie die Stellungnahmen der Sektion vertraten, was oft auch zu Konflikten führte. Eine «Dächlichappen-Partei» sei die SP bei ihrem Eintritt gewesen, sie habe sich mehrheitlich um gewerkschaftliche Fragen gekümmert, für grundsätzliche Anliegen sei wenig Platz gewesen. Lilian erinnert sich, dass die Arbeiterschaft schon damals verloren war, die Wählerschaft auch vor dreissig Jahren mehrheitlich aus «Sozialkuchen» und Lehrerschaft bestand. Im Vorstand habe es gerade mal einen Arbeiter gehabt. Nach Adjektiven für die heutige SP 7 gefragt, meint Lilian: vielseitig, treu, liebenswert.

Gesamtschweizerische Themenführerin

Die SP Zürich 7 war wohl seit ihrer Gründung von öffentlichen Angestellten geprägt. Wer gewerkschaftlich organisiert war, gehörte meist dem VPOD an. Zu den Mitgliedern der Sektion zählten zum Beispiel Emil Klöti, Stadtpräsident im Roten Zürich, und Dionys Gurny, der bei der Stadt die Präsidentschaft aufgebaut hat. Als Lilian Uchtenhagen in die Partei eintrat, war die SP 7 eine ganz gewöhnliche, eher langweilige Sektion. In der SPS galt seit 1959 ein Programm, das auf der Meinung basierte, die Gesellschaft befinde sich bereits im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, und vom Klassenkampf definitiv nichts mehr wissen wollte.

Zusammensetzung und Ausrichtung der Sektion änderten sich schnell, als die

68er sich entschieden, bei und mit der SP den Marsch durch die Institutionen anzutreten. Der Präsident wurde weggeputscht, und in der Folge entwickelte sich die SP Zürich 7 in der Partei zu einer gesamtschweizerischen Themenführerin, die ihre Anliegen in der SPS durch den Aufbau eines linken Netzwerkes, das insbesondere auch welsche Sektionen umfasste, durchzusetzen versuchte. Aus dieser Zeit stammt der Ruf der Sektion, sehr intellektuell geprägt zu sein. Der Kreis 7 als Hochschulstandort sicherte den steten Zufluss von Studierenden, die sich in der SP organisieren wollten.

Diese Phase ist mittlerweile Geschichte. Die SP 7, die zuvor bewusst auf Quartierpolitik verzichtet hatte, entdeckte, dass es auch im privilegierten Kreis 7 Probleme zu lösen galt. Das gemeinsam mit andern linken Sektionen herausgegebene «Info» verschwand, das Engagement auf gesamtschweizerischer Ebene flaute ab. Die heutige Sektion – die 68er sind längst etabliert und gehören mittlerweile selbst zu den grauen Köpfen – entspricht wohl dem Durchschnitt. Dass es am Zürichberg in all' den Jahren salonfähig geworden ist, SP zu wählen, hat auch mit der veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung zu tun. Der Wähleranteil der Sektion stieg von 13,5 Prozent 1970 auf 27,8 Prozent 2002. Bei den bürgerlichen Parteien hat – wie überall – die SVP auf Kosten der FDP stark zugelegt. Bei den Nationalratswahlen 1999 war die SP im Kreis 7 mit 28 Prozent erstmals stärkste Partei!

Andreas Schäfli, geboren 1982, aktiver Jungsozialist und jüngstes Vorstandsmitglied der SP 7, Lehre als Polymechniker. In die Politik zog es ihn, um Blocher und Co. Einhalt zu gebieten, und weil er fand, das kleinkarierte, nicht über die Landesgrenzen hinaus gehende Denken der Schweizerinnen und Schweizer könne nicht das Wahre sein. Andreas' erster Kontakt mit der SP 7 fand im Frühling 2000 an der Bar der SP 7 und 8 statt. Kurz danach war er bereits aktiv im Vorstand. Am Anfang sei er sich komisch vorgekommen, weil er der einzige unter 20 war. Alle anderen seien schon voll im Leben gestanden. Bei den JUSOs habe er gehört, dass die SP rechts abdrifte, Richtung neue Mitte, was er dann auch bestätigt gefunden habe bei der SP 7. Er erlebt die Sektion weniger kämpferisch als zum Beispiel die SP 3 oder die SP 4. Andreas stellt fest, dass viele Leute in der SP 7 von der SP-Steuerpolitik gar nicht profitieren und vom Hintergrund her eher in die FDP passen würden, sei doch das mittlere und obere Einkommensegment stärker als in anderen Sektionen vertreten. Andreas zählt sich selbst nicht zum «Gurten-Manifest-Flügel», während er die SP 7-Leute grundsätzlich eher dort erwartet hätte. Beim näheren Kontakt habe er aber gemerkt, dass politisch eine ähnliche Linie vorhanden sei. Er erlebt die Sektion als gut organisiert. Zwar brilliere die SP 7 nicht mit den meisten Veranstaltungen, dafür klappe es dann auch, wenn etwas geplant sei. Andreas schätzt das Zusammengehörigkeitsgefühl und fühlt sich auch als «Aussenseiter» gut aufgehoben. Für ihn ist



Andreas Schäfli, Polymechnikerlehrling und 2002 jüngster Gemeinderatskandidat auf der Liste der SP Zürich 7.

das «Wir-Gefühl» wichtig, zum Beispiel beim Sammeln von Unterschriften für die neue AHV-Initiative sagen zu können, «WIR haben schon für die Einführung der AHV Unterschriften gesammelt». Andreas wünscht sich mehr aktive Leute in seinem Alter in der SP 7 und dadurch auch eine kampfbetontere Politik. Und er findet, die SPS könne sich die SP 7 als Vorbild nehmen bezüglich gegenseitige Akzeptanz und das Austragen von unterschiedlichen Meinungen. Andreas wählt für die Sektion die Adjektive familiär, etabliert (im Kreis), farbig.

Yvonne Müller, Adrian Knoepfli

Der Glockenstreik von Wipkingen

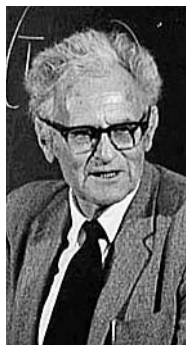
Kirchenpflegen gelten hierzulande im allgemeinen als unbescholtene und regierungstreue Institutionen. Sie kümmern sich um das Wohl ihrer Kirchgemeinden und mischen sich nicht in die «grosse» Politik ein. Es erstaunt deshalb nicht, dass der Beschluss der reformierten Kirchenpflege des Zürcher Stadtquartiers Wipkingen vom 29. Juli 1917, an der Bundesfeier des gleichen Jahres aus Protest die Glocken nicht läuten zu lassen, noch Jahre später in der Limmattstadt für Gesprächsstoff sorgte. Wie kam es dazu?

Sogar die NZZ fand es diskutabel

Zunächst sei der zeitliche Hintergrund dieses Ereignisses umschrieben. Der lange Militärdienst der Männer stürzte im Kriegsjahr 1917 manche Familie in Not, der Erwerbsausfall wurde nur ganz beschränkt unter Nachweis der Bedürftigkeit entschädigt. Hunger und Unterernährung waren an der Tagesordnung. Die Arbeiterbewegung radikalisierte sich und hatte einen grossen Mobilisierungserfolg. Es gab viele Demonstrationen und Streiks, welche ein Jahr später im Generalstreik gipfelten. Im Kanton Zürich wurde die Proporzwahl eingeführt, und prompt wurden die Sozialdemokraten zur stärksten Fraktion im Kantonsrat.

Am 14. April 1917 war der Artillerieleutnant und Agronomiestudent Max Kleiber vom Divisionsgericht 4 wegen Dienstverweigerung zu vier Monaten Gefängnis, Ausschluss aus der Armee und Entzug des Aktivbürgerrechts für ein Jahr verurteilt worden. Zwei Monate später verfügte der Schweizerische Schulrat zusätzlich Kleibers Ausschluss vom Studium an der ETH. Mitte Juli stellte sich der Bundesrat hinter diesen Entscheid, was den geschlossenen Protest der Studentenschaft an der ETH gegen diese «Verletzung der akademischen Freiheit» hervorrief.

Das «Volksrecht» kommentierte: «Pfuif Teufel über die Regierung einer ‹Demokratie›, von der eine solche tyrannische Unterdrückung der Mutigen und Freien ausgeht!» Und sogar die NZZ fand den Beschluss «gewiss diskutabel».



Professor Max Kleiber an der University of California in Davis: Als junger Mann löste der engagierte religiöse Sozialist durch seine Militärdienstverweigerung den Wipkinger Glockenstreik aus. (Foto: University of California)

Max Kleiber verweigerte den Militärdienst, gemäss seiner Verteidigungsrede vor dem Divisionsgericht, weil der Dienst in der Armee dem christlichen Grundgebot und damit einer höheren Kultur widerspricht sowie als internationaler Sozialist und als Schweizer. Mit dieser Begründung bekennt sich Kleiber zum religiösen Sozialismus, welcher in dieser Zeit unter der Führung des Bündner Pfarrers und Theologieprofessors an der Universität Zürich, Leonhard Ragaz, stark verbreitet war. Neben Kleiber waren zahlreiche weitere Dienstverweigerer religiöse Sozialisten oder «Ragazianer», wie sie auch genannt wurden. In der Ideenwelt des religiösen Sozialismus nehmen Pazifismus und Internationalismus breiten Raum ein.

Der Sturm auf den Kirchturm

In der reformierten Kirchenpflege von Zürich-Wipkingen hatten die «Religiös-Sozialen» seit 1911 eine fast hundertprozentige Mehrheit und machten unter dem

radikalen Pflegepräsidenten Louis Streuli-Hoën und den beiden gewählten Pfarrern Ernst Altwegg und Theodor Goldschmid Politik. Streuli machte bereits vor dem Glockenstreik von sich reden, als er in der Kirchensynode den Antrag stellte, die umfangreichen schweizerischen Munitionsexporte an die kriegführenden Staaten seien zu verurteilen und eine SP-Motion an den Bundesrat für ein Ausfuhrverbot sei zu unterstützen. Der Antrag wurde aber von der bürgerlich beherrschten Synode abgelehnt.

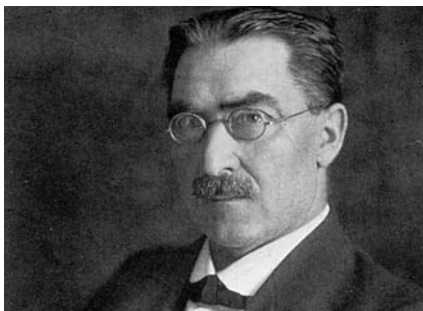
So tagte am 29. Juli 1917 die Kirchenpflege und diskutierte den Fall Kleiber und ihre Teilnahme an der kommenden Bundesfeier. Der Kirchenpflege gehörten zu dieser Zeit mit Ausnahme von zwei Bürgerlichen nur Sozialdemokraten an. Die Lust am Feiern war diesen Herren – Damen gehörten noch nicht dazu – offensichtlich vergangen. Einstimmig, bei Abwesenheit eines der beiden bürgerlichen Mitglieder, und auf Antrag ihres Präsidenten

1917 verweigerte die Wipkinger Kirchenpflege das Läuten der Glocken zum 1. August, worauf eine militante bürgerliche Gruppe den Kirchturm stürmte, um die Glocken doch noch zu läuten.



ten wurde der Beschluss gefasst, in diesem Jahr die Glocken am 1. August nicht läuten zu lassen. Dem Sitzungsprotokoll ist zu entnehmen, dass damit auch gegen die Umgestaltung des demokratischen Milizheeres in ein bedingungsloses Werkzeug der herrschenden Klasse protestiert werden sollte.

Den traditionellen Wikingern, welche sich hauptsächlich um und in der Demokratischen Partei organisierten, passte die Politik der Kirchenpflege schon seit geraumer Zeit nicht. Sie protestierten gegen diesen Beschluss und forderten eine Intervention des Stadtpräsidenten. Nachdem dies ohne Wirkung blieb, nötigte eine militante Gruppe Pfarrer Goldschmid zur Herausgabe des Kirchenschlüssels. Sie stürmte die ebenfalls verschlossenen Türen zum Kirchturm. So durfte dann die NZZ am nächsten Tag berichten, dass die Glocken am 1. August doch noch «während einer halben Stunde ihren ehernen Ruf ins Limmattal hinaussandten». Aber der Tri-



Leonhard Ragaz, Bündner Pfarrer und Theologieprofessor an der Universität Zürich, war führender Kopf der religiös-sozialen Bewegung und Vorbild für die Wipkinger Kirchenpflege.

umph war von kurzer Dauer. Am 3. August titelte das «Volksrecht»: «Kirchenschändung durch gläubige Christen». Die gewaltsame Glockenläutaktion des «Wipkinger Zopfbürgertums» habe grossen Sachschaden verursacht und sei überdies in ein Saufgelage in der Kirche ausgeartet. Von einer nahen Wirtschaft wurden grosse Bierkrüge herbeigetragen. Der Wirt war einer der Anführer der Läutaktion gewesen. Der Skandal war perfekt und blieb für einige Zeit Zürcher Stadtgespräch.

«Nicht einfach gedankenlos im alten Trott»

Auch in Wipkingen beruhigten sich die Gemüter nicht so schnell. An einer Kirchgemeindeversammlung am 2. September 1917 hatte Pfarrer Ernst Altwegg den aufsehenerregenden Beschluss der Kirchenpflege, die Glocken am 1. August nicht läuten zu lassen, zu begründen. Seine Rede wurde später im Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins gedruckt. In dieser Rede konnte er, ausgehend von seinen sozial-religiösen Überzeugungen, seine Gedanken zum Verhältnis von Staat und Religion darlegen. Gegen den Vorwurf fehlender Heimatliebe während eines Weltkrieges sagte er, die Gefahr bestehe heute vielmehr, dass die natürliche Heimatliebe zum Nationalismus und Fanatismus ausarte und aus Staat und Vaterland einen Götzen und aus der Vaterlandsliebe einen eigentlichen Kultus und Götzendienst mache. «Den Kultus, wie er am 1. August zu Stadt und Land vielfach mit dem Vaterland getrieben wird, wollten wir nicht mitmachen, sondern uns zu

denen bekennen, die sagen: Man muss Gott und dem Gewissen mehr gehorchen als dem Staat, und die danach tun.» Darum hätten sie der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass als Protest gegen die Behandlung des Dienstverweigerers Kleiber durch den Bundesrat die Glocken nicht läuten würden. Der Fall Kleiber sei ein Musterbeispiel dafür, wie zwei Geistesrichtungen zusammenstiessen. Hier der eidgenössische Schulrat und der Bundesrat, denen der Staatsgedanke an oberster Stelle stünde, und die einen Menschen, der sein Gewissen nicht opfern wolle, für unwürdig erklärten, am Polytechnikum zu studieren. Und auf der andern Seite ein schlichter Mann aus dem Volke, der mit Luther sage: «Es ist nicht geraten, etwas wider das Gewissen zu tun.»

Weiter sei das Engagement der Wipkinger Kirchenpflege Ausdruck einer aktiven Rolle der Landeskirche, die «in Dingen so bedenklich den Kompass verloren hat und sich in allen Ländern so bedingungslos vom Staat in den Schlepptau nehmen lässt». Pfarrer Altwegg schloss seine Rede mit den Worten: «Und nun dürfen wir vielleicht doch hoffen, dass diejenigen, die guten Willens sind, uns verstehen werden. Verstehen, dass die Kirchenpflege Wipkingen durch das Unterlassen des Augustläutens niemanden provozieren, sondern ihren Gemeindegliedern sagen wollte, wie wichtig es in diesen Zeiten ist, dass jeder einzelne sich besinne, dass er nicht einfach gedankenlos im alten Trott mitmache, sondern zu erkennen suche, wo

hindurch nach dem Willen Gottes der Weg für unser Geschlecht führt, und ihn dann auch gehe.»

Die Wipkinger Kirchgenossen billigten den Glockenstreik-Beschluss der Kirchenpflege mit 182 Ja- gegen 176 Nein-Stimmen.

Berufliche Karriere verunmöglicht

Drei Jahre später, im Sommer 1920, konnte Max Kleiber, dessen Fall den Glockenstreik ausgelöst hatte, dank der Intervention eines deutschen ETH-Professors doch noch sein Studium fortsetzen, dass er 1924 mit einer Dissertation abschloss. Eine berufliche Karriere in der Schweiz wurde ihm hingegen verbaut, seine Arbeiten wurden totgeschwiegen. In bäuerlichen Kreisen, namentlich im Schweizerischen Bauernverband, herrschte zu dieser Zeit ein reaktionärer und stark antikommunistischer Geist vor. So entschloss sich Kleiber 1929 zur Auswanderung nach den USA, wo ihm an der University of California in Davis eine Professur angeboten wurde. Seine Forschungen und zahlreiche Publikationen verschafften ihm bald internationales Ansehen. 1971 wurden seine Verdienste gewürdigt, indem ein neuer Gebäudetrakt auf dem Campus der Universität in Davis zu seinen Ehren «Kleiber Hall» getauft wurde. Er starb 1976 im Alter von 83 Jahren.

Benedikt Gschwind

Professor Konrad Furrers Gang in die Löwengrube

Am 8. November 1892 berichtete der «Grütliener» unter dem Titel «Wie gewisse Geistliche über die <Sozialdemokratie> urteilen» von einer Predigt, in der Pfarrer K. aus Bütschwyl gesagt habe, die Sozialdemokraten seien «Leute mit hoher Stirn, grossem Maul, leeren Taschen, gottlos und voll Alkohol». Sie würden die Arbeiter aufhetzen und selbst vor dem Kaltmachen nicht zurückschrecken, um ans Ruder zu gelangen. Der «Grütliener» parierte diesen Angriff mit dem Hinweis, ein armer Weber aus Bütschwyl, der in zwölf Arbeitstagen nicht mehr als fünf bis vierzehn Franken verdiene, müsse von den Sozialdemokraten nicht mehr zur Unzufriedenheit aufgehetzt werden.

Die Position der evangelischen Pfarrer gegenüber der damals viel diskutierten sogenannten «Arbeiterfrage» war differenzierter, als die Äusserungen des Pfarrers K. vermuten lassen. Den «sozialen» Anliegen der Arbeiter wurde durchaus Verständnis entgegengebracht, hingegen war für die Pfarrer der erklärte Atheismus eines Teils der Arbeiterbewegung – es gab in der Sozialdemokratie immer auch religiös orientierte Mitglieder und sogar Theologen als Nationalräte – inakzeptabel. Viele organisierte Arbeiter betrachteten ihrerseits die Kirche als Handlanger des Kapi-

tals und befürchteten nicht zu Unrecht Bekehrungsversuche.

In dieser Atmosphäre brauchte es für einen Kirchenvertreter einigen Mut, in Arbeiterkreisen für das Christentum einzustehen. Konrad Furrer (1838–1908), Professor der Theologie an der Universität Zürich und einer der führenden Vertreter des theologischen Freisinns, stellte sich der Herausforderung: 1893 verteidigte er in drei Referaten im «Arbeiterbildungsverein Eintracht» das Christentum vor den Angriffen von Arbeiterseite. In der kirchlichen Presse wurde sein Auftritt denn auch mit Daniels Gang in die Löwengrube verglichen.

Die «Eintracht» boomt

Für die Bürgerlichen war die «Eintracht» ein Hort des Linksextremismus. Es hatte sich nämlich um 1890 in dem etwas behäbigen Verein emigrierter Deutscher – die Schweizer waren in der Minderheit – eine Gruppe junger Radikaler gebildet, die mit starken Worten der «alten Garde» «bourgeois Gehabe» und mangelnden Einsatz für den Klassenkampf vorwarf. Tatsächlich war die «Eintracht» eher eine Selbsthilfeorganisation als ein Instrument der politischen Agitation. Die meisten Mitglieder waren Handwerksgesellen (Schrei-

ner, Schuhmacher, Schlosser, Schneider, Spengler usw.); für die am Existenzminimum lebenden Fabrikarbeiter aus Ausser-sihl war die Mitgliedschaft in diesem kleinbürgerlichen Arbeiterbildungsverein zu teuer.

1888 hatte die «Eintracht» das ehemalige Zunfthaus der Schuhmacher (und heutige Theater am Neumarkt) zum Preis von 145000 Franken erworben und grosszügig umgebaut. Das eigene Lokal habe dem Verein «einen neuen Lebensnerv» zuge-

führt, meint die Jubiläumsschrift von 1891: «Fast kein Sonntag im Winter verging, wo nicht der Verein oder irgend eine Gesellschaft den Saal zu irgend einem Vergnügen benutzte, ebenfalls an Werktagen nahm man ihn bei allen Gelegenheiten zu Versammlungen, Vorträgen und dergleichen in Anspruch, auch Konzerte wurden regelmässig abgehalten.» Der Verein war nun imstande, seinen Mitgliedern im Sinne des Zweckartikels der Statuten einen umfassenden Service für Leib und Seele zu



Das Vereinshaus des Arbeiterbildungsvereins Eintracht am Neumarkt in Zürich, aus Anlass des Internationalen Sozialistenkongresses 1893 im Festkleid. (Foto: Schweizerisches Sozialarchiv)

bieten: eine Krankenkasse, eine Speisegesellschaft, ein Lesezimmer, eine Bibliothek im Vereinshaus und verschiedene Vergünstigungen bei befreundeten Geschäften (in Badeanstalten, Apotheken, Kefir-Anstalten und bei einem Coiffeur). Eine Sänger- und eine Turnsektion, ein Dramatischer Klub und ein Tanzklub förderten die Geselligkeit. Die Zahl der Mitglieder stieg von 550 (1888) auf 917 (1893).

Mit dem neuen Aufschwung Ende der 1880er-Jahre setzte auch die Bildungsarbeit neu ein. Im Vordergrund des Interesses standen Naturwissenschaft und Technik; so hornten sich die Eintrachtler Vorträge an über die Gesetze der Optik, den Herz- und Blutkreislauf, über die elektrische Beleuchtung oder über gesunde Volksernährung, die Entwicklungsgeschichte der Erde, Volksgesundheitspflege, moderne Dichtung oder das Wasser im Dienste der Gesundheit. Als im Frühling 1893 der Edison-Phonograph im Hotel «Central» vorgeführt wurde, gab der Verein Mitgliedern und ihren Angehörigen Billette zu ermässigten Preisen ab.

Der Auftritt des Theologen ...

Drei Mal trat Konrad Furrer zwischen Januar und März 1893 in der «Eintracht» auf. Geplant war nur ein Vortrag, doch dauerte die Diskussion bis Mitternacht, so dass Furrer ein zweites und schliesslich ein drittes Mal antreten musste. In seinem zweiten Vortrag sprach er über «Das Christentum vor dem Richtstuhl der Weltgeschichte». Er gab zu verstehen, dass auch er die Gräuel kenne, die das Christentum

im Laufe seiner Geschichte angerichtet habe. Mit der immer wieder vorgebrachten Unterscheidung zwischen dem Denken Jesu und dem, was die Kirchen aus diesem gemacht hätten, versuchte er dann, seinem Publikum das echte Christentum beliebt zu machen. Christus «hatte ein inniges Erbarmen mit jedem Armen, Elenden, Kranken, jedem Verwundeten, wie mit denen, die ihre innere Angst nicht los werden konnten, und wo er nur vermochte, da hat er die Menschen aufgerichtet und gesucht ihnen sonnige Lebenstage zu verschaffen». In seiner Nachfolge habe das echte Christentum ein soziales Gewissen entwickelt. Auch in der sozialen Bewegung sei, «möge es dem Einzelnen bewusst werden oder nicht, das christliche Gewissen eine treibende Kraft».

Am dritten Abend versuchte Furrer, die Arbeiterbewegung vom Klassenkampf wegzubringen und umzuleiten auf den Kampf für eine bessere Zukunft der ganzen Menschheit. In der sozialen Frage gehe es nicht bloss um die ökonomische Besserstellung der arbeitenden Bevölkerung, sondern um die Rettung der Würde aller Menschen: «Werden Sie mir zürnen, wenn ich behaupte, dass Sie in Ihrem Kampf doch nicht bloss die Interessen eines einzelnen Standes verfechten wollen, sondern von der Überzeugung durchdrungen sind: was wir wollen, das muss schliesslich allem Volk, ja der Menschheit zugute kommen, unser Kampf soll nicht bloss einem Klasseninteresse gelten, sondern am Ende der ganzen Menschheit zum Besten dienen?»

... und die Reaktion der Genossen

Der Redaktor des reformierten «Kirchenblattes», Finsler, war beim zweiten Referat anwesend und berichtete darüber: Als er um 8 Uhr abends, eine halbe Stunde vor Beginn des Vortrages, im Vereinshaus eintraf, fand er den grossen Raum schon fast gefüllt und konnte noch mit Mühe an einem der hintersten Tische einen Sitzplatz erobern. «Arbeiter, Studenten, wohlbe-

lebte Bourgeois, Pflastertreter, polnische und russische Jüngerinnen der Wissenschaft, Litteraten, Herren und Tagelöhner»: Finsler rechnet mit zwischen 700 und 800 Anwesenden in der matt erleuchteten Saal, der sich langsam mit Tabakqualm füllte.

Pünktlich eröffnete Arbeitersekretär Greulich die Sitzung und erteilte dem Referenten das Wort. Als Pfarrer Furrer die

Titelblatt der Broschüre zum Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins Eintracht 1891. Auf dem Festprogramm standen auch ein «Frühschoppen-Concert», ein «Spaziergang nach dem Polytechnikum», ein «Ausflug nach dem Zürichberg» und eine «Rundfahrt auf dem Zürichsee».



Bühne betrat, zogen einige sogar den Hut, «während andere freilich auf das Mannesrecht des bedeckten Hauptes zu verzichten während des ganzen Abends sich nicht herbeihiessen». Finsler musste feststellen, dass sich während des Vortrages alle Anwesenden «musterhaft benahmen und den Worten des Redners mit lebhaftem Interesse folgten». Bloss einmal, «als Herr Furrer das Wort Jünger aussprach, liessen einige ein höhnisches, wenn auch leises Gelächter hören, das aber sofort wieder einer ehrbietigen Ruhe Platz machte, als er die feierliche Versicherung seiner Todesbereitschaft für den Herrn ablegte». Furrers Vortrag dauerte dreiviertel Stunden und wurde mit mächtigem Beifall verdankt. Finsler hatte den Eindruck, «dass viele im Innersten erregt waren, mit sich selbst aber nicht einig werden konnten. Andere schienen sich wie einem Übermächtigen zu beugen, das sie nicht imstande waren, von sich abzuweisen.»

Greulich duldet «keine Unart»

Nach einer kurzen Pause eröffnete Greulich die Diskussion mit dem Wunsch, dass die Redner sich anständig aufführten. Er gewähre Redefreiheit, dulde aber keine Unart. Als im Verlaufe des Abends ein Verteidiger des orthodoxen Glaubens Worte wie Sünde, Busse, Heiland fallen liess, ertönten Hohnlachen und Pfiffe. Greulich

griff ein, rügte die Störenfriede und meinte, er habe wohl falsch gehört, «denn Pfeifen stehe einer Arbeiterversammlung erbärmlich an». Aus Finslers Beschreibung gewinnt man den Eindruck, dass die Diskussion von einigen Platzhirschen dominiert wurde; einer von ihnen war Otto Lang, der spätere Bezirksanwalt und Oberrichter. Finsler kam nicht darum herum, ihm seinen Respekt zu zollen. Lang sei ein trefflicher Mann, jedenfalls der gefährlichste unter den Agitatoren, umso gefährlicher, «als er bei allem Fanatismus ehrliche Geradheit verrät und eine fast (!) noble Art hat».

Nach seinem Augenschein in der Löwengrube meinte Finsler, allen skeptischen Voraussagen zum Trotz habe Furrers Auftritt gezeigt, dass «das Interesse für religiöse Fragen auch bei diesen Leuten dauernd wachgehalten» werden könne, und dass Furrers Mission nicht ganz so hoffnungslos sei. Darin sollte er sich allerdings irren: Nach Furrers drittem Vortrag fasste der «Arbeiterbildungsverein Eintracht» eine Resolution, in der er erklärte, dass Christentum und Sozialismus Feinde seien. Und Konrad Furrer sollte fortan in der Tonhalle sprechen – vor einem bürgerlichen Publikum.

Mario Florin

Vom Bauerndorf zur Industriestadt

Vier Jahre jung war die kantonale SP, als am 26. Mai 1906 28 Personen die SP Schlieren gründeten. Noch war die materielle Not der Arbeiterschaft gross und wohl wichtigster Ansporn für die Parteigründung. Noch gab es mit dem Bürgertum und der Arbeiterschaft eine Zweiklassengesellschaft. Bis zur «Geburt» der AHV und der IV würden noch Jahrzehnte verstreichen. Frauen waren praktisch ohne Rechte und die Arbeiterlöhne mehr schlecht als recht, so dass selbst ein Monatsbeitrag für die Parteidkasse von dreissig Rappen für Männer und zwanzig Rappen für Frauen zu Buche schlug.

Schlieren, damals noch ein Bauerndorf, erlebte wohl die Wirren jener Zeit (Erster Weltkrieg, Generalstreik 1918) wie andere schweizerische Dörfer und Städte. Die Notwendigkeit der Parteigründung war unumstritten. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich Schlieren vom Bauerndorf zur modernen Industriestadt. Zwei Porträts von Parteimitgliedern spiegeln einen Teil dieser Geschichte wider.

Karl Fehl – 33 Arbeitsjahre für die Wagi

Das Jahr, in welchem Hitler an die Macht kam, ist auch sein Geburtsjahr. Den Krieg erlebte er als Bub in einem deutschen Dorf in der Pfalz, 80 Kilometer von der franzö-

sischen Grenze entfernt, und die Tiefflieger wie die damit verbundene Angst lassen sich nicht einfach aus der Erinnerung verbannen. Der Vater war Melker, ein rechtschaffener Mann. Die tüchtige Mutter half mit, die fünfköpfige Familie einigermaßen gut durch die Kriegszeit zu bringen. So habe eigentliche Armut verhindert werden können, erzählt Karl, man sei nie reich, aber zufrieden gewesen und habe sich allenthalben nach der Decke gestreckt.

Vier Monate nach Abschluss der Lehre als Pflugschmied kommt Karl 1952 nach Schlieren, wo er in der Waggonfabrik eine Stelle als Hammerschmied antritt. Der Stundenlohn von Fr. 2.75 sei in Ordnung gewesen und habe durch Akkordarbeit etwas aufgebessert werden können.

1959 heiratet er Ursula Haug. Mit ihr hat er zwei Söhne und eine Tochter. Hart trifft das junge Elternpaar, als der älteste Sohn an einem Gehirntumor stirbt. Jetzt sind die starken Wurzeln aus dem eigenen



Karl Fehl

Elternhaus gefragt. Diese helfen beim Verkräften des schweren Schicksalsschlages. Sie lenken Karl auch in die Aktivitäten als Gewerkschaftler (SMUV) und SP-Parteimitglied. 25 Jahre Mitglied der Betriebskommission der Wagi, mit der er sich längst identifiziert. Seit 1952 aktiv in der Gewerkschaft. 32 Jahre im Sektionsvorstand, davon drei Jahre als amtierender Präsident. Seit 28 Jahren Mitglied der SP Schlieren und auch da lange Jahre aktiv als Vorstandsmitglied. 1973 werden Karl und seine Familie eingebürgert. Nun steht auch einem Mandat als Gemeinderat nichts mehr im Weg. 1976 gewählt, ist er bis zu den Neuwahlen 2002 in diesem Amt. Diese Zahlen zeugen von seinem Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen und gerechtere Löhne. Karl spricht von Solidarität und Kameradschaft in der Partei, die ihm bis heute viel bedeuten.

Als 1983 – eine Woche vor seinem fünfzigsten Geburtstag – der Entscheid zur Schliessung der Wagi fällt, trifft ihn das ganz persönlich. Mit dem für 1985 geplanten Ende der Wagi würde ein Stück seiner Identität verloren gehen. Karl ist gezwungen, in Zürich für weitere 13 Jahre eine Arbeit als Schlosser anzunehmen. Die durch jahrelange harte Arbeit zunehmend schmerzenden Hände lassen in ihm den Entschluss reifen, 1997 mit 64 Jahren in Pension zu gehen.

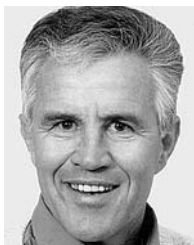
Karl hat die Aufgaben, die ihm das Leben bis anhin stellte, stets mit grosser Kraft angepackt. Was er aber auch heute noch absolut nicht ertragen kann, ist, dass in der Schweiz Menschen für einen

Monatslohn unter 3000 Franken arbeiten müssen. Die neue Armut erbost ihn, und gegen soziale Ungerechtigkeiten wird sich der aktive Ruheständler auch weiterhin einsetzen. Als Mitglied der SP Schlieren selbstverständlich.

Jürg Brem – Schweizermeister im Kunstturnen

Zwei Jahre alt waren Jürg und sein Zwilingsbruder, als sie mit den Eltern und zwei älteren Brüdern 1946 nach Schlieren kamen. Für Jürg wird Schlieren der Ort, dem er sich zugehörig fühlt. Hier besucht er den Kindergarten, die Primarschule, die Sekundarschule, alles im «roten Schulhaus», wie er berichtet, bevor er die Lehre als Elektromonteur beginnt. Mit einem Stundenlohn von 5 Franken tritt er nach Lehrabschluss 1964 in seiner Lehrfirma die erste Stelle an. Nur ein Jahr später wird er Mitglied der SP Schlieren. 1968 heiraten er und Susy Iselin, vier Jahre später kommt die Tochter zur Welt.

Die Dinge des Lebens soweit eingefädelt, war da auch die Unruhe, die Jürg trieb, aktiv etwas zu bewirken. 26-jährig wird er Abwart im Kalktarrenschulhaus. Nun bereitet er sich auf die Meisterprüfung vor und wird Skilehrer, Bergführer



Jürg Brem

Die Waggonfabrik in Schlieren, dahinter die bekannten Gasometer: Zeichen der Industrialisierung im Limmattal. Und der Deindustrialisierung: Die Waggonfabrik ist inzwischen geschlossen, die Gasometer sind – bis auf einen – abgerissen
(Foto: Keystone)



und Instruktor der jungen Kunstturner, was ihm ganz besonders viel bedeutet. Im Satus, dem Arbeiterturnverein, wie er sagt, habe er sein Selbstvertrauen aufbauen können. Dank eisernem Training und immer besserem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten trug er satte zehn Mal den Titel «Schweizermeister im Kunstturnen» heim. Der Satus habe ihn stark gemacht. Habe ihn ermutigt, weiteres anzupacken. Eine eigene Firma zu gründen. Seine Meinung zu äussern. Dinge zu sagen, die sonst

niemand sage. Zum Beispiel, dass es eine Partei gebe, die sich gegen Ausländer stelle, welche sie selber in die Schweiz geholt habe. Oder über die «working poor» zu sprechen. Darüber, dass Arbeitgeber subventioniert würden, solange Sozialämter schlechte Arbeiterlöhne aufzubessern hätten. Da habe er auch als Arbeitgeber (von nunmehr 30 Angestellten in der eigenen, gemeinsam mit einem Kompagnon gegründeten Firma) ein Wort zu sagen.

Was er tut, umschreibt Jürg als Selbstverständlichkeit. Schon im Elternhaus habe man anders gedacht. Schon der Vater sei Mitglied der SP gewesen. Sich für Schwächere einsetzen, das sei sein Anliegen. Dazu komme die Lust am konstruktiven und schönen Streiten.

Jürg ist der «Macher» geblieben. Widmet auch heute noch einen grossen Teil seiner Freizeit der SP, der Organisation von Standaktionen und der Mitgliederwerbung. Dafür habe er jetzt mehr Zeit, so dass es ihm auch recht gewesen sei, 1998 nach vier Jahren Amtszeit lediglich wieder als Gemeinderat und nicht als Stadtrat gewählt worden zu sein. Allerdings beschränkt er sich auch heute nicht nur auf etwas. Im Rahmen seiner Aktivitäten gelang es ihm, mittels einer Volksinitiative das Schlieremer Ferienhaus Parpan zu «retten». Dafür wird er sich auch weiterhin einsetzen. Dafür und wohl noch für ein paar Projekte mehr zugunsten der Allgemeinheit.

Gleichstellung der «Veteraninnen»

Neben diesen beiden prägten viele weitere Frauen und Männer die Geschichte der SP Schlieren. 1978 übernahm mit Beatrice Plüer-Bürgin erstmals eine Frau das Präsi-

dium der Schlieremer SP. Das Frauenstimmrecht war erst siebenjährig. Die Rechte der Frau noch mehr Papier als Realität. Drei Jahre später, 1981, feierte die SP Schlieren ihr 75-Jahr-Jubiläum. Aus den Protokollen geht hervor, dass man sich auch mit ganz gewöhnlichen Themen beschäftigte. So wurde zum Beispiel protokollarisch festgehalten, dass der Vorschlag von Jürg Brem, am Jubiläumsfest eine Bar einzurichten, vom Organisationskomitee abgelehnt wurde. Im Protokoll einer folgenden Sitzung dagegen steht ergänzend zu der in einer früheren Sitzung beschlossenen Veteranenehrung: «Zwei Frauen, welche bei der Gründung der Frauengruppe dabei waren, werden den 50-Jahr-Jubilaren gleichgestellt. Es wird ein Zinnbecher (...) abgegeben.» Weiter ist festgehalten, dass zu diesem Zeitpunkt die Bewilligung für eine Freinacht vorlag – im Gegensatz zu einer Tanzbewilligung.

Nun feiert die «grosse Schwester» einen runden Geburtstag. Die SP Schlieren wünscht von Herzen alles Gute, Kraft und Weisheit für neue Aufgaben, vielleicht sogar eine Bar am Fest und selbstverständlich eine Tanzbewilligung

Erica Brühlmann-Jecklin

«Rote Hunde» im ländlichen Umfeld

«Mit Genossengruss» wurde am 23. April 1932 zur Gründungsversammlung der SP-Sektion Bonstetten ins Hotel «Bahnhof» geladen. Das Hotel gibt es nicht mehr, die SP Bonstetten schon; besser gesagt: Es gab sie seither immer wieder.

Gründung in der Wirtschaftskrise

Metzger, Gipser, Fabrik- und Ziegeleiarbeiter waren es, die sich in den Zeiten der Krise der 30er-Jahre zur Ortspartei Bonstetten zusammenschlossen. «Genossen, in der jetzigen furchtbaren Wirtschaftskrise, wo Millionen Arbeiter entrechtet werden, über ihre Errungenschaften hinweggestampft wird, oder sie schuldlos auf die Strasse geworfen werden, ist der Kampf gegen die Unterdrücker doppelt schwer», schrieb der Vorstand in der Einladung zur Monatsversammlung im Juli 1933. Doch es war schwer, nur schon die Sektion aufrechtzuerhalten. Es fehlte das Geld, die Arbeitslosigkeit war hoch. Einzelne verloren gar ihre Stelle, weil sie sich in der SP engagierten. Arbeitslos oder TagelöhnerIn bei den Bauern: Wer mochte sich da exponieren. 12-Stunden-Schichten liessen zudem wenig Zeit, sich auch noch um die Ortspartei zu kümmern. Noch eine Hand voll Mitglieder waren es im Herbst 1941, als sich die Ortspartei auflöste.

1948 wurde die Ortspartei neu gegründet. Von 1949 an übernahm der Mechaniker Richard Utz das Präsidium. 15 Jahre später gab er dieses wieder ab, was gleichzeitig auch das Ende der Sektionstätigkeit bedeutete. Einen Nachfolger hatte er nicht gefunden. Das Schicksal der kleinen Ortspartei im ländlichen Umfeld: kaum mehr als 20 Mitglieder, davon vielleicht mal eine Hand voll aktive...

1974 ergriffen die linken Intellektuellen die Initiative und gründeten im November jenes Jahres erneut eine SP-Sektion. Erster Präsident wurde Lorenz Wolfensberger. Wenngleich «man» in Bonstetten nicht auf bekennende Sozialdemokraten gewartet hatte, so war zumindest die Zugehörigkeit zu dieser Partei nicht mehr existenzgefährdend. Aber einen «Du rote Hund» konnte es dennoch gelegentlich absetzen. Alle Bemühungen, sich an der Behördentätigkeit zu beteiligen, schlugen anfänglich fehl. Mit ihren Kandidaturen löste die SP einen Abwehrreflex aus, der nur der Wahl der Kandidierenden anderer Gruppierungen zugute kam.

Zweitstärkste Ortspartei

Ein erster Erfolg stellte sich 1982 ein mit der Portierung einer parteilosen Kandidatin für die Gemeinderatswahlen. Sie wurde

als erste Frau in den Gemeinderat gewählt. Bei diesen Wahlen wurden über 60 Flugblätter mehrheitlich anonymer Autorschaft («Besorgte Bürger», «Bonstetterinnen und Bonstetter für ...») in Umlauf gebracht. Die Anerkennung der Fachkompetenz im Fürsorgebereich und die angestrebte Verhinderung der zahlenmässigen Übermacht der einen Partei führten 1986 erstmals zur Wahl von SP-Kandidaten in die Fürsorgebehörde und in die Rechnungsprüfungskommission. Damit war der Bann gebrochen. Seither sind wiederholt SP-Mitglieder in diese Behörden und in die Primarschulpflege gewählt worden. Der Wähleranteil der SP in Bonstetten ist allgemein hoch: Rund ein Viertel der Stimmen entfallen bei National- oder Kantonsratswahlen auf die SP. Damit ist sie heute hinter der SVP, aber vor den Freisinnigen positioniert.

Nachdem anfangs der 1970er Jahre die FDP eine Ortssektion gründete und etwas

später die SP, musste die SVP Verluste hinnehmen. An den Gemeindeversammlungen melden sich seither immer häufiger Neuzuzüger zu Wort mit einer anderen als der «etablierten» Meinung. Bonstetten ist kein Bauerndorf mehr, und es hat eine zahlenmässige Verschiebung des Verhältnisses von «Eingeborenen» zu den NeuzuzügerInnen stattgefunden.

Es gibt also eine SP-Wählerschaft, die sich aber nur bei Wahlen und Abstimmungen im Resultat manifestiert. Wie alle anderen Parteien sucht auch die SP immer wieder Mitglieder oder SympathisantInnen, die sich etwa in Exekutivämtern mit bis zu 30 Prozent ihrer Arbeitszeit engagieren können und wollen.

Auf dem Weg zur Konkordanz in der Gemeinde

Seit genau zwanzig Jahren ist Robert Zingg Präsident der SP Bonstetten, zur Zeit im Doppelamt auch noch Präsident



Die Abwehrreflexe gegen die «Sozis» sind längst verschwunden: Mit rund einem Viertel der Stimmen ist die SP heute in Bonstetten hinter der SVP immerhin zweitstärkste Kraft.

der Bezirkspartei. Welches Fazit zieht er? Mitte der 1980er-Jahre fanden fast monatlich Sektionsversammlungen statt. Es wurden Konzepte erarbeitet und Anregungen zu Fragen der Dorfentwicklung in die Diskussion eingebracht. Doch die Energie der «Gründergeneration» erlahmte, neue Mitglieder stiessen nur spärlich zur Partei – von jungen Leuten ganz zu schweigen. Die Aktivitäten sind heute reduziert auf «lebenserhaltende Funktionen» und auf Dinge, die nicht nur der Pflicht gehorchen, sondern auch Spass machen. Es gibt ja nicht nur den Präsidenten, sondern eine – wenn auch kleine – Gruppe von Leuten, die den aktiven Kern der Partei bilden. Seit langen Jahren ist Robert Zingg Mitglied der Rechnungsprüfungskommission. Hier fühlt er sich als Person in erster Linie und als «Sozi» in zweiter Linie akzeptiert.

Von den «Roten Hunden» zur Zusammenarbeit zwischen den Parteien: Eine

Gesprächskultur zwischen den Parteien ist erst im Aufbau. 2001 gab es erstmals so etwas wie eine IPK (Interparteiliche Konferenz). Denn mit dem Problem der Rekrutierung geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten für die Behörden steht die SP im Dorf nun wirklich nicht alleine da, ist doch der aktive Kern der anderen beiden Ortssektionen auch nicht sehr gross. Es verwundert deshalb nicht, dass im ersten Teil der Gemeindewahlen 2002 gerade so viele Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung standen, wie es Ämter zu besetzen gab.

Und die SP Bonstetten wird weiter aktiv bleiben und immer wieder versuchen, Leute zum Engagement in der Dorfpolitik zu bewegen. Zumal ein Bekenntnis zur SP auch im ländlichen Umfeld heute nicht mehr die Existenz bedroht.

Stefan Hug

«Es lohnt sich, zu kämpfen»

Emil Hiestand erzählt: Alles fing mit der Gewerkschaft an. Ich kam 1929 aus der Schule, und 1930 begann ich meine Lehre als Teleföndler und Elektriker. Es war absolut üblich, dass Lehrlinge ein halbes Jahr vor Lehrabschluss in die Gewerkschaft eintraten. Die wirtschaftliche Situation war damals so prekär, dass der Gewerkschaftsgedanke einen ganz anderen Stellenwert hatte als heute. An einem Freitagabend war meine Lehre fertig und am Tag darauf, am Samstag, fing meine Gewerkschaft an zu streiken. Ich habe dann zweieinhalb Jahre gestempelt. Richterswil hatte damals von jeder Gewerkschaft eine eigene Sektion, manchmal zusammen mit Wädenswil. Es gab keinen Schulabwart und kaum Angestellte der Gemeindeverwaltung, die nicht im VPOD waren.

Bähnler für die Schulpflege

Richterswil hatte nicht nur Fabriken, es war auch ein Eisenbahnerdorf. Das Fahrpersonal-Depot war hier und wir hatten eine grosse Eisenbahnergewerkschaft. Als das Depot verlegt wurde, gingen die Bähnler leider weg. Sie waren etwas besser ausgebildet und eigneten sich gut für die Schulpflege. Arbeiter hätten dort aus zeitlichen Gründen nicht mitmachen können. Als ich in den Gemeinderat kam, fanden

die Sitzungen immer um halb fünf statt, damit die Büezer nicht teilnehmen konnten. Wenn einer trotzdem kommen konnte, hatte er bereits eine bestimmte Stellung und dann, so hofften die Bürgerlichen, würden sie ihn schon auf ihren Kurs bringen. Damals ging niemand von uns ins Restaurant Freihof, ausser nach einer Behördensitzung. Von dieser freisinnigen Hochburg aus wurde alles im Dorf bestimmt. Die Roten trafen sich mehrheitlich in der Bierhalle, aber auch im Anker, im National oder im Paradiesli. Früher brauchte es mehr Mut zu sagen, man sei ein Linker. Ich habe lange darunter gelitten, dass man mir die SP-Mitgliedschaft vorhielt. Wir waren ein Arbeiterdorf, aber absolut bürgerlich registert.

Als Schlüsselkind aufgewachsen

Dass ich nicht unter besseren Bedingungen aufwuchs, war nicht die Schuld meiner Eltern. Wir waren arm und konnten uns nichts leisten. Ich wurde im Januar 1915 hier in Richterswil geboren. Ich habe noch nie gezügelt und lebe heute noch im Haus, das schon meinen Grosseletern gehörte. Ich bin eigentlich als Schlüsselkind aufgewachsen. Weil mein Vater keine gute Stelle hatte, musste meine Mutter auch arbeiten gehen. Ich war ein Einzelkind. Niemand

kümmerte sich um mich. Ich war viel draussen unterwegs. So gesehen war meine Jugend nicht schlecht, ich hätte nur manchmal straffere Zügel gebraucht. Schon meine Eltern bekamen in ihrer Jugend keine geistige Bildung. Sie konnten mir gar nichts mitgeben und mich nicht fördern. Mein Vater war Schmied und ein hervorragender, zuverlässiger Buezer und Handwerker.

Ich war ein schlechter Schüler. Der Oberstufenlehrer fand am Ende der Schulzeit: «Was willst du eine Lehre machen, geh doch in die Fabrik». Ich war eher klein und fein und wäre gerne Seidendrucker geworden. Aber sie nahmen damals schon keine Lehrlinge mehr. 1931 begann auch in der Schweiz, mit Verzögerung, die Welt-

wirtschaftskrise, die lange dauerte und mich sehr prägte. Danach kam der Krieg. Ich leistete über 1100 Tage Aktivdienst. Es war persönlich und politisch eine harte Zeit. Während einesurlaubes trat ich 1944 der SP bei. Unsere Jahrgänge wurden um die Jugend betrogen. Zuerst die Krise, dann der Krieg. Wir hatten nur das Velo, da kam man bis nach Rüti oder in die March hinauf. Mehr von der Welt gab's kaum zu sehen.

Spätzünder mit Lernbegeisterung

Ich war ein Spätzünder. Erst Jahre nach der Schule ging mir der Knopf auf, und es entbrannte in mir eine Lernbegeisterung. Ich ging in Vorlesungen der Volkshochschule und besuchte Kurse an der Juven-



Rauchende Kamine als Zeichen des Fortschritts: Auch Richterswil war lange von der Industrie geprägt.



*Emil Hiestand, Gemeinderat,
Kantonsrat und Sektionspräsident*

tus. Durch einen Verwandten kam ich zu einer Stelle bei der Eisenhandlung Pestalozzi in Zürich, wo ich Eisen buckelte. Eines Tages kam der Patron und fand, ich könne wohl mehr als Eisen tragen. Er hatte mich in Richtung Uni fahren sehen und ich gestand, dass ich Vorlesungen besuchte. So kam es, dass ich noch eine zweijährige Lehre als Eisenhändler machen konnte. Ich stieg auf. 1951 begann ich hier in Richterswil als Lagerchef bei der Firma Wunderli. 1962 brannte die Firma ab. Sie wurde 1963 in Rapperswil neu aufgebaut. Es wurde viel Geld investiert und wir hatten Angst, es könnte der Firma nicht gut gehen. Um mehr aus dem Geschäft herauszuholen, schlug ich einen zweiten Vertreter vor. Ich hoffte, diesen Posten zu bekommen. Doch es wurde ein anderer eingestellt. Nach drei Viertel Jahren starb der Vertreter an einem Herzschlag, und da nahm man mich doch. So ging ich von

1964 bis zur Pensionierung auf die Reise im Aussendienst. Erst durch die damit verbundene flexible Arbeitszeit wurde eine aufwändigere Behördentätigkeit möglich. Herr Wunderli hätte mir dazu die Zeit nie gegeben.

In Richterswil gab es früher zahlreiche Arbeitervereine: Den Arbeiter-Männerchor, den Satus-Turnverein, den Arbeiter-Schützenverein, den Arbeiter-Touringclub und die Naturfreunde. Man hatte damals den grösseren Zusammenhalt unter der Arbeiterschaft und grenzte sich gegen die andern mehr ab. Umgekehrt waren wir in ihren Vereinen auch nicht erwünscht. Die andern liefen mit der Krawatte herum und wir im Übergwändli. Heute ist es viel vermischerter. Die Partei, in die ich damals eingetreten bin, gibt es in dieser Form nicht mehr. Austreten wollte ich aber nie, auch wenn ich bei der einen oder andern Frage schon einen anderen Standpunkt einnahm.



Kirche, Asyl, Schulhaus:
Der Stolz auf die
öffentlichen Bauten
manifestierte sich auch
auf den Postkarten.

Ich konnte doch nicht einfach die Richtung ändern.

Die Bürgerlichen bestimmten

1946 wurde ich in die RPK gewählt. Bei den nächsten Wahlen, 1950, kandidierte ich für den Gemeinderat. Trotz genügend Stimmen schied ich als Überzähliger aus. Bereits 1951 gab es eine Nachwahl und ich wurde dann doch Gemeinderat. Parallel zum Gemeinderat führte ich das RPK-Mandat weiter. Das wäre heute nicht mehr denkbar. Weil es während der Amtszeit war, wurde für die RPK einfach keine Nachwahl durchgeführt. Zuerst bekam ich als Ressort die Feuerwehr. Ich hätte zwar lieber die Gemeindewerke gehabt, aber einem Sozi gab man die nicht einfach so. 1954 wurden sie mir dann doch zugeteilt. Und weil wir bei der Feuerwehr gerade daran waren, ein neues Reglement auszuarbeiten, und mein Nachfolger ein Bauer war, teilte das Büro des Gemeinderates mir mit, ich müsse bis zum Abschluss

der Neufassung neben den Werken auch noch bei der Feuerwehrabteilung mitarbeiten. Dem Bauer liege das Heuen besser. So wurde bestimmt und wir wehrten uns zu wenig. Mit der Zeit wurde ich sicherer und kämpferischer. Ich hatte viel gelernt und wir wurden politisch stärker.

«Wir fangen da nichts Neues an, Herr Hiestand»

Am Anfang war es für uns im Gemeinderat schon hart. Als ich zum ersten Mal ins Werk kam, war dort noch Karl Keck Chef, ein extremer Freisinniger. Der fuhr mit seinem Töff mit Seitenwagen den Arbeitern nach, um sie zu kontrollieren. Er drückte sie, wo er nur konnte. Mein Vorgänger hatte einfach gemacht, was ihm der Keck vorlegte. Als ich sagte, ich würde jede Woche ins Büro kommen, es gäbe sicher immer etwas zu besprechen und zu unterschreiben, winkte Keck ab: «Wir fangen da nichts Neues an, Herr Hiestand.» Ich schaute die Rechnungen immer genau an.

Einmal weigerte ich mich, zu unterschreiben. Der eine Sanitär verlangte für die gleiche Arbeit dreimal mehr als der andere. Keck meinte, es sei schon in Ordnung, das habe Platz im Budget. Die Sanitär beklagten sich beim Gemeindepräsidenten, der mir dann in einer Sitzung die Kappe putzte. Ich meinte immer, es ginge um mein eigenes Portemonnaie. Die Kommissionssitzungen wollte ich selber leiten. Vorher hatte das der Keck gemacht. Ich merkte, wie marode die Wasserversorgung war. Ein Reservoir ums andere wurde während meiner Amtszeit um- oder neu gebaut: Schwalbenboden, Breiten, Neuhus, Geiser und Feldmoos. Beim letzten sagte ich mir, jetzt ist für eine Generation gesorgt. Und so ist es auch, alles funktioniert heute noch hundertprozentig.

Häuschen, Kinder, Familie, Politik...

Ich war 25 Jahre im Gemeinderat und trat dann doch in einem eher ungünstigen Moment zurück. Wir waren zeitweise drei SP-Gemeinderäte gewesen. Bei meinem Rücktritt ging mein Sitz verloren. Wir hatten uns nebst unserer Behördentätigkeit leider wenig Zeit genommen, jemanden richtig aufzubauen, obschon unsere Sektion damals über 70 Mitglieder zählte.

Nach meinem Rücktritt war ich noch zehn Jahre Mitglied der Steuerkommission. Heute gibt es diese Kommission nicht mehr. Während vierzehn Jahren stand ich der SP-Sektion auch als Präsident vor. Noch während der Gemeinderatszeit war ich für zwei Amtszeiten im Kantonsrat. Das war zuviel. Daneben hatte ich doch noch das Häuschen, die Kinder, die Familie.... Es gefiel mir sowohl in der Exekutive wie auch in der Legislative sehr. Aber man legte mir im Geschäft den Rücktritt aus dem Kantonsrat nahe.

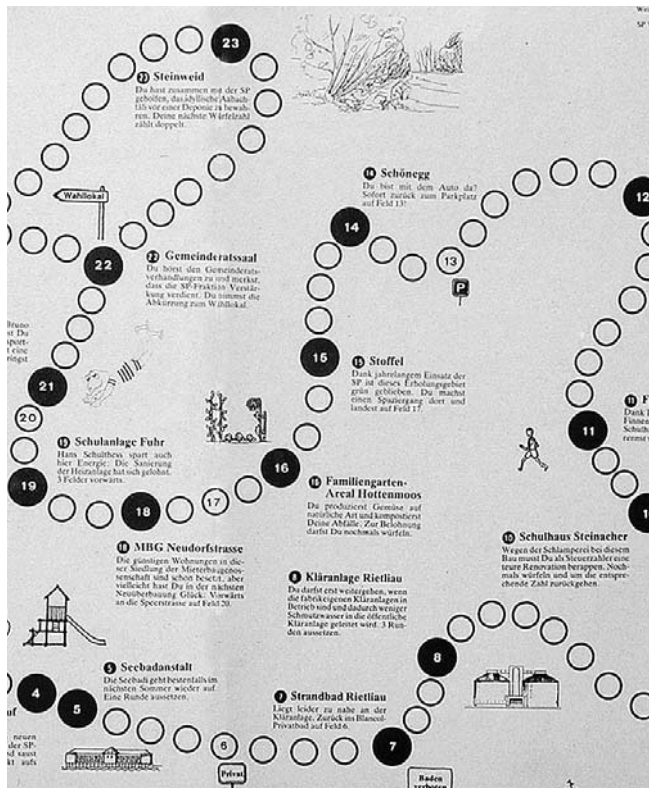
Man musste als Arbeitervertreter einfach hervorragend arbeiten und viel leisten – aber zu sagen hatten wir wenig. Wenn ein Linker noch so etwas Schlaues sagt, es gilt nichts. Mit der Zeit wusste ich aber, welche Tricks ich anwenden musste. Am Schluss muss ich sagen, dass es immer schön, interessant und dankbar ist, sich für die Arbeiterschaft, die werktätige Bevölkerung einzusetzen, auch wenn die Resultate nicht immer dem Einsatz und dem Aufwand entsprechen. Es lohnt sich trotzdem, dafür zu kämpfen.

Das Gespräch mit Emil Hiestand führten Renate Büchi und Lotta Schmid. Text: Lotta Schmid

Farben und Formen

«Du bist mit dem Auto da? Sofort zurück zum Parkplatz auf Feld 13», weist das Neujahrs-Spiel 86 die Spielerinnen und Spieler an, die es erwisch hat. Sie haben nach vielen Mühen endlich die Hälfte des Weges zurückgelegt und sind auf Feld 14 «Schönegg» angekommen. Das Spiel ist

eine Art Leiterlspiel, das die SP Wädenswil zum Wahljahr 1986 herausgegeben hat. Es ruft auf witzige Weise die politischen Erfolge der SP in Erinnerung. Misserfolge sind keine zu entdecken. Wer zurück muss, ist auf die bürgerliche Linie geraten. Beim Restaurant Schönegg sind



Mit dem Auto da?
Zurück auf Feld 13!
Das Wahlkampf-Leiterlspiel der SP Wädenswil von 1986.

keine Parkplätze, weil hier ländliche Ruhe und nicht städtischer Verkehr herrschen soll. Der Parkplatz liegt etwas entfernt an der Hauptstrasse.

Grün

Die SP Wädenswil ist in den 1980er-Jahren grün. Weitere Stationen im Leiterlispel sind zum Beispiel der Stoffel («Dank jahrelangem Einsatz der SP ist auch dieses Erholungsgebiet – ebenso wie weitere Erholungsgebiete – grün geblieben. Du machst einen Spaziergang dort und landest auf Feld 17») oder die Steinweid («Du hast zusammen mit der SP geholfen, das idyllische Aabachtäli vor einer Deponie zu bewahren. Deine nächste Würfelzahl zählt doppelt»). Nach den Wahlen 1986 hatte die SP zwei von neun Stadträten, nach 1990 noch einen und schliesslich 2000 nach der Ersatzwahl für den zurückgetretenen SP-Stadtrat gar keinen mehr. Und dies bei einem Stimmenanteil von etwa einem Drittel. Bei der FDP löste dies aber gar keine selbstkritischen Gedanken in Sachen Proportionalität aus, wie ein Leserinnenbrief der FDP-Präsidentin zeigt: «Die SP Wädenswil wundert sich, warum die FDP sich einen Stadtrat ohne SP-Beteiligung vorstellen kann. Der Grund ist ganz einfach und auch nicht neu. Die FDP Wädenswil setzt sich als bürgerliche Kraft von jeher für eine bürgerliche Politik und somit eine bürgerliche Regierung ein. Die FDP Wädenswil, welche die grösste Fraktion im Gemeinderat stellt, sieht keinen Grund, die SP in die Verantwortung einbinden zu müssen. Man könnte etwas pointiert durchaus sagen,

dass der Stadtrat in den vergangenen zwei Jahren trotz (nicht wegen) der SP-Beteiligung gute Arbeit leistete...»

Rot-Grün

Ohne SP wurde die Wädenswiler Exekutive eintönig. Das wollte die SP 2002 zusammen mit den Grünen wieder ändern. Die Enttäuschung war gross, dass das gemeinsame «Viererticket» keinen Erfolg hatte. Nur einen einzigen Sitz wollten die Wädenswilerinnen und Wädenswiler der SP im neu nur noch siebenköpfigen Stadtrat (bisher neun) einräumen. Hingegen konnte die SP insgesamt leicht an Stimmen zulegen und freut sich, nun die zweitgrösste Fraktion im Gemeinderat zu stellen. Ihre Einflussmöglichkeiten sind aber sehr begrenzt, denn zum Behördereferendum reichen die Stimmen auch zusammen mit den Grünen nicht.

Die Themen der SP Wädenswil sind 2002 ähnlich wie 1986: Die Raumplanung bzw. die Gestaltung der öffentlichen Räume steht neben der Familienpolitik im Zentrum. «Mehr Jugendarbeit, sonst macht die Jugend mehr Arbeit» oder «Aus Scham über den Bahnhofplatz: Wädenswil wird rot» waren Slogans des Wahlkampfes. Diese Themen unterscheiden sich doch sehr von den Problemen, welche die Arbeiter vor hundert Jahren beschäftigten.

Rot

Zwischen 1836 und 1890 wuchs Wädenswils Bevölkerung von 4870 auf 6338 an und während der nächsten zwanzig Jahre nochmals um 43 Prozent auf 9067 Ein-

wohnerInnen. Bauern verliessen die Landschaft und ihre kleinen Höfe, um in den Textil-, Chemie- und Metallwarenfabriken sowie in der Bierbrauerei in Wädenswil zu arbeiten. Sie wurden von Landarbeitern zu Fabrikarbeitern, die sich sowohl an eine neue Umgebung als auch an einen neuen Tagesablauf und Lebensrhythmus anpassen mussten. Auch Deutsche und Italiener kamen. Ein Arbeiterverein hatte hier eine wichtige Funktion.

Bei der Bildung eines neuen Gemeinschaftsgefühls konnte eine Reise besondere Bedeutung erhalten. Während dem Bürgertum das Reisen selbstverständlich war, war es für die Arbeiterschicht aussergewöhnlich: Das älteste gegenwärtig auffindbare Protokoll des Wädenswiler Arbeitervereins beginnt mit einem Bericht über die Rigidfahrt vom 24. Juli 1903. Für die grosse Reise nahmen sich die Wädenswiler Genossen ein ganzes Wochenende Zeit. Nach der Arbeit fuhren sie am Samstagabend (einen freien Samstag kannte man noch nicht) los und waren bis am Sonntagabend mehrheitlich zu Fuss unterwegs. In Goldau erfrischten sich die 11 Genossen mit einem «Wädenswiler Bier» und marschierten los. Um 5 Uhr morgens warteten sie auf den «Sonnenaufgang, welcher auch schon hinter einem Berge hervorbrach». Danach wanderten sie zum Vierwaldstättersee hinunter, kamen nach Brunnen, von dort per Zug «mit voller Befriedigung und dem Wunsche, der Arbeiterverein möchte ein anderes Jahr wieder einen solchen Ausflug veranstalten», nach Wädenswil zurück. Im Herbst

des gleichen Jahres wanderten die Vereine aus Zug, Horgen und Wädenswil zu einer Veranstaltung in der «Krone» nach Sihlbrugg. An dieser Zusammenkunft beschlossen sie: «Pflegung des geselligen Leben und Einführung öffentlicher Diskussionsstunden. (...) Im weiteren wird der Wunsch ausgesprochen, der gegenseitige Besuch solle mehr gepflegt werden.»

Rein-Rot

Die Genossen hatten auch Kontakte über die Schweizer Grenze hinaus. Am 3. Oktober 1903 berichtet Genosse Öttinger über den Parteitag in Dresden, «es habe sich herausgestellt, dass die Revisionisten nur ein kleines Häuflein seien, Führer ohne Armeen. Der einzige, der sich in derselben zum Revisionismus bekannt habe sei Bernstein, die anderen alle beteuerten dass sie nicht daran denken eine andere Richtung als die Partei einzuschlagen...» Und Genosse Jäggi meint, dass wie in Deutschland «auch in der Schweiz eine Reinigung der Partei nöhtig sei, er führt den Fall Zuppinger an welcher der Partei untreu wurde».

Rot

Die Parteizugehörigkeit hatte aber auch eine materielle Bedeutung für die damaligen Genossinnen und Genossen. Die wohl wichtigste Einrichtung ist die Krankenkasse. In den Monatsversammlungen wird neben dem Monatsbeitrag auch der Beitrag für die Krankenkasse eingesammelt. Dass der Verein am Ende nur noch diese Bedeutung habe, wird aber auch beklagt: «Es scheint, als ob der Verein nur noch

Monatsversammlungen abhalte um seine Beiträge einzuziehen.» Früher habe sich der Verein unter der Woche im Lokal eingefunden, überhaupt das gesellige Leben viel mehr gepflegt. Der Arbeiterverein wurde ursprünglich deutscher Verein genannt, bestand bereits vor 1903 und war ein Vergnügungsverein, der «sich erst später zur Sozialdemokratischen Partei erkannte u. sich mit dessen Prinzipien beschäftigte», wie der Protokollführer anmerkte. 1916 wird der Name in Sozialdemokratische Mitgliedschaft Wädenswil abgeändert, nachdem man drei Jahre zuvor die Fusion mit dem Grütliverein abgelehnt hatte.

Leider fehlen die Protokollbücher für die Zeit des Generalstreiks, an dem sich die Wädenswiler Arbeiterbewegung stark beteiligte. 1925 wird der Verfassungsartikel über die Alters- und Invalidenversicherung angenommen. Damit soll das Almosenwesen durch gesetzliche Rechte

abgelöst werden. Das Fürsorgewesen konnte die Probleme nicht wirklich lösen, und man ärgert sich auch darüber, wie das Geld verteilt wurde. Speziell für die Bekämpfung der Tuberkulose würden all die freiwilligen Spenden nicht ausreichen, und es sei zu bedauern, dass man dem Antrag des Schweizerischen Parteitages, den Beitrag gegen diese ärgste Proletarierkrankheit von 1 auf 5 Millionen Franken zu erhöhen, kein Gehör geschenkt habe. Die Arbeiterschaft war überzeugt, dass sie einen bürgerrechtlich begründeten Anspruch auf soziale Sicherheit hatte, und sie wollte ihn auch durchsetzen.

Lila-Rot

Geradezu weltberühmt wird Wädenswil, als Julia Gerber Rüegg aus der SP-Fraktion den Gemeinderat handstreichartig davon überzeugen kann, dass die Gemeindeordnung 1993 in der weiblichen Form abzu-



*Besuch aus der Stadt:
Die Agitationskommission der SP Zürich 4
bei einem Besuch
vor dem Volkshaus
Wädenswil in den
1930er-Jahren.*

Gruppenbild mit Spielplatz: Die SP Wädenswil 1986 vor dem Spiel-turm auf dem Spielplatz Seeplatz, der dank einer Petition der SP durch die Stadt aufgestellt wurde.



fassen sei. Die vorgesehene Präambel, wonach die Frauen in der männlichen Form mitgemeint seien, könne man gerade so gut umgekehrt formulieren. Dass die Männer in der weiblichen Form mitgemeint seien, sei schon rein optisch der Fall, wie das Wortbeispiel Einwohnerinnen zeige. Logisch! Die Mehrheit der Räte versteht das. Dennoch entsteht in der Folge heftiger Widerstand von bürgerlicher Seite. Am Ende scheitert die neue Gemeindeordnung an dieser Formsache vor dem Volk. Die Änderung der Form ändert die Inhalte mit und umgekehrt: Das zeigte dieser Streit deutlich.

2002 zählt die SP Wädenswil etwa 75 Mitglieder, und sie hat in ihren Reihen eine Kantonsrätin, einen Stadtrat, acht Gemeinderäte und elf weitere Behördemitglieder. Die 1975 gegründete SP-Zeitung «so!» existiert noch immer. Die SP ist Mitglied der Volkshausgenossenschaft Wädenswil und des «Forums für Bildung, Kultur und Begegnung Wädenswil», der Nachfolgeorganisation des Arbeiterbildungsausschusses, der früher die gemeinsame Bildungsorganisation der SP und der Gewerkschaften war.

René Peter

Gehst Du heute in die Fraktion?

Gehst Du heute in die Fraktion? – Eine vielgehörte Frage an einem normalen Montagmorgen im Rathaus Zürich. Die Frage kann informierend oder kontrollierend gemeint sein oder einfach im Konversationsstil – einen Anschluss ans Gegenüber suchend. Gehst Du in die Fraktion kann meinen: Vertrittst Du unsere gemeinsame Sache? Oder profaner: Vertrittst Du

unser gemeinsames Rats- bzw. Kommissionsgeschäft? Es kann meinen: Verpasse ich etwas, wenn ich nicht komme? Es kann meinen: Ich komme nicht, kannst Du mich entschuldigen? Neulingen im Rat muss jeweils erklärt werden, dass ein wichtiges Element der Ratsarbeit die Fraktion ist. Oftmals habe ich darauf die Reaktion gehört: Ist dies wichtig? Gerne möchte



Das Zürcher Rathaus: Montag für Montag Ort der Kantonsratssitzungen. Seit 1893 ist auch eine sozialdemokratische Fraktion dabei.

man als Anfänger das ganze Ratsgeschehen im Plenum verwirklicht wissen. Die Politik hinter verschlossener Türe wie jene in Fraktionen und Kommissionen scheint auf Anhieb wegen fehlender Transparenz weniger demokratisch, jedenfalls weniger republikanisch als das Politisieren coram publico in der Plenumsveranstaltung. Und doch: die eigentliche politische Willensbildung und die Vorbereitung der öffentlichkeitswirksamen Artikulationen von Problemen und Lösungen geschehen in der Fraktion.

Herausbildung von Parteien und Fraktionen

Fraktionen sind wichtig. Es wird teils sogar die Ansicht vertreten, wonach ein Parlament nicht mehr als das Nebeneinander und Miteinander von Fraktionen sei. Natürlich geht diese radikale Sichtweise zu weit; sie zeigt aber das andere Extrem: Nicht nur im Plenum, sondern eben auch in den Sachausschüssen (Kommissionen) und politischen Gruppierungen (Fraktionen) erfolgt politische Arbeit, erfolgt Ratsgeschehen. Auch historisch trifft die genannte radikale Ansicht nicht zu. Der moderne Zürcher Kantonsrat wurde in seinen Grundzügen als Grosser Rat in der Kantonsverfassung von 1831 erstmals geschaffen. Damals gab es noch keine Parteien im heutigen Sinne – und auch keine Fraktionen. Natürlich waren sich die männlichen Politiker jener Tage nicht in allen Punkten einig, doch produzierte nur gerade der Gegensatz zwischen republikanischem Neuem und aristokratisch-patriarchischem Altem parteiähnliche Gruppier-

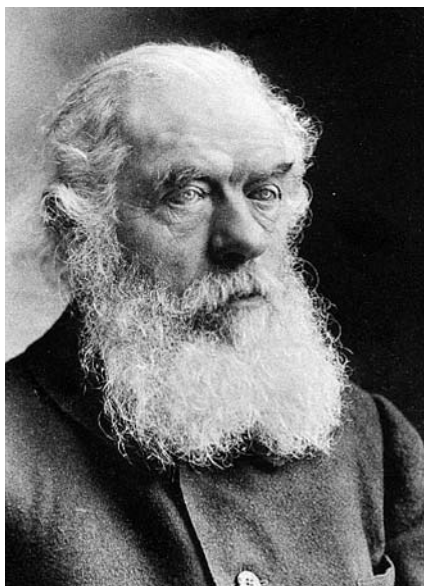
ungen. Dieser Gegensatz war für die Beantwortung politischer Alltagsfragen zwar wichtig, die Gruppierungen bearbeiteten aber noch nicht das ganze Fragenpektrum im Sinne der Arbeit moderner politischer Parteien.

Ebenso wenig gab es 1831 Fraktionen. Zwar trafen sich gleichgesinnte Wortführer gerne abseits des Ratsgeschehens zur Vorbereitung von Geschäften und Absprachen für Stellungnahmen. Doch der regelmässige (demokratische) Einbezug eines grossen Teils des Rates in die Vorbereitung und Gestaltung des alltäglichen Ratsgeschehens – heute organisiert in den Fraktionen – fand in jener Gründerphase nicht statt. Diese parlamentsinterne Demokratisierung wurde erst durch die Teilung der fortschrittlichen Kräfte in liberale und demokratische «Parteigänger» seit den 1860er-Jahren vorbereitet und formell erst im 20. Jahrhundert eingeführt und besiegelt. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich neben den konservativen sowie den genannten liberalen und demokratischen Gruppierungen durch interne und internationale Entwicklungen eine vierte Gruppe: Sozialdemokraten. Bewegungs- und parteigeschichtlich ist die Herausbildung dieser später eindeutig positionierten Gruppierung aus Linksdemokraten, dem handwerklich orientierten Grütliverein sowie sich international orientierenden Sozialisten komplex und wissenschaftlich in der Schweiz (noch) zu wenig aufgearbeitet. In den Quellen aber klar fassbar ist ein wichtiger Schritt hin zur Formierung der Zürcher Sozialdemokra-

tie: die Gründung einer «sozialdemokratischen Fraktion des zürcherischen Kantonsrates» im Jahre 1893¹.

«Elf erklärte Sozialdemokraten»

Am 17. Juni 1893 gründeten sozialdemokratische Mitglieder des Zürcher Kantonsrates die Fraktion, indem sie vorgelegten Statuten zustimmten. Der Entwurf für diese Statuten war wohl an einer von Herman Greulich einberufenen Sitzung am 13. Mai 1893 erarbeitet worden. In der Einla-



Herman Greulich, Kantons- und Nationalrat, war 1893 die treibende Kraft hinter der Gründung der sozialdemokratischen Fraktion des Zürcher Kantonsrates.

dung zu dieser Sitzung führte Greulich als «Präsident des Sozialpolit. Klub» denn auch aus, dass die wenigen Sozialdemokraten der vergangenen Legislaturperiode «mit nahestehenden Mitgliedern der demokratischen Partei einen sozialpolitischen Klub zur Geltendmachung sozialpolitischer Postulate» gebildet hätten, um dann fortzufahren: «Nunmehr gehören elf erklärte Sozialdemokraten dem Kantonsrath an und es ist nötig, dass diese zunächst unter sich zusammentreten, um über das weitere Vorgehen im Kantonsrath und die dazu geeignete Organisation zu beraten.» Als geeignete Organisation wurde offenbar die Gründung einer eigenen Fraktion beschlossen.

Die Gründungsversammlung der sozialdemokratischen Fraktion fand im Restaurant «Schwanen» am Predigerplatz statt. Als erster Präsident wurde Werner Biber, als Aktuar Jakob Schwarber gewählt. In den Artikeln 1 und 2 der Statuten wurden die Zwecke der Gründung festgehalten: «Zur Wahrung der sozialdemokratischen Grundsätze und Forderungen im Zürcher Kantonsrat bildet sich eine sozialdemokratische Fraktion. Der Zweck der Fraktion ist, die Tagesordnung des Kantonsrates jeweilen vorher zu beraten und zu ihr Stellung zu nehmen, sowie Anträge der Mitglieder und Anregungen aus der Arbeiterschaft zu prüfen und eventuell vor den Rat zu bringen.» Für die Konstituie-

¹ Grundlage der vorliegenden Ausführungen über die Gründung der sozialdemokratischen Fraktion ist das überlieferte Protokoll (Protokoll der sozialdemokratischen Fraktion des zürcherischen Kantonsrates 1893–1904), das sich im Nachlass von Robert Seidel in der Zentralbibliothek Zürich befindet (ZB Ms Z III 324). Die Statuten wurden als Einzelblatt gedruckt und sind im Protokollbuch eingeklebt.

rung ebenso wie für das Selbstverständnis der Fraktion wichtig war auch Artikel 4: «Wer sich als Sozialdemokrat oder als Kandidat der sozialdemokratischen Arbeiterschaft portieren lässt, muss Mitglied der Fraktion werden.» In diesen Bestimmungen kommen die wichtigsten Kriterien moderner Fraktionen bereits zum Ausdruck. Es geht um die Organisation der Willensbildung sowie der systematischen Vorbereitung der Ratsgeschäfte; dass die Fraktionsbildung nicht als automatischer Prozess, sondern als erkämpfte Errungenschaft interpretiert werden muss, zeigt der Passus der obligatorischen Mitgliedschaft. Die sozialdemokratische Fraktion wurde – das muss hier festgehalten werden – als Organ der Arbeiterbewegung (und nicht als Organ des Kantonsrates) gegründet; interessant ist der Umstand, dass die Fraktion vor der entsprechenden Parteigründung entstand.

Republikanischer Fraktionsalltag

Das Protokoll der Jahre 1893 bis 1904 ist heute im Nachlass des letzten Protokollführers dieser Periode erhalten, des Tuchmachers, Sekundarlehrers und nachmaligen Hochschuldozenten und Nationalrates Robert Seidel (1850–1933). Es schildert – zuerst sehr knapp, später etwas ausgiebiger – den sozialdemokratischen Alltag der Fraktion. In der Gründungszeit wurde vor jeder «Session» – in der Regel wurden diese vierteljährlich abgehalten – eine Sitzung durchgeführt, meistens im «Schwanen» in Zürich, zur Abwechslung auch in Winterthur, im Restaurant «Helvetia».

Bereits im November 1893 wurde der Vorstand neu bestellt, indem Werner (Winterthur) Präsident wurde. Am Anfang gab es auch noch Grenzen zu finden und zu bereinigen; so nahm die Fraktion «Kenntniss» von den Rücktritten Greulichs und Hubers als Vorstandsmitglieder der demokratischen Fraktion. Gleichzeitig wurde es den Mitgliedern aber freigestellt, sich auch der demokratischen Fraktion anzuschliessen. Diese Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft ist heute undenkbar, was zeigt, wie erfolgreich sich der Fraktionsgedanke – und dahinter stehend der Parteigedanke – entwickelt hat. Auch internationale und schweizerische Auseinandersetzungen um Inhalte, Zielsetzungen



Das Restaurant «Schwanen» am Predigerplatz:
Am 17. Juni 1893 gründeten hier «elf erklärte
Sozialdemokraten» die sozialdemokratische
Fraktion. (Foto: Stefan Feldmann)

und Organisationsformen der Arbeiterbewegung bewirkten in der Zürcher Fraktion Reflexe: Am 4. Dezember 1893 erklärte «Huber seinen Rücktritt aus der Fraktion, für den Fall, dass dieselbe den Beschluss des Oltener Parteitages betr. Nichtangehören eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Partei an einer andern Partei strikte durchführen wolle. In der nun folgenden Discussion sprechen sich sämtliche Anwesende, mit Ausnahme Seidels, dahin aus, dass der Beschluss des Parteitages für unsere Fraktion nicht als verbindlich betrachtet werden könne. Man wolle daher auf dem in der letzten Sitzung gefassten Beschlusse beharren. Ein Gegenantrag wird nicht gestellt. Damit ist die Angelegenheit vorläufig erledigt.» Ein Vorschlag für einen Vorstoss von Schwarber über das «Lehrlingswesen» wurde «dem Vorstand resp. Bertschinger zur Berichterstattung für die nächste Sitzung überwiesen». Weitere Themen der ersten Jahre waren der «Handfertigkeitunterricht» – ein Lieblingsthema Seidels – und das Arbeiterinnenschutzgesetz «betr. Schaffung eines weiblichen Fabrikinspektora-tes».

Soweit die Gründungsphase. Leider fehlen im Protokollbuch nach 1894 Einträge bis zur folgenden Legislatur (1899–1902). Für diese ist im Protokoll dann eine formelle Mitgliederliste eingedrückt; zahlreiche Mutationen zeigen, dass mit dieser Liste konkrete Alltagsklarheit erzielt werden wollte: «Mitglieder der socialdem. Fraktion 1899–1902: 1. Dr. Benz, 2. Biber, 3. Bommeli, Bäkerstr.,

[dazwischen mit Bleistift] RR Ernst, 4. Fährdrieh, Korrektor, 5. Hilfiker, Hohlstr., 6. [durchgestrichen] Huber, Kern, 7. Lang, Hegibachstr. 22, 8. [durchgestrichen] Mettler, Greulich, 9. Pflüger, [ohne Nummer, durchgestrichen] Reichen, Dr. Studer, 10. [durchgestrichen] Schwarber, Ganz, Maler, Langstr., 11. Seidel, 12. [durchgestrichen] Sutter, Buchdrucker, Zürich III, 13. Vogelsanger, Unterstrass, 14. Wasser, [ohne Nummer] Ernst, Zürich IV.» Es scheint, dass in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts die Sitzungsfrequenz und die Zahl der behandelten Geschäfte gegenüber den Gründerjahren zunahm. Sitzungsort war meistens Zürich, getagt wurde im «Schützengraben», im «Pfauen», im «Grütli» an der Zähringerstrasse und auch mal im «Du Pont». Im Protokoll wird manchmal Enttäuschung festgehalten: über wenig erfolgreiche Aktionen und auch über schlechte Präsenz. So wurde beispielsweise am 26. Mai 1899, nachmittags um 6 Uhr, im Schützengarten «dem Bedauern Ausdruck gegeben, dass die Hälfte der Fraktionsmitglieder ohne Entschuldigung von der Sitzung ausbleibt».

Regierungsrat, Oberrichter, Erziehungsrat

Dass die sozialdemokratische Fraktion seit 1897 in der Exekutive vertreten war, verdankte sie dem Erfolg des Sekundarlehrers und Grütlianers Heinrich Ernst (1847–1934), der in Majorzwahl oben auschwang und damit der erste Vertreter der Arbeiterschaft in einer kantonalen Exekutive wurde. Kurze Zeit später gelang es auch, bei hohen Ämtern, die vom Kan-

tonsrat zu vergeben waren, zu reüssieren. Der Kampf um proportionale Ämterbesetzung beim Obergericht steht für diese Bestrebungen. So beispielsweise in der Sitzung vom 13. Oktober 1899: «Es wird beschlossen, bei nächster Gelegenheit, nämlich bei der in Folge der neuen Reorganisation des Obergerichtes nötig werdenden Wahl von 3 neuen Oberrichtern Genosse O. Lang als Oberrichter zu portieren u. diese Kandidatur vorher den beiden andern Fraktionen namhaft zu machen.» Das Unterfangen gelang, und so wurde Otto Lang (1863–1936) als erster sozialdemokratischer Oberrichter durchgebracht (die damals praktizierte Gewaltenteilung liess es sogar zu, dass Lang während seines Oberrichteramtes noch im Kantonsrat blieb). Gleichzeitig gelang es auch, in den fürs Bildungswesen zentralen Erziehungsrat, der vom Kantonsrat gewählt wurde, mit dem Zürcher Stadt- und Kantonsrat Dr. Friedrich Erismann (1842–1915) einen sozialdemokratischen Vertreter zu entsenden.

In der Legislaturperiode 1902–1905 listet das Protokoll 39 Mitglieder auf, Regierungsrat Ernst ist weiterhin bei der Fraktion. Wichtig bei der Eröffnung der Periode war 1902 die «Sitz- und Platzfrage». Es wurde beschlossen: «Die Fraktion soll beieinander sitzen und zwar in der Ecke links vom Präsidenten.» Nochmals eine deutliche Grenzziehung: Offenbar sass die Fraktion in Gründungszeiten nicht beieinander. Nun sollte die Zusammengehörigkeit auch topographisch im Sitzungssaal deutlich werden! 1902 wurde Seidel

Sekretär der Fraktion. Er protokollierte knapp, aber mit Gehalt und Würze. Einzelne wichtige Voten werden fast wörtlich zitiert, so z.B. jenes von Regierungsrat Ernst, der auf eine offenbar scharfe Kritik von SP-Pfarrer Pflüger reagierte, die in der Presse rezipiert wurde (1904): «Die Worte Pflügers schienen mir etwas scharf. Wenn man scharfe Worte zu häufig braucht, verlieren sie ihre Wirkung.» Dann fährt das Protokoll weiter: «Studer meint, man solle den Gegner nicht zu viel in die Hand geben & Heusser ist der Ansicht, wir dürfen nicht zu sentimental sein und müssen solche Töne anschlagen, weil es unsere Wähler verlangen.»

Fraktion als Plattform parlamentarischer Arbeit

1893 gründete eine Gruppe sozialdemokratischer Kantonsräte die Fraktion als Verein, als Organ der Bewegung. Mit der Gründung der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1902 wurde die Fraktion ein Organ dieser Partei. Heutige Fraktionen sind aber auch Organe des Kantonsrates. Die Entwicklung hin zur offiziellen Anerkennung und Finanzierung geschah in schweizerischen Kantonen vergleichsweise spät. Nachdem im Kantonsratsgesetz von 1932 Fraktionen noch nicht einmal erwähnt wurden, brachte erst das Geschäftsreglement von 1972 eine Erwähnung – dies allerdings mit der klaren Feststellung des Referenten, «die Fraktionen [würden] damit aber nicht zu Organen des Kantonsrates», und nach Ablehnung eines Antrages des Sozialdemokraten Hans



Heute tagt die Kantonsratsfraktion – wie im übrigen auch die Verfassungsrats- und die Gemeinderatsfraktion – im Restaurant «Neumarkt», dem ehemaligen Haus des Arbeiterbildungsvereins Eintracht. (Foto: Stefan Feldmann)

Storrier auf Erwähnung der Fraktionen im Kantonsratsgesetz 1971. Erst mit der Revision des Kantonsratsgesetzes von 1981 wurden die Fraktionen ausdrücklich als «Organe des Kantonsrates» anerkannt, was in der Folge auch die Zusprechung finanzieller Mittel ermöglichte. Die zentrale Stellung, die Fraktionen in parlamentarischen Demokratien innehaben, haben die kantonalzürcherischen durch die gesetzliche Fundierung bisher zwar nicht

erhalten, dennoch sind die Fraktionen für die Parteien in den schweizerischen Kantonen wichtige Stützen – dies nicht zuletzt deshalb, weil in der direkten Abstimmungsdemokratie auch die Parteien vergleichsweise schwach ausgebildet sind. Heute erhalten die Fraktionen Staatsbeiträge, die aufgrund ihrer Grösse errechnet werden. Gestützt darauf hat sich auch die sozialdemokratische Fraktion einen kleinen administrativen Apparat aufgebaut,

und sie wurde in die Lage versetzt, punktuell Mittel für politische Arbeit einzusetzen.


Die grösste Ressource von Fraktionen sind und bleiben aber engagierte Mitglieder. Deren Fähigkeiten und Kenntnisse zu nutzen, ist auf der Grundlage des schweizerischen Republikanismus, der auch in der Politik auf einer stark nivellierenden Ideologie beruht, sowie wegen der starken Milizorientierung der kantonalen Parlamente häufig schwierig. Es scheint sich in jüngster Zeit auch eine Weiterentwicklung anzubahnen, die es der politischen Führung noch schwerer machen dürfte, und die auch eine historische Parallele besitzt. So ist nicht nur zu beobachten, dass der zentrale Marktplatz politischer Ideen sich zunehmend vom Ratsplenum in die Kommissionen verlagert – teils bedingt durch das revidierte Kantonsratsgesetz, das ständige Sachkommissionen eingeführt hat, teils aber auch bedingt durch die unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen und die sehr unterschiedlichen Zeiteresourcen der Mitglieder –; vielmehr scheint sich auch generell der Brennpunkt der bisherigen Organisation in informelle Zirkel zu verlagern und zeitlich vorzuverschieben. Anders gesagt: Es passiert der Fraktion heute das gleiche, was vor hundert Jahren dem Ratsplenum durch die Gründung von Fraktionen passierte: die politische Willensbildung wird aus dem bisherigen organisatorischen Kontext heraus vorverlagert. Es braucht in der heutigen politischen Arbeit so viel Sachkenntnis und Expertise, dass fachliche Vernetzung

zum politischen Alltag gehört. Zudem besteht die politische Arbeit im Wesentlichen nicht mehr im eigenständigen Entwerfen und Erfinden von Lösungen, sondern sie geht heute mehr und mehr in der geeigneten Transformation von Wissen in den politischen Prozess bzw. generell im Verhandeln und Vermitteln auf.

Im Sinne der Generierung guter Sachlösungen ist dieser Prozess zu begrüssen. Sollte der Vorgang gelingen, so würde das Milizprinzip direkt-demokratischer Politik einen weiteren strategischen Erfolgsfaktor für sich buchen können, indem Alltagspolitik vom privaten und beruflichen Wissen nebenamtlicher Politikträgerinnen und -träger wirklich profitieren könnte. Für die Parteien bzw. für die Fraktionen ist dieser Prozess allerdings nicht ganz unproblematisch, verlagern sich politische Willensbildung und Entscheidungsfindung dadurch doch mehr und mehr auf eine «vorparlamentarische» – quasi private – Ebene, die den parteilichen oder fraktionellen Akteuren nicht mehr ohne weiteres zugänglich ist.

Angesichts der fundamentalen Änderungen unserer politischen Welt erhält so die lapidare Titelfrage möglicherweise eine tiefere Bedeutung. Brauchen wir die Fraktion noch? Können wir sie noch halten? Und wenn ja: Welche? Wozu? Gehst Du heute in die Fraktion?

Sebastian Brändli



100 Jahre SP Kanton Zürich: Zu diesem Jubiläum hätte wahrlich eine historische Abhandlung geschrieben werden können, mit gescheiterten Analysen, wie alles begonnen hat, wie sich die SP entwickelt und verändert hat, warum sie heute so ist, wie sie ist.

«Flintenweiber & rote Hunde» ist ein anderes Buch geworden. Ein Buch, in welchem Autorinnen und Autoren aus den unterschiedlichsten Sektionen der Kantonalpartei mit viel Zuneigung und herzlicher Verbundenheit den Wandel und die verschiedenen Phasen der 100jährigen Geschichte beleuchten. Das Porträt eines Spanienkämpfers steht neben den Gedanken einer engagierten Frauenrechtlerin, die Erinnerungen eines ehemaligen Exekutivmitglieds neben dem Blick eines heute Jungen auf seine Sektion, der «Wipkinger Glockenstreik» steht neben dem «Tössemer Krawall», historische Ereignisse neben Geschichten aus dem Alltag.

Diese Geschichten, Porträts und Erinnerungen zeigen die Facetten dieser Partei, zeigen sie in ihrer Lebendigkeit, belegen den Tatendrang und den Willen ihrer Mitglieder, etwas zu verändern. Vor 100 Jahren genauso wie heute.